

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besondere-Anzeigen 26 Pf.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 27. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Von der Invalidenversicherung.

Die bürgerlichen Arbeiterfreunde können wieder einmal triumphieren. Die dem Reichstage vorgelegte jüngste Nachweisung über die Geschäftsergebnisse der Invalidenversicherung zeigen, daß an invalide Arbeiter im Jahre 1904 nicht weniger als 128 849 097,15 M. ausgezahlt worden sind.

Das Bild wird jedoch ein anderes, wenn wir uns nicht mit diesen großen Zahlen allein begnügen, sondern auch danach fragen, wie viel von jenen Millionen Mark auf jeden einzelnen Reichrentner kommt. Es war nämlich im letzten Jahre

Table with 4 columns: der durchschnittliche Jahresbetrag der, bei den Versicherungsanstalten, bei den zugehörigen Kassen-einrichtungen, bei allen Versicherungsträgern. Rows include Invalidenrente, Krankenrente, Altersrente.

Der höchste durchschnittliche Jahresbetrag ist also 190 Mark 50 Pf. = 52 Pf. pro Tag. Das ist die großartige Versorgung invalider Arbeiter.

Dabei muß auch noch das Alter berücksichtigt werden, in dem die invaliden Arbeiter mit solchen Renten abgefunden werden. Von denjenigen Arbeitern, denen im Jahre 1904 eine

Table with 3 columns: Invalidenrente, Krankenrente, bewilligt worden ist, sind. Rows show age groups from 20-24 to 70 and mehr Jahre alt.

Hier sehen wir, wie viele Arbeiter bereits im Alter von 20-30 Jahren invalide im Sinne der Invalidenversicherungsgesetze, also fast ganz arbeitsunfähig, werden. Unter diesen unglücklichen Arbeitern sind viele Familienbäuer mit mehreren noch unerzogenen Kindern.

Ist ein versicherter Arbeiter dergestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfang eintreten zu lassen.

Table with 3 columns: Beiträgen pro 1904, Gesamtkosten der Heilverfahren im Jahre 1904. Rows list various states like Rheinprovinz, Königreich Sachsen, Schlesien, etc.

Table with 3 columns: Beiträgen pro 1904, Gesamtkosten der Heilverfahren im Jahre 1904. Rows list various states like Oberbayern, Großherzogtum Hessen, etc.

Wir haben die Versicherungsanstalten und die Kassen-einrichtungen, jede Art für sich, nach der Höhe ihrer Einnahme aus den Beiträgen geordnet. Ein Vergleich der Spalte 2 (Beiträge) mit Spalte 3 (Gesamtkosten der Heilverfahren) ergibt, wie sehr selbst diejenigen Versicherungsanstalten, welche die höchsten Einnahmen und daher auch die größten Zahlen von Versicherten aufweisen, die Durchführung von Heilverfahren vernachlässigen.

Table with 4 columns: Gesamt-kosten der Invaliden-hauspflege, Davon gehen ab: die Renten der versorgten Personen, Zuschüsse von anderer Seite, Within d. Ver-sicherungs-anstalt. Rows list various states like Westfalen, Berlin, etc.

Also nur 15 von den 40 Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen wenden Mittel für die Invalidenhaus-pflege auf. Aber auch die vorstehenden 15 Anstalten tun dies in recht beschränktem Maße. Dabei zeigt sich, daß diese Invalidenrente nicht einmal für einen allein stehenden Invaliden ausreicht.

Und der Triumphgesang der bürgerlichen Blätter mit den vielen Millionen, welche für die invaliden Arbeiter ausgegeben werden, ist nichts als ein schamloses Schwindelstück.

Die Revolution in Rußland.

Fortschritte der „Verhigungsarbeit“ der Minister Witte und Durnovo.

Trotz der vom Minister des Innern erlassenen Vorschrift nicht zu arretieren, sondern mit den unbehaglichen Leuten kurzen Prozeß zu machen, ist die Zahl der politischen Verhafteten in allen Gefängnissen des Reiches schon jetzt so kolossal groß, daß die Regierung sich zwingen sieht, für dieselben nach einer billigeren Unterkunft sich umzuschauen.

Die Lage der Verhafteten in den Gefängnissen ist schrecklich. In den Städten der Gouvernements, die sich unter dem Verwaltungszustande befinden, bedeutet jeder Protest der Gefangenen den sofortigen Tod. Jeder Beamte außerhalb der Gefängnismauern ist allmächtig, also erst recht innerhalb derselben.

Am schrecklichsten ist die Lage derjenigen, die sich in den Polizeiarrestlokalen befinden. Das ist das sogenannte Regesewer, das ein jeder durchmachen muß. Erst wenn der Gefangene genügend — d. h. bis zur Ohnmacht — geschlagen worden ist, überführt man ihn nach dem Gefängnis.

Die Administration wittert überall „verbrecherische Verbindungen“ und erlaubt keine Uebergabe von Speise und Wäsche. In Moskau, Petersburg und Kowno ist die Besuchszeit auf drei Minuten und einmal wöchentlich eingeschränkt worden.

Petersburg, 25. Februar. (W. L. B.) Die Polizei schloß heute das im Feinschne-Saale tagende Zentralbureau der demokratisch-constitutionellen Partei sowie die mit dem Bureau verbundenen Agitationsturse.

Warschau, 25. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute nachmittag drang eine Schar Sozialisten in eine Wählerversammlung, die in der Vorstadt Praga abgehalten wurde, ein, um die Versammlung zum Auseinandergehen zu zwingen.

Obessa, 25. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der vergangenen Nacht schossen bei einer polizeilichen Durchsuchung des Sternbergischen Hauses Anarchisten auf die Polizeibeamten und verwundeten dabei beiden Portier des Hauses, dessen Frau und einen Polizeibeamten schwer.

Geldverpressungen werden hier immer häufiger. Jedes Individuum plündert eine Apotheke und verschwand dann. — In die Wohnung eines Arztes drangen, während dieser Sprachstunde abhielt, zehn bewaffnete Männer ein, raubten ihm die Taschenuhr und das Geld und entflohen. Als die Frau des Arztes aus dem Fenster um Hilfe rief, erschien ein Polizeiergeant und gab auf den Arzt drei Revolverkugeln ab, die diesen schwer verwundeten. Der Täter wurde festgenommen. — Ferner ist auf einen reichen Warenhausbesitzer ein Angriff ausgeübt worden, bei dem dieser verwundet wurde.

Odeffa, 26. Februar. (B. G.) Der Prozeß gegen **Leutnant Schmidt** nimmt für diesen einen sehr ungünstigen Verlauf. Es kann bereits als feststehend gelten, daß Leutnant Schmidt zur Degradation und zum Tode durch den Strang verurteilt werden wird. Dagegen wird angenommen, daß der größte Teil der mitangeklagten Matrosen nur zu mehr oder minder langen Freiheitsstrafen verurteilt werden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar.

Viel Lärm um nichts.

Im Abgeordnetenhause stand am Montag bei der weiteren Beratung des Kultusetats der Fall Kömer im Vordergrund des Interesses. Es handelt sich bekanntlich um den Lizenzteil Kömer, der vom Konsistorium in Koblenz nicht bestätigt wurde, weil das hohe Konsistorium an seiner Probepredigt Anstoß nahm. An und für sich sind ja solche Entscheidungen nichts Neues; wer irgendwie eine von der Anschauung der herrschenden Kirche abweichende Meinung äußert, ist in Preußen ebenso ungeeignet zum Geistlichen wie etwa ein Sozialdemokrat für ein Kommunal- oder Staatsamt. Das ist nun einmal alt-bourgeoise Tradition. Was aber dem Fall Kömer ihnen besonders pikanten Beigeschmack gibt, das ist die Tatsache, daß an der Nichtbestätigung u. a. mitgewirkt hat die nationalliberale Abgeordnete **Hadenberg**, der Mann, der im Landtag die schönsten Predigten über die Freiheit der Wissenschaft auch der theologischen Wissenschaft — zu halten pflegt. In Worten ist er für freie wissenschaftliche Forschung, tatsächlich aber trägt er im Verein mit den Modernen dazu bei, daß derjenige, der frei seine Meinung äußert, in Preußen keine Anstellung findet. Mit Worten weiß er vorzüglich die Bedeutung der Volksschule zu preisen, tatsächlich er erbindet er sich mit den Erzeaktionären, um die Schule der Kirche auszuliefern.

Herr **Hadenberg** mußte sich ob seines Verhaltens von seinen nächsten Parteifreunden manchen bittere Wahrheit sagen lassen. Namentlich Herr v. **Cyner** fand treffende Worte gegen die reaktionären Elemente in der Kirche, Worte, die indirekt auf seinen Parteigenossen genügt waren. Das Zentrum beteiligte sich überhaupt nicht an der Debatte, da es sich in inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche nicht einmischen will. Auch die Konservativen protestierten energisch dagegen, daß Angelegenheiten der Kirche vor dem Landtage verhandelt werden. Geld soll der Landtag für kirchliche Zwecke in Höhe und Fülle bewilligen, aber wehe ihm, wenn er sich erlaubt, über kirchliche Angelegenheiten zu sprechen. Solche „Anmaßung“ verbitten sich die Konservativen aufs entschiedenste.

Der Verlauf dieser Debatte hat wieder einmal die Notwendigkeit der völligen Trennung der Kirche vom Staat, wie es die Sozialdemokratie verlangt, aufs deutlichste dargetan. Dafür ist aber das Dreiklassenparlament natürlich nicht zu haben; im Gegenteil — die Mehrheit möchte am liebsten den Staat der Kirche ausliefern.

Am Mittwoch wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Byzantinismus.

Unsere Byzantiner haben wieder einmal gute Tage. Die Familienfeier der kaiserlichen Familie gibt ihnen wieder Gelegenheit, ihre in Demut erwerbende Königstreue ins rechte Licht zu setzen. Für den Liberalismus bedarf es allerdings solcher Extragelegenheiten kaum, er gibt sich ja täglich Mühe, zu beweisen, daß Männerstolz vor Königsthronen ein ihm völlig unverständlicher Begriff ist. Es berührt deshalb ganz und gar nicht befremdend, daß zum Beispiel das „Berliner Tageblatt“ fortwährend darüber winfelt, daß das neuvermählte Prinzenpaar in Potsdam sein Domizil nehmen wird, statt in Berlin selbst; oder daß die „Voss. Ztg.“ ganz enthusiastisch die Entdeckung verkündet, daß auch die „Großen“ auf der Menschheit Höheren Menschen bleiben und als Menschen fühlen dürfen. Vielleicht will die **Lantje** Voss damit auch sagen, daß heutzutage nur die „Großen“ als Menschen fühlen dürfen, daß jedoch gewöhnlichen Sterblichen solch vernünftiges Streben verlagert ist. Wie dem aber immer sei: unserer liberalen Bourgeoisie ist das Byzantinern gewohnte Alltagsverrichten; wogegen unseren Junkern solch festliche Anlässe die hochwillkommene und ausgiebig benutzte Gelegenheit bieten, durch gedoppelte Weihrauchspenden den alten Junkertrug vergessen zu machen, der sich in ihrer Politik, namentlich in den Kämpfen um die Zollwucherbeute und gegen den Lausakanal, häufig genug offenbart. Nachdem und dieweil nun die kaiserliche Politik ihren junkerlichen Interessen Rechnung getragen, erscheint es nun auch die traditionelle Junkerpolitik, das Gottesgnadentum der Krone mit den höchsten Tönen zu feiern und dem Hohenzollernhause zu beweisen, daß es keine getreueren Untertanen besitzt, als die bis auf die Knochen monarchische ostelbische Junkerschaft.

Man sollte meinen, daß Familienfeste um so würdiger gefeiert würden, je familiärer sie sind, je weniger sie der Lärm aufdringlicher Gäste stört. Unsere besitzenden Klassen nehmen darauf keine Rücksicht, sie, die vom zarten deutschen Familiengefühl der Kaiserfamilie nicht genug zu schwärmen wissen, ahnen die widrigen Gepflogenheiten des kapitalistischen Geschäftsbetriebes nach, der jedes frohe oder traurige Familienereignis brutal zu Reklamezwecken ausnützt.

Diese sich patriotisch gebärdende byzantinische Geschäftsspekulation läßt sich auch dadurch nicht hinwegtäuschen, daß man den Anschein zu erwecken sucht, als sei eine kaiserliche Familienfeier recht eigentlich eine nationale Feier, als betrachte sich das deutsche Volk mit der Kaiserfamilie förmlich als durch Familienbände verbunden. Wenn die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ in gewissen Kreisen eine so verlogene Auffassung zu verbreiten sucht, so leistet sie dem Monarchismus selbst durch solch blöde Schmeichelei die denkbar schlechtesten Dienste! Die Masse des Volkes, deren Gefinnung nicht nach dem Schwarme müßiger Gaffer und Hurrafreier beurteilt werden darf, steht der Monarchie und ihren Trägern vollständig reserviert gegenüber. Wie könnte das auch anders sein zu einer Zeit, wo die arbeitende Klasse die Herausgabe ihrer politischen Rechte fordert und wo ihr vom Regierungstische diese Rechte mit dem

Argument verweigert werden, daß es der Dynastie nicht einfallen könne, ihre Vorrechte zugunsten des Volkes beschneiden zu lassen! Oder sollten etwa die Kriegsvorbereitungen vom 21. Januar, das Aufgebot der Truppen gegen das eigene Volk das Gefühl familiärer Zugehörigkeit zum preussischen Königshause gefährt haben?!

Das deutsche Proletariat respektiert die Privatgefühle aller, auch der „Großen“. Und es glaubt diese Gefühle dadurch am besten zu respektieren, daß es die Familienfeier des Kaiserhauses als wirkliche Familienfeier betrachtet, um die es sich nicht zu kümmern hat. Aber diese Rücksichten sollten umgekehrt von unseren Byzantinern respektiert werden! Denn alle byzantinischen Huldigungen im Namen des Volkes müßten nur den Protest dieses Volkes provozieren! —

Politische Reden bei der Familienfeier.

Zur Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars brachte auch der bayerische Gesandte Graf **Perchenfeld** im Namen des Bundesrates seine Glückwünsche dar. Der Kaiser dankte mit folgender Ansprache:

„Ich spreche dem Bundesrat von ganzem Herzen meinen wärmsten Dank aus für die Wünsche, die Ew. Exzellenz soeben ausgesprochen haben, und bitte Sie, Dolmetsch meines Dankes zu sein bei Ihren Herren für das Interesse, das sie an dem Fest in unserem Hause genommen haben. Es ist mir eine Freude, vernommen zu haben, daß der Bundesrat in der Lage gewesen ist, sich zu überzeugen, mit welchem Fleiß und welcher Hingebung Arbeiten und Pflichten von ihrer Majestät aufgefacht werden. Sie können versichert sein, daß wir unsere Arbeit auch weiterhin mit unermüdblichem Fleiß eifer tun werden und vor allem in unjünger Vereinbarung mit unseren hohen Verbündeten wirken werden.“

Auf die Gratulation der militärischen Spitzen entsagete **Wilhelm II.**:

„Ich spreche meinen herzlichsten Dank aus für die schönen Worte, die Ew. königliche Hoheit an uns gerichtet haben. Ich bin von Herzen beglückt und dankbar, daß des Reiches wehrhafte Söhne, dargestellt in den obersten Spitzen der Armee, uns heute hier gratulieren können, und daß dieselben von Ew. königlichen Hoheit geführt werden, die uns noch die herrliche Zeit der Auserhebung des Reiches verkörpert. Ew. königliche Hoheit können versichert sein, daß mein erster und letzter Gedanke meine Streitkräfte zu Lande und zu Wasser sind, und daß ihre Majestät stets bestrebt ist, für die Verrichtung von Not und Krankheit zu wirken und vorzujorgen. Gebet Gott, daß ein Kriegsfall nicht eintreten möge. Sollte es aber dennoch geschehen, so bin ich fest überzeugt, daß die Armeen sich ebenso bewähren werde wie vor 35 Jahren.“

Es ist bezeichnend für die Deutung der letzten Ansprache, daß ihr bekanntwerden auf der Berliner Börse eine kleine **Baisse** verursachte! —

Friedens-Stimmung.

Die letzten Nachrichten aus Algerien sind dazu angetan, die Unruhe, die sich der Kulturwelt bemächtigt hatte, ein klein wenig zu dämpfen. Die Tatsache vor allen Dingen, daß Herr de **Courcel** im Auftrage Frankreichs in Berlin gewesen ist und sich seiner diplomatischen Mission zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber entledigt zu haben scheint, diese Tatsache vor allen Dingen hat etwas Del auf die Wogen gewisser französischer Stimmungen gegossen. Prompt reagiert die deutsche bürgerliche Presse auf den allerneuesten Barometerstand. So läßt sich z. B. das „Berliner Tageblatt“ von seinem Pariser Korrespondenten mitteilen, der Besuch de **Courcels** könne vielleicht als ein Wendepunkt in der Marokkofrage bezeichnet werden. Gleich hinterher folgt die begreifliche Einschränkung: Man müsse sich indessen vor vorschnellen Erwartungen hüten.

Man kann es nur loben, wenn auch bürgerliche deutsche Blätter durch solche Bemerkungen dazu beitragen, die Nation skeptisch und argwöhnisch zu machen für alle Fälle, bei denen die internationale Diplomatie ihre Finger im Spiele hat. Daß es aber einer Zeitung wie dem „Berliner Tageblatt“ nicht ernst ist mit der Absicht, seine Spalten etwa bewußt in den Dienst einer Politik zu stellen, die dergleichen verwickelte Fragen prinzipiell von dem Standpunkt aus behandelt: um jeden Preis der Taktik der Wahrung des Friedens zu dienen, das geht aus dem Schlußabsatz des erwähnten Entreflets hervor. Es ist nämlich davon die Rede, daß ein Leitartikel der Londoner „Daily News“ den Vorschlag macht, die intricate marokkanische Bankfrage so zu regeln, daß Deutschland dazwischen willige, Marokkos Interessen unter den Schutz einer Macht zu stellen, die mit einem europäischen Mandat betraut ist.

Man sollte meinen, gegen diesen vernünftigen Vorschlag dürfte — zumal im gegenwärtigen Stadium der eben friedlicher gewordenen Verhandlungen — kein einigermaßen besonnenes Blatt etwas einwenden. Was haben aber die Moskauer zu sagen? Ihnen fällt nichts Bescheideres ein als folgende im höchsten Grade deplazierte Poliklasterei:

„Mit der Macht, unter deren Schutz nach dem Vorschlage des englischen Blattes Marokko gestellt werden soll, kann doch aber nur Frankreich gemeint sein. Wollte Deutschland diesen Vorschlag bestimmen, so wäre die ganze Konferenz überflüssig gewesen.“

Und das bildet sich noch ein, Wunder wie geistreich, patriotisch und — liberal zu politisieren!

Rebendei bemerkt führt die Bankfrage auch rein äußerlich etwas Ruhe in den Verhandlungen der Marokko-Konferenz herbei. Das Problem ist nämlich so vielseitig und vielgestaltig, daß nicht weniger als drei Entwürfe vorliegen, die von dem zum Studium und zur Vorbereitung dieser Frage eingesetzten Ausschuss zu beraten sind.

Am meißen das offiziöse „**Wolffsche Bureau**“ im Anschluß hieran folgendes:

„Die Vorberatungen werden natürlich wegen des Umfangs der in Frage kommenden Interessen und der damit verknüpften Schwierigkeiten längere Zeit in Anspruch nehmen.“

Und es fügt hinzu:

„Infolge des Umstandes, daß der Tag der nächsten Sitzung nicht festgelegt worden ist, werfen manche die Frage auf, ob dies nicht als Verzögerung der Konferenz auf unbestimmte Zeit aufzufassen sei. Diese Auslegung ist ein Irrtum. Es wird vielmehr auch von französischer Seite die Ueberzeugung ausgesprochen, daß das der Konferenz vorliegende Programm von ihr bis zu Ende durchberaten werden wird.“

Wenn diese Auslegung auch „ein Irrtum“ sein mag, so ist immerhin bemerkenswert, daß **Wolff** dergleichen überhaupt in die Debatte hineinziehen darf.

Gewisse Leute sprechen und schreiben im Anschluß an die Silberhochzeit des deutschen Kaiserpaars in diesen Tagen so viel von den Segnungen, die **Wilhelm II.** bald 18 Regierungsjahre dem Deutschen Reiche beschert haben sollen, und von den hohen Erwartungen, die man noch an die fernere Regierungszeit dieses friedlich gestimmten Monarchen knüpfen dürfe.

Wir werden Gelegenheit haben, an der weiteren Haltung der deutschen Diplomatie in den Verhandlungen wegen Marokkos zu erkennen, wie weit deren Auftraggeber wirklich den Interessen der Kultur und des internationalen Friedens zu dienen wünschen. —

Tischgenossen der deutschen Diplomatie.

Paris, 23. Februar. (Fig. Per.) Die Geheimtuererei und Exklusivität der Diplomatie wird nicht selten mit dem Argument verteidigt, daß zu den Geschäften der internationalen Politik ein ganz besonderer Takt gehöre, der gewöhnlichen Sterblichen nicht eigen sei! In der Tat gibt es im Kreise der hohen Staatskunst Dinge, die so fein sind, daß unweils ihre Feinheit schon gar nicht bemerkt. So haben zum Beispiel viele Leute die politischen Unterhaltungen, die seinerzeit Herr **Rosen** hier mit einigen Nationalisten bei einem privaten Diner führte, für wenig angemessen gehalten. Sie meinten, derlei Konversationen eines Staatsmannes mit politischen Cliquen eines fremden Landes bei Gelegenheit einer amtlichen Mission könnten — besonders im Augenblick einer diplomatischen Spannung — die Beziehungen der Staaten eher verschlechtern als verbessern.

Auch die Freundschaften, die Herr **Radoslin** hier pflegt, rufen einiges Kopfschütteln hervor. Zu einem Diner, das in dieser Woche auf der deutschen Botschaft stattgefunden hat, war neben **Rouvier** auch Herr **Bunau-Verilla** geladen, der Herausgeber des „**Ratin**“, des berühmten Sensationsblattes, dem gegenüber erst kürzlich deutsche Gerichte den Mißbrauch der Presse zu schamlosen Börsenoperationen als erwiesen angesehen haben! Daß der Unternehmer der berühmtesten, vielfach Delcassés zugeschriebenen Enthüllungen, jedenfalls der strapelloseste Förderer der haubintistischen Erregung, gerade jetzt einen so demonstrativen Beweis der Nadolinschen Schuld erhält, mögen sich die von ihm vor Gericht zitierten deutschen Patriotenblätter als Dank für die unentwegte Verteidigung der „weisen deutschen Marokkopolitik“ vermerken. **Rouvier** gegenüber war es aber eine besonders taktvolle Aufmerksamkeit, ihn an einer Tafel mit dem Namen zusammenzubringen, dem man nachgesagt hat, er habe die Enthüllungen über den Fall **Delcassés** erst dann veröffentlicht, als ihm **Rouvier** das Interview verweigert hatte, welches er für sein Blatt nach dem vom „**Reitt Parisien**“ veröffentlichten Interview mit **Wilow** aus Konkurrenzrücksichten gefordert hatte! —

Deutsches Reich.

Zur „Einigung“ des Liberalismus.

Ueber die Einigungsaktion des Wahlvereins der Liberalen urteilt ein der **Freisinnigen Vereinigung** selbst angehörendes Blatt, die „**Weser-Zeitung**“, folgendermaßen:

„Am meisten muß die Annahme gewisser jüngerer Elemente der Berliner Versammlung getadelt werden, die einen **Hamburger Redner**, der abweichende Meinungen vertrat, mit dem Rufe „was liberal ist, das entscheiden wir“, zum Schweigen zu bringen suchten. Wer sind denn die Herren, die ein solches Mandat vom Liberalismus erhalten haben? Wo hat man es ihnen zugesprochen? Schon die eine Tatsache, daß sie sich so gebarden, beweist, daß sie völlig ungeeignet dafür sind. Würden sie erst einmal lernen, die Lebensarbeit derer zu würdigen, die seit drei oder vier Jahrzehnten für den Liberalismus im Kampfe gestanden haben. Wenn derartig arrogante Leute in der Partei maßgebend werden, so dürfte das schon allein ausreichen, um uns und unsere Freunde zurückzuschleichen, namentlich in den Seestädten, wo uns die Verhältnisse am genauesten bekannt sind, und wo die **Freisinnige Vereinigung** doch bisher langjährige Unterthugung gefunden hatte.“

Im „**Berl. Börsen-Courier**“ äußert sich ferner ein Abgeordneter der **Freisinnigen Vereinigung** wie folgt:

„Diesen schiefen Gang der Dinge hätte man verhindert, wenn man vertrauensvoll an diejenigen herangetreten wäre, welche die Geschäfte nun einmal führen. Es ist ja in der Hauptsache das persönliche Vertrauen, welches in den langen, erhiterten Kämpfen verloren ging und nun erst wieder zurückgewonnen werden muß. Ohne diese harmonische Grundstimmung gibt es auf die Dauer kein gedeihliches Zusammenwirken. Das Vertrauen aber besetzt man nicht, wenn man derartige Aktionen hinter dem Rücken derer vorbereitet, die nachher in vorderster Reihe die Ausführung übernehmen sollen.“

Die Einigungsaktion scheint also außerdem nur den Erfolg haben zu sollen, die Uneinigkeit innerhalb der „**Freisinnigen Vereinigung**“ selbst nur noch zu verschlimmern! —

Verdächtige Zuversicht.

Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Stahlindustrieller nahm in der am 24. Februar abgehaltenen Sitzung einstimmig folgenden Beschlus an:

Die Nordwestliche Gruppe hat die vom Reichstage empfohlene Erhebung betreffend die Verhältnisse der Arbeiter in der deutschen Großindustrie in keiner Weise zu scheuen. Eine solche Erhebung würde zweifellos Marokkos, daß die von Seiten der Sozialdemokraten behaupteten Mißstände in der niederrheinisch-westfälischen Großindustrie nicht existieren und dazu beitragen, die offenbar von jener Seite gemollte Zerstörung der öffentlichen Meinung zu verhindern, die gelegentlich des niederrheinisch-westfälischen Bergarbeiterausstandes zum Schaden der deutschen Industrie in so großem Umfange geltend ist. Die niederrheinisch-westfälische Großindustrie sieht der genannten Erhebung im Hinblick auf die in ihr herrschenden geordneten Arbeiterverhältnisse mit voller Ruhe entgegen.

Wenn die Vertrauensleute nicht schon die Gewissheit haben, daß die Untersuchung nach dem bei Erhebung der Verhältnisse im Bergbau beschriebenen Schema vorgenommen wird, dann werden sie schon noch unruhig werden. Soll die Enquete der Regierung einwandfrei sein, dann darf sich die Feststellung der Arbeitszeit nicht auf Befragung beschränken, es müssen die Werkstattdirektoren, die Marktenkontrollbüchser und die Lohnlisten vorgelegt werden. Erst dann darf man die Gewissheit haben, daß nicht, wie zurzeit auf Rede „**Unser Frey**“ der Versuch gemacht wird, die Behörde durch **Duchforekturen** irre zu führen. Solche **Korrekturen** sind im Prozeß gegen die genannten Gesellschaften wegen Uebertretungen der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gerichtlich festgesetzt worden! Diese Tatsache mag der Regierung schon ein Beweis dafür sein, daß Mißtrauen und schärfes Zusehen am Platze ist! Daß die im Reichstage von unseren Genossen angegebenen Arbeitszeiten der Wirklichkeit entsprechen, ist im „**Vorwärts**“ — Dezember 1904 — schon auf Grund vorliegender hundert von Lohnlisten nachgewiesen worden. Die Erklärung der Unternehmer spricht für ihr — schlechtes Gewissen, sie ist zweifellos darauf berechnet, die öffentliche Meinung irre zu führen und die Regierung zu beeinflussen. Wenn dieser auch nur das geringste an der Meinung der Arbeiterschaft entgegen ist, muß sie jetzt schärfste mit aller Energie die Untersuchung betreiben, andernfalls darf sie sich nicht wundern, aus Arbeiterkreisen die Meinung zu vernehmen, sie stehe mit den Industriegewaltigen unter einer Dede und wage nicht, die tatsächlichen Verhältnisse aufzudecken. Den Eisenhüngen ist es ja vielleicht gleichgültig, wie die Arbeiter von der Regierung denken, wir erwarten aber, daß die letztere wenigstens in diesem Punkte ihr Ansehen wahrt. —

Pastor Dr. Pfannkuche, der als Vorkämpfer der volkstümlichen Biblischbewegung in Deutschland bekannt ist, verwarf den Neberparagrafen schließlich. Wenigstens solle man aber die protestantische Kirche von dessen Schutze ausschließen. Landrichter Dr. Strube, der denselben Gegenstand vom juristischen Standpunkt aus behandelte, meinte, der Schutz Gottes dürfe unbedingt Gott selber überlassen bleiben. Bekanntlich hat gelegentlich des jüngsten Evangelisch-sozialen Kongresses zu Hannover auch die „Vereinigung der Freunde der christlichen Welt“ für die Streichung des § 166 plädiert, und zwar aus Anlaß des Prozesses gegen unseren Genossen Westmeyer, der wegen einer im Hannoverischen „Volkswillen“ begangenen „Lasterung“ zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Den Anlaß zu dem jeglichen kirchlich-liberalen Vorstoß gegen das mittelalterliche Neberrecht hat der Prozeß gegen den Militärpfarrer Wachstein abgegeben, der in einer zu Donabrid gehaltenen Rede den Herrgott von der anderen Fakultät gelästert haben soll und sich darum jetzt vor dem Reichsmilitärgericht verantworten muß.

In Gnaden entlassen ist am Sonnabend der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar. Der „Getreue“ wird erst wieder zusammen berufen, wenn der Großherzog aus Indien zurückgekehrt ist, um dann die übriggebliebenen Arbeiten zu erledigen. An die Stelle des landesfürstlichen Dankes für die treu geleistete Arbeit trat diesmal der Dank des Staatsministeriums, das jetzt die Verwaltung der Regierungsgeschäfte allein besorgt. Daß das Staatsministerium in der Verhinderung seiner „ausgezeichneten Hochachtung“ gegenüber dem getreuen Landtage nicht erschüttert worden ist, dafür hat der „Getreue“ auch in der letzten Tagungsperiode gesorgt. Die Fiskalerei am Wahlgang ist würdiggemäß vollzogen und auch sonst war der „Getreue“ immer bemüht, den Wünschen der Krone und den allgemeinen Staatsinteressen Rechnung zu tragen. Daß natürlich die Regierung in den allgemeinen Staatsinteressen gerade das Gegenteil von dem erblickt, was die Mehrheit des Volkes will, das liegt an der von den Sozialdemokraten geschaffenen Unzufriedenheit, — so sagt nämlich die Regierung.

Etwas für unsere Diplomaten.

Die „Kreuzzeitung“ bespricht die Pläne Amerikas, die beiden Regerepubliken San Domingo und Haiti unter die Herrschaft der Union zu bringen. Die erste Etappe zu diesem Plan sei der San Domingo-Vertrag, durch den diese Republik zwar nicht formell annektiert, aber doch in Wirklichkeit durch die völlige Finanz-, Zoll- und Polizeikontrolle der Macht der Vereinigten Staaten vollständig ausgeliefert werde. Dieser Vertrag sei zwar im vorigen Jahre nicht zur Annahme gelangt, doch sei es nicht unwahrscheinlich, daß sich in diesem Jahre die Zweidrittelmehrheit für denselben finden werde. Gehe der Vertrag durch, so werde auch Haiti für die Suprematie der Union reif geworden sein.

Den beiden Regerepubliken steht also dasselbe Schicksal bevor, das Frankreich Marokko zugebracht hatte. Da Fürst Bulow ja erklärt hat, daß Deutschland nicht dulden könne, daß ein noch freier Staat von einer anderen Macht annektiert werde, so läge für ihn alle Veranlassung vor, sich auch gegen die Pläne Roosevelts zu wenden. Die deutschen Handelsinteressen sind in den beiden Regerepubliken jedenfalls beträchtlich größer als in Marokko, beträgt doch die deutsche Ausfuhr allein nach Haiti circa 9 Millionen Mark, also fast doppelt so viel als die deutsche Ausfuhr nach Marokko! Es ist daher anzunehmen, daß sich unser weltpolitischer Kanzler die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen wird, in dieser konfliktreichen Zeit einen kleinen imperialistischen Handel mit Amerika anzuzetteln!

Das saarabische System.

Nach dem Prozeß Hilger-Krämer war man in verschiedenen Kreisen optimistisch genug, anzunehmen, daß die Vergewaltigung der Hüttenverwaltungen aus ihm die Lehre ziehen würden, den Berg- und Hüttenarbeitern in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte weniger Hindernisse als bisher in den Weg zu legen. Man glaubte um so mehr daran, als kurze Zeit nach dem Prozeß der Geheimrat Hilger, in dem man den Träger des Systems erblickte, gegangen worden ist und dieses Auscheiden ebenfalls als ein gutes Omen für die Zukunft betrachtete. Ein weiteres Moment, das die „veränderte Verhältnisse“ auslief, war die Aufhebung des Verbotes, wonach die Dabochpresse in den Schlafhäusern und dem Verglöhus gehörigen Diensträumen nicht aufhängen und gelesen werden durfte. Von diesem Zeitpunkt an streckten auch die christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ihre Fühler aus. Erst schiedern und schämig und als keine Verbote und Maßregelungen kamen, wagte man sich schon etwas weiter vor. Wie naive diese Leute sind, beweist, daß man in diesem Stadium der Verhältnisse von einem „völligen Zusammenbruch“ des saarabischen Systems in den Verhandlungen faßelte. Sie bewiesen damit nur, daß sie das saarabische System in seiner ganzen gefährlichen Tiefe nicht begriffen haben, wenn sie, als die Scharfmacher, ein wenig die Fägel loder lassen, schon glauben, im Lande der goldenen Freiheit zu wandeln. Diese Tatsache ist auch gleichzeitig charakteristisch für die Genügsamkeit dieser Sorte Volksbegleiter. Die freien Gewerkschaften, in erster Linie der Metallarbeiter- und Bergarbeiter-Verband, schätzten die Situation anders ein. Es war vorauszu sehen, daß die Gruben- und Hüttengehaltigen, ohne sich etwas zu vergeben, den ungefählichen christlichen Gewerkschaften schon etwas Spielraum einräumen würden, daß dies aber bei den freien Gewerkschaften nicht der Fall sei. Eine in Dudweiler, als Probe auf das Exempel angelegte Versammlung zeigte, wie richtig man kalkuliert hatte! Es erfolgte das Verbot des Versammlungsbesuches bei Strafe der Entlassung. So sieht das nach christlicher Auffassung „zusammengebrochene“ saarabische System aus! Wie auf den Gruben, wurde es natürlich auch in den Hüttenwerken gehalten. Dort wurde ein tadellos arbeitendes Spionagesystem unterhalten, um Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes oder Leser der „Saarwacht“ zu ermitteln, die dann unerbarmlich ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aufs Pflaster flogen. Dabei kam auch mancher heitere Zwischenfall vor. Wollte irgend ein Arbeiter den Staub Saarabens ohne Abkündigung von seinen Stiefeln schütteln, so hatte er nur nötig, unter den Augen seiner Vorgesetzten die „Saarwacht“ zu verbreiten. Ehe eine Stunde verging, stand der Hebelträger nach Auszahlung seines Lohnes vor dem Tore! Die Vergewaltiger üben eine größere Zurückhaltung der Arbeiterbewegung gegenüber aus, da für sie neben ihrer Arbeit auch noch langjährige Ansprüche an die Knappschafts-Kasse auf dem Spiele stehen. Nichtsdestoweniger dringt auch hier, dank der christlichen Vorarbeit, der Bergarbeiterverband immer weiter vor, und die Mitglieder, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewonnen werden, können als die Pioniere für die Vergewaltigerbewegung betrachtet werden. So wurden von der Grube „Dechen“ kürzlich vier Mann entlassen, weil sie am 21. Januar in St. Johann an der Demonstrationsversammlung teilgenommen haben und durch ausgefallene Spitzel denunziert wurden. Nach der Logik der Scharfmacher sollte man nach Lage der Umstände annehmen, daß dies Exempel abschreckend unter den Vergewaltigern wirken würde, aber das Gegenteil ist der Fall. Die Maßregelungen haben zur Folge gehabt, daß eine ganze Anzahl Vergewaltiger dem Verband beigetreten und die besten Aussichten für die Zukunft vorhanden sind. Ob mit oder ohne saarabischem „System“ macht die Bewegung an der Saar Fortschritte, die durch die in Anwendung gebrachten Mittel dauernd nicht aufgehalten werden können.

Stadtverordnetenwahl in Kassel.

Es wird uns geschrieben: In der zweitgrößten Stadt der Provinz Hessen-Nassau mit 125 000 Einwohnern fanden vom 21. bis 23. Februar 1900 in Kassel die Stadtverordnetenwahlen statt. Kassel ist ein richtiges Beamtennest, Beamte der Oberpostdirektion, Eisenbahndirektion, Militär- und Justizbehörden stellen

neben den zahllosen städtischen Angestellten tausende abhängiger Wähler für die dritte Klasse. Kein Wunder, daß es der organisierten Arbeiterschaft bisher nicht möglich war, aus eigener Kraft Mandate zu belegen.

An wiederholten Versuchen hat es im Laufe des letzten Jahrzehnts nicht gefehlt. Einmal, im Jahre 1900, gelang es infolge Vereinbarung mit dem Mieterverein, zwei Genossen in die zum großen Teil aus Regierungs-, Justiz-, Kommerzien- und anderen Räten bestehende „liberale“ Stadtverordnetenversammlung zu entsenden. Als das eine der beiden Mandate sich durch Verzug erledigte, hatte unser einziger Vertreter im wahren Sinne des Wortes die Rolle des Hechtes im Karpsfeld.

Kassels Arbeiterschaft hatte im Laufe der Jahre einsehen gelernt, daß es höchste Zeit sei, durch die Wahl weiterer Arbeiterkandidaten die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Kritik zu erhöhen. Das Wort von der einen reaktionären Masse konnte neuer auf unsere Gegner angewendet werden. Alle Vereine und Klubs der Stadt, vom evangelischen Arbeiterverein bis zum Mieterverein, an dessen Spitze ein sich nationalsozial nennender Schulmeister steht, waren zum „Kampf gegen die sozialdemokratische Gefahr“ aufgerufen.

Mit wenig Hoffnungen, aber frohen Mutes zog die Sozialdemokratie in den Wahlkampf, der von den Reaktionsären nach dem Rezept des Reichsverbandes in heimtückischer, verleumderischer Weise geführt wurde. Der Sozialdemokratie fehlte es nicht an durchschlagendem Agitationsmaterial. Das Maß der Sünden unserer Feinde war zum Ueberlaufen voll. Nicht allein, daß Kassels Stadtkriegsbater die Geldsäcke der Reichsten dadurch schonen, daß sie ungeheure Summen zur Deckung des städtischen Bedarfs durch indirekte Lebensmittelleuern aufbringen lassen und Hunderttausende für sogenannte patriotische Zwecke nutzlos zum Fenster hinauswerfen, während die Großstadt Kassel eines Krankenhanfes und eines Schwimmbades entbehrt, haben diese ihrer reaktionären Politik die Krone aufgesetzt, indem sie Tausenden von Arbeitern durch Sanktionierung einer willkürlichen fingierten Steuerveranlagung das Wahlrecht rauben halfen.

Vor zwei Jahren fielen unsere Kandidaten mit 900 Stimmen durch. Diesmal gelang es, mit durchschnittlich 1700 Stimmen vier unserer Kandidaten gegenseitig in Stichwahl zu bringen, wodurch uns auf sechs Jahre zwei Mandate gesichert sind. Die übrigen drei der fünf freigebliebenen Mandate wurden durch die Wählmänner mit 2100 Stimmen besetzt. Unsere Vertreter werden viel Arbeit vorfinden.

Rekrutenshinder. Das Kriegsgericht in Düsseldorf verurteilte die Kanoniere Franz Bag und Moritz Hesse wegen schwerer Mißhandlung von Rekruten zu 3 bzw. 2 Monaten Gefängnis. Der Gefreite G. Wästhoff und der Mann Johann Kraus vom 3. Ulanen-Regiment erhielten wegen desselben Vergehens je drei Wochen Gefängnis.

Auch ein Opfer der Polenpolitik. Wie das „Hohenstaufen“ (Znowyagawer) Tageblatt“ mitteilt, wurde dieser Tage ein zwölftägiger Quarantäne wegen Majestätsbeleidigung vom Gymnasium verwiesen! Der Mißfäter kann, da er ja bereits das strafmündige Alter erreicht hat, noch froh sein, daß er nicht auch noch gerichtlich zur Rechenschaft gezogen wird!

Ausland.

Frankreich.

Americi Sozialisten.

Paris, 25. Februar. (Fig. Ver.) In der Freitagssitzung der Kammer, in der nach Jaurès auch Vaillant das Wort ergriffen hat, um das Mißtrauen der Sozialisten gegen das Ministerium zu erklären, haben die sozialistischen Abgeordneten dieser Meinung auch durch Verweigerung der geforderten Budgetzwölftel Ausdruck gegeben. Allerdings nicht alle. Unter den Deputierten, die sich der Abstimmung enthalten haben, finden wir auch Angehörige der geeinigten Partei: Briand und Charpentier, Deputierte des Loire-Departements, dessen sozialistische Föderation nach dem Kongreß in Chalou der vereinigten Partei beigetreten ist. Die „parlamentarischen“ Sozialisten stimmten insgesamt für das Kabinett Rouvier. — In der heutigen „Petite République“ bespricht Gbrault-Richard die Taktik der „parlamentarischen“ Sozialisten im bevorstehenden Wahlkampf. Seine Parole ist: Der Vloed vor allem! Die parlamentarischen Sozialisten werden in allen Wahlkreisen, die bisher „republikanische“ Abgeordnete hatten, für deren Wiederwahl stimmen ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung! Nur dort, wo kein Vloedpartierter in Frage kommt, wollen sie für die Sozialisten „ohne Unterschied der Schule“ stimmen.

Taktische Fragen.

Paris, 22. Februar. (Fig. Ver.)

Die Beschlagnahme der antimilitaristischen Publikationen und die gerichtlichen Verfolgungen der Propagandisten dauern im ganzen Lande fort. Gestern hat das Justizpolizeigericht von Amiens den Verfasser einer für die Rekruten bestimmten Broschüre, Georges Papien, einen jungen Mann von 20 Jahren, zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Jules Lemaire, der verantwortliche Redakteur eines Blattes, das den Aufruf abgedruckt hatte, erhielt gar achtzehn Monate! Nach einer geheim durchgeführten Verhandlung hat das Pariser Appellgericht gestern die Beschwerde Gustav Hervés gegen seine Richtzulassung zum Anwaltsstande abgewiesen. Dieses Erkenntnis war zu erwarten. Der Generalprokurator Du Bois betraf sich auf das Urteil der Geschworenen, das Hervé der Aufreizung zum Morde schuldig erklärte, und der Gerichtshof erkannte, daß Hervé durch seine hartnäckige Propaganda gegen das Gesetz sich selbst der Fähigkeit beraubt habe, einen Beruf auszuüben, dessen erste Voraussetzung die Achtung vor dem Gesetze sei. Es zeigt übrigens von wenig Geschmad, daß Hervé, der ja der sozialistischen Partei angehört, auch diesmal die internen Parteibeziehungen vor den Vourgeoisrichtern ausgekratzt und Parteimitglieder, die nicht seiner Meinung sind, als „dreifarbig Sozialisten“ verspottet hat.

Die brutalen Verfolgungen, denen die Antimilitaristen jetzt ausgesetzt sind, legen der Partei natürlich gegenwärtig Zurückhaltung gegenüber einer Taktik auf, die weder den Meinungen der Masse der Parteigenossen entspricht, noch auf die besonders in einem so jungen organisatorischen Verbände notwendige Kameradschaftliche Solidarität Rücksicht nimmt. Wenn die Partei gegen die zweideutige Nachbarschaft der „parlamentarischen“ Sozialisten das Mittel scharfer Abgrenzung gefunden hat, so wird sie schließlich auch dazu gedrängt werden, zu erwägen, inwieweit sich die Parteipflichten mit der Förderung der von den Antiparlamentariern gegen die Partei gerichteten giftigen Angriffe vertragen. Die erfreulichen Fortschritte, die die geeinigte Partei in den letzten Monaten gemacht hat, sind vor allem der gesteigerten Disziplin zu verdanken und dem Entschluß, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten — bei aller Freiheit der Diskussion — dort, wo die Tat in Betracht kommt, zurücktreten zu lassen. Diese Befestigung ist leider noch nicht in allen Gruppen und besonders nicht bei allen, die sich zur sozialistischen Organisation zählen, durchgedrungen, und so sieht man einen unechten und unklaren Revolutionsaktivismus noch mancherlei Verwirrung in die Partei tragen.

Die Annäherung der leider noch immer abseits marschierenden Gewerkschaften an die Partei wird schwerlich dadurch gefördert, daß manche Parteimitglieder die unnütze und schädliche Polemik zwischen den beiden proletarischen Formationen im Schoße der politischen Organisation selbst wiederholen. Es gibt auch für die antiparlamentarische Propaganda selbst löblichere Methoden, als innerhalb der politischen Partei eine Taktik zu pflegen, die keine andere Wirkung haben kann als: die Erfolgsmöglichkeiten der Wahlpropaganda zu verringern. Wird die parlamentarische Aktion des Proletariats geschwächt, so bedeutet das noch lange nicht die Gewinnung des Proletariats für den revolutionären Antiparlamentarismus. Man muß es der politischen Organisation zusehen, daß sie gegenüber den Gewerkschaften nicht in den gleichen Fehler verfällt, vielmehr deren Agitation eifrig unterstützt, trotzdem sich vielleicht mit mehr Recht noch erwarten ließe, daß mögliche — sicherlich nicht wünschenswerte — Enttäuschungen auf gewerkschaftlichem Gebiete die Massen zum Nachdenken über gewisse Einseitigkeiten der inhaltlich politischen Propaganda bringen könnten.

Zur Aufrechterhaltung des Mißtrauens und der Mißverständnisse zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei tragen übrigens nicht nur französische Sozialdemokraten bei. So haben die Vorträge über deutsche Parteiverhältnisse, die Dr. Robert Richels aus Marburg dieser Tage hier unter dem Protektorat des antiparlamentarischen Organs „Avant Garde“ an mehreren Stellen gehalten hat, eher zur Verstärkung der bei den französischen Gewerkschaftlern bestehenden Vorurteile beigetragen. Dr. Richels erzählte unter anderem, daß die deutsche Sozialdemokratie schon den Militarismus gestützt habe, als Bebel für neue Uniformen eingetreten sei. Er stellte den in den Gewerkschaften herrschenden Geist an der Hand von Anekdoten ähnlichen Inhalts als antirevolutionär, ja sogar als dynastisch dar! Der Generalstreik habe unter den Gewerkschaftsführern keine Anhänger, weil diese um ihr Einkommen besorgt seien usw. Daß solche, das wahre Wesen der Streitpunkte nicht berührende Argumente denen gefallen, die in der finanziellen Schwäche der französischen Gewerkschaften eine Quelle revolutionärer Energie sehen, ist begreiflich. Bedauerlich ist aber, daß die über die deutschen Zustände wenig informierten französischen Arbeiter zu dem Glauben verleitet werden konnten, daß die vorgetragenen Anschauungen in Deutschland wirklich Verbreitung hätten, zumal da die „Avant-Garde“ in der in der französischen Politik beliebten großsprecherischen Tonart Dr. Richels zuerst in fetten Lettern als den „Leiter“ eines „Hilfsges“ der deutschen Sozialdemokratie vorgestellt hatte! Die internationale Verständigung des Proletariats dürfte durch diese Vorträge ebenso wenig gefördert worden sein wie die Erkenntnis der Aufgaben und Wege der Gewerkschaften.

Die Altersversorgung angenommen.

Paris, 21. Februar. (Fig. Ver.)

Die Kammer hat gestern nachmittag, bevor sie in die Debatte über die allgemeine politische Lage eintrat, das Gesetz über die Altersversicherung zu Ende beraten und mit 501 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Bemühungen der Sozialisten haben dazu beigetragen, diese Reform bedeutend auszugestalten. Da aber die von der Kommission ursprünglich veranschlagten Kosten infolge der Amendements stark überschritten wurden, hatten die Gegner der Sozialreform ihre Angriffe besonders auf das finanzielle Gebiet gerichtet. Zuletzt versuchte noch der Deputierte Roche das Gesetz dadurch zu Fall zu bringen, daß er die Magazine der ältesten Manchesterökonome austräumte und von „zwanzig Milliarden“ sprach, die durch die Organisation der Altersversicherung gebunden, aus dem Verkehr gezogen werden und der nationalen Wirtschaft verloren gehen müßten! Auch versuchte man das Gesetz dadurch zu erkränken, daß man ihm den Nährstein einer Steuerreform um den Hals hängen wollte. — Millerand, der Vorsitzende der Kommission, antwortete auf alle Einwände und Vorkläge mit großem Geschick, und die Kammer beschloß sogar, seine Rede zu palastieren, wobei allerdings — ebenso wie bei der Schlußabstimmung — weniger die Begeisterung für die soziale Reform als die Nähe der Wahlen den Ausschlag gegeben haben dürfte.

Die Annahme des Gesetzes in der Deputiertenkammer bedeutet leider noch lange nicht die Durchsetzung des wichtigen sozialpolitischen Werkes. Es ist zu befürchten, daß der Widerstand im Senat, besonders gegen die von den Sozialisten durchgesetzten Verbesserungen, recht stark sein wird, und es hängt viel von dem guten Willen der Regierung ab, die sich freilich verpflichtet fühlen sollte, die in der Vorherrschaft des Präsidenten als drängende Aufgabe der Demokratie hingestellte Reform noch vor dem Auseinandergehen der Deputierten zum Abschluß zu verhelfen. Wird das Gesetz doch noch zu diesem Termin fertig, so darf die Republik mit Genugtuung auf diese Leistung blicken, die in der internationalen sozialpolitischen Gesetzgebung jedenfalls einen bedeutenden Platz einnehmen wird und die durch die Einbeziehung der ländlichen Arbeiterschaft den anderen Ländern den Rang abläuft.

Revoltierende Offiziere.

Paris, 23. Februar. (Fig. Ver.)

An den Demonstrationen bei den Kirchenventuren haben sich schon an mehreren Orten Offiziere der Landarmee und der Marine beteiligt, jedoch bisher immer nur Offiziere, die nicht im Dienst standen. Heute werden nun aus zwei Orten Gehorsamsverweigerungen von Offizieren gemeldet, die die Amtshandlung des Domäneninspektors sichern sollten! In Saint-Gervan bei Saint-Ralo in der Bretagne waren die Kirchentore versperrt. Der Präfect requirierte Militär. Jedoch der an der Spitze der Abteilung stehende Major Dery weigerte sich, die Anordnung des Präfecten auszuführen. Die Hauptleute Langaban und Spiral folgten seinem Beispiel. Diese Haltung trug ihnen eine Ovation der versammelten Wehrbrüder ein. Der General Davignon, der von dem Vorfalle verständigt wurde, ließ die drei Offiziere sofort in Arrest abführen und eine Untersuchung eröffnen. Erst der vierte Offizier, an den man sich wandte, führte den Befehl aus.

Ein ganz ähnlicher Vorfall wird aus Paramé berichtet. Dort lag der Bataillonchef Deblay erst den Artikel des Militärstrafgesetzbuches über Gehorsamsverweigerung gegenüber den Anordnungen der Zivilgewalt vor und fügte dann hinzu: „Meine Herren, trotz dieses Artikels weigere ich mich, diese Anordnung auszuführen. Würden Sie mir befehlen, in das Haus meines Vaters einzubrechen, ich täte es nicht. Und noch weniger werde ich das beim Hause Gottes tun.“ — Der Präfect forderte Deblay nun auf, das Kommando dem ältesten Hauptmann zu übergeben, aber der Major verweigerte auch dies. Nach einer Stunde kam der Divisionsgeneral und gab selbst dem Major den Befehl, der auf diese Art in einen militärischen umgewandelt wurde. Jetzt erst gab Deblay das Kommando, die Kirchentore aufzusperrten.

So sieht man die pfäffische Soldateska in offenem Aufruhr gegen das Gesetz und gegen die bürgerliche Gewalt. Trotzdem aber werden die Militaristen fortfahren, über die Antimilitaristen loszugehen, die den militärischen Gehorsam erschüttern, und die Justiz der Republik wird auch weiter die Meinungs-Debatte der Revolutionäre strenger bestrafen als die Tat-Vergehen der uniformierten Kömlinge.

Die bourgeois-radikale Presse zieht gegen die widerpenstigen Offiziere, die dem Soldaten das Beispiel militärischen Angehorsams geben, heftig los. So fordert Clementeau in der „Aurore“ ihre strenge Bestrafung. Ganz deutlich spricht aus diesen aufgeregten Artikeln die Besorgnis vor dem revolutionären Antimilitarismus, der aus diesen Vorkommnissen Nutzen ziehen muß. Der bekannte

Chronique des „Matin“, Harduin, der den Mutterwitz des Pariser Bourgeois repräsentiert, schreibt: „Die Militaristen und die Antimilitaristen marschieren so Hand in Hand. Ihre Motive sind verschieden, das Resultat ist das gleiche. Für die einen wie für die anderen ist das Gesetz nicht das Gesetz. Die einen sagen den Soldaten: „Gehorcht nicht, wenn man euch befehlt, auf die Arbeiter, eure Brüder zu schießen.“ Die Offiziere hingegen sagen nichts, aber wenn man ihnen befehlt, gegen die Aufständischen der Kirche vorzugehen, beginnen sie die offene Revolte. In der Kammer hat man nun, um die Disziplinlosigkeit der Offiziere zu erklären, von „Snobismus“ und von Ehen gesprochen, die sie im reaktionären Milieu schließen. Ist diese Erklärung richtig, so müssen sich alle Sympathien den Sozialisten zuwenden. Diese kämpfen wenigstens für eine ernste Sache, die der Waise wert ist: das tägliche Brot. Die Offiziere aber verweigern den Gehorsam ihren Schwiegermüttern zusehe, und das ist sehr komisch.

Bei der gestrigen Inventur in der Kirche St. Thomas in Aquin ist unter anderem auch der pensionierte General Recamier verhaftet worden, der das Kommando über die literale Besatzung führte, die auf die Beamten mit Stöcken loszuschlug. —

England.

Gewerkschaftsgesetz und Arbeiterpartei.

Die Taff Vale-Angelegenheit war bekanntlich die Veranlassung zu einer Bewegung unter den Gewerkschaftlern zu dem Zweck, die Trade Unions in Zukunft gegen derartige Eingriffe schutzlos zu stellen. Nach dem Entschieden der Lords wurden die Eisenbahner verurteilt, und dies kostete dem Verbands ca. 600 000 Mark. Man kann mit Recht behaupten, daß dieser Schlag gegen den Eisenbahnerverband wesentlich mit zur Aufrüttelung der englischen Gewerkschaftler beigetragen hat. Das Urteil brachte ihnen die Ueberzeugung bei, daß sie die Sache der Arbeiter nicht dauernd der Sorge kapitalistischer Parteien überlassen könnten. Im Juni 1903 wurde vom Parlament eine Kommission eingesetzt, um die Frage zu beraten und Vorschläge für eine neue gesetzliche Regelung zu machen. Der Bericht der Kommission ist jetzt erschienen. Die hauptsächlichsten Punkte gehen dahin: Die Gewerkschaften werden als gesetzliche Organisationen erklärt. Die Streiks, gleichgültig aus welchen Motiven (auch die Sympathie-streiks), werden als gesetzlich erklärt. Mit Strafen zu bedrohen sind nur Verbrechen oder Vergehen und der Kontraktbruch. Die Ueberredung zur Teilnahme am Streik ist mit Ausnahme der Verteilung zum Kontraktbruch nicht ungesetzlich. Den Gewerkschaften wird auch das Recht eingeräumt, durch statistische Bestimmungen dafür zu sorgen, daß die Fonds für die Unterstützungslagen von den übrigen Geldern der Gewerkschaft getrennt verwaltet und damit auf jeden Fall unantastbar werden. Ferner sollen die Zentralvorstände der Trade-Unions die Möglichkeit erhalten, sich gegen unautorisierte Handlungen ihrer Agenten (Lokalverwaltungen, Vertrauensmänner usw.) durch sofortige Desavouierung derselben zu schützen. Schließlich werden eine Reihe Abänderungsvorschläge zu den Trade-Union-Gesetzen von 1871 und 1875 gemacht.

Die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei hat beschlossen, diesen Bericht nicht anzuerkennen, da keine Vertreter der Arbeiter an den Arbeiten der Kommission beteiligt waren. Die Partei wird ohne Rücksicht auf den Bericht der Kommission in Sachen der Trades-Disputes-Bill ihre eigenen Wege selbstständig weiter verfolgen. Die Partei fordert die Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes, wie er vor dem Taff Vale-Fall bestand: die Fonds der Gewerkschaften sollen auch bei irgendwelchen ungesetzlichen Handlungen einzelner Mitglieder unantastbar bleiben, und ferner soll durch Gesetz das friedliche Picketing (Ausstellen von Streikposten) garantiert werden. —

Niederlande.

Christlich-liberaler Wortbruch.

Als im Jahre 1903 das niederländische Eisenbahnerpersonal 24 Stunden lang die Arbeit einstellte, schritt die Regierung des christlichen Herrn Dr. Ruysse ein und beantragte nichts mehr und nichts weniger als die Abschaffung des Streikrechtes für diese Kategorien von Arbeitern! Das war um so gemeiner, als die Regierung sich bis dahin immer auf den Standpunkt gestellt hatten, daß sie mit den Verhältnissen zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihrem Personal nichts zu schaffen hätten. So lange ihr Einschreiten zugunsten der Arbeiter gefordert worden war, blieb dies der Standpunkt der Regierung, als aber die Unternehmer ins Gedränge kamen, wurde sofort eingeschritten, um die Arbeiter wehrlos zu machen.

Nachdem damals die Gesetzesvorlagen, welche in Arbeiterkreisen noch jetzt als die „Zwangsgesetze“ bekannt sind, veröffentlicht waren, offenbarte sich auch in liberalen Kreisen eine gewisse Opposition, und ein Antrag Troostmas: erst die vorgeschlagene Enquete zu veranstalten und dann jene Zwangsgesetze zu behandeln, erhielt in der Kammer außer den sozialdemokratischen auch alle liberalen Stimmen. Lange dauerte diese Oppositionsstimmung aber nicht. In Unternehmer- und Handelskreisen war man für die Zwangsgesetze, und gegen solche Elemente haben Liberale in der Regel wenig Mißtrauen.

Die Regierung, welche gegenüber den Arbeitern gerne die Hülfe der Liberalen gehabt hätte, gab Versprechungen über die Rechtsposition und die Lage der Eisenbahner: Nach Annahme der Gesetze werde eine Enquete veranstaltet und dann eventuell konstatierte Mißstände aufgehoben werden. Aber zuerst müßte die „Ordnung“ wieder hergestellt sein! Mit dieser Deutlichkeit fing die Regierung die Stimmen aller Liberalen, die sich gern fangen ließen.

Das ist jetzt drei Jahre her und die Liberalen haben die Stelle der christlichen Herren am Regierungstische eingenommen, nicht zum mindesten dadurch, daß die organisierten Arbeiter, aus Mut über die Zwangsgesetze, bei den Wahlen wie ein Mann gegen die „Christlichen“ gestimmt hatten, ohne viel danach zu fragen, wer diesen „Christlichen“ gegenüber stand.

Und was geschieht jetzt? Von den Versprechungen der vorigen Regierung ist nichts erfüllt. Die Enquete hat stattgefunden, furchterliche Mißstände sind aufgedeckt, aber nun ist die Regierung völlig wieder machtlos. —

Unsere Genossen haben bei der Etatsberatung jüngst diesen Wortbruch der Regierenden behandelt, und in einer mehr als zweitägigen Debatte haben die bürgerlichen Herren von Rechts und Links ihr wahres Angesicht zeigen müssen.

Der liberale Führer Goeman Vorgejus sagte wörtlich: „Niemand kann sagen, daß die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner jetzt gut geregelt sind. Die Frage, ob die Versprechungen von 1903 eingelöst sind, ist liberal verneint, nicht bloß von den Sozialisten, sondern auch von den Rednern der rechten Seite.“ — Daran forderte Genosse Troostmas die Regierung und die Liberalen auf, die Zwangsgesetze wieder abzuschaffen. Natürlich sagte der Minister nicht ja, aber nicht etwa weil er die gesetzlichen Bestimmungen gutheißt, sondern weil „in der Landesregierung Kontinuität sein müsse und die eine Regierung die Gesetze, welche eine andere gemacht habe, nicht abschaffen dürfe, wenn die Umstände noch die gleichen seien!“ Also mit der Erfüllung der Versprechungen von 1903 ist's nicht.

Wir stehen hier vor einem plumpen Wortbruch, den die Regierenden von 1903 an den Arbeitern begangen haben und den die jetzt Regierenden nicht wieder gutmachen wollen. Auch hier demnach werden die Arbeiter sich selbst helfen müssen. Die Eisenbahnerorganisation kämpft durch die kräftige Agitation, welche auf diese Tatsachen hin unternommen wird, an, wieder groß und stark zu werden, während die christlichen Organisationen, in welche man nach dem Generalarrest von 1903 die eingeschüchterten Leute hineintrübte, nicht einmal in stande sind, ein halbes Duzend Vorstandsmitglieder zu finden, die es länger als ein paar Monate aus-

halten. Die Organe, welche sie grünete, sind schon alle wieder eingegangen.

Merkwürdig trifft es zusammen, daß auch die Amsterdamer Dordarbeiter, welche ebenfalls im Jahre 1903 eine schwere Niederlage erlitten, jetzt wieder aufleben anfangen, und im Begriff sind, einen Kampf gegen die Schaverei aufzunehmen, welche man ihnen, als sie besiegt waren, aufgezogen hatte.

Schweden.

Die Wahlrechtsreform.

Die schwedische Regierung hat am Sonnabend dem Reichstag ihren Entwurf über die Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer vorgelegt. Danach sollen die Städte 65 Abgeordnete, die ländlichen Wahlkreise 165 wählen. Die Wahlen sollen direkte sein, und für jeden Wahlkreis soll ein Abgeordneter gewählt werden, jedoch also die jetzt in den großen Städten üblichen Vorkandidaten fortfallen. Wahlberechtigt ist nach dem Entwurf jeder unbescholtene Mann von dem Kalenderjahre an, in dem er das 25. Lebensjahr erreicht. Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind jedoch solche, die für im Wahljahre oder in dem vorhergegangenen Jahre empfangene Armenunterstützung haften; ferner solche, die in den letzten 3 Jahren Staats- oder Gemeindesteuern schuldig geblieben sind, und schließlich Wehrpflichtige, die ihre Wehrpflicht nicht erfüllt haben. Gewählt kann man nur in dem Wahlkreis, oder — bei Städten mit mehreren Wahlkreisen — in der Stadt werden, in der man wahlberechtigt ist! Im ersten Wahlgang ist für die Wahl eines Kandidaten die absolute Mehrheit entscheidend; beim zweiten Wahlgang können jedoch die alten Kandidaten sämtlich wieder aufgestellt und auch neu nominiert werden, und hier entscheidet dann die einfache Mehrheit. Die Regierung soll in jedem neunten Jahre die Einteilung der Wahlkreise festlegen. Wächst die Bevölkerung der Städte so stark, daß sie mehr als die 65 Abgeordneten haben müßten, so soll die Verhältniszahl von Stadt- und Landvertretern von neuem der Bevölkerungszahl entsprechend geregelt werden.

Bei der jetzt geltenden Wahlkreisordnung haben die Städte 80, die ländlichen Kreise 160 Vertreter in der Zweiten Kammer, wobei jedoch die ländlichen Kreise benachteiligt sind. Gegen die Verschlebung des Verhältnisses zugunsten der Landbevölkerung ist nichts einzunehmen. Der schwerste Fehler des Entwurfes ist der, daß die Steuerzahlung zur Bedingung des Wahlrechts gemacht wird, abgesehen davon, daß die Frauen wahlrechtslos bleiben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Schuhmacher. In der Werkstatt von Paul Körtling, Charlottenburg, Kurfürstendamm 231, sind Differenzen ausgebrochen. Nach Einführung von Fräs- und Nähmaschinen machte der Geschäftsinhaber, ohne jede Verständigung mit den Arbeitern, Lohnabzüge von 30 Prozent. Die Arbeiter sind der Meinung, daß ein so hoher Lohnabzug in gar keinem Verhältnis steht zu den Erleichterungen, welche durch die Maschinen geschaffen werden können. Die Organisation der Schuhmacher beschloß, mit Herrn Körtling zu verhandeln, derselbe lehnte aber jede Verhandlung ab mit dem Bemerkung, er zahle, was er wolle und werde künftig noch mehr abziehen. Darauf legten die in der genannten Werkstatt Beschäftigten die Arbeit nieder. Vor Annahme von Arbeit bei Körtling warnt die Charlottenburger Zahlstelle des Verbandes der Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen in Hamburg.

Im vorigen Herbst haben die Malergehälfen von Hamburg, Altona und Umgebung einen Lohnvertrag aufgestellt, der außer der Verlängerung der jetzt neunstündigen Arbeitszeit um eine halbe Stunde einen Stundenlohn von 70, später 75 Pf. vorsah. Inzwischen hat der Arbeitgeberverband im Malerergewerbe für Nordwest-Deutschland zur Lohnbewegung Stellung genommen und einen Lohnvertrag stipuliert, der in mehreren Punkten von dem der Gehälfen abweicht. Der Minimallohn soll 65 Pf. (bisher 60 Pf.) betragen bei neunstündiger Arbeitszeit, außerdem sollen Maler und Anfrichterarbeiten nur von Gehälfen ausgeführt werden. In dieser Tariffrage nahm am Sonntag eine große Gehälfenversammlung Stellung. Das Angebot des Arbeitgeberverbandes fand Annahme. Der Tarifvertrag soll auf eine dreijährige Dauer festgelegt werden. Der gefasste Beschluß bedarf noch der Zustimmung der Hamburger Malerinnung.

Die Schauerleute (Stilgutarbeiter, Kohlenhauerleute usw.) und das Personal der Eld- und Alsterdampfer (Puffschiffe) haben Lohnverträge mit erhöhten Positionen eingereicht. In einer Montagmittag im Sitzungssaal der Handelskammer stattgefundenen Verhandlung wurde zwischen den Arbeitgebern und den Delegierten der Schauerleute eine völlige Einigung erzielt. Der Tagelohn wird danach von 4,50 M. auf 4,80 M. und für Nacht- und Feiertagsarbeit von 5,70 M. auf 6,30 M. erhöht; der neue Tarif tritt am 11. März in Kraft.

Die Bunkerleute, die eine besondere Sektion des Hafenarbeiter-Verbandes bilden, haben in der Sonnabendabend stattgehabten Versammlung die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse angenommen.

Textilarbeiterbewegung in Mülhausen.

Aus dem Reichsland schreibt uns unser Korrespondent: Schon seit längerer Zeit gärt es in der oberelsässischen Textilindustrie. Im vorigen Jahre gelang es den Marktschreibern Arbeitern, eine nicht unerhebliche Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Nur dank dem Eingreifen der „christlichen“ Gewerkschaft wurde die Einführung des Nehestündentages verhindert. Immerhin herrscht in Mülhausen seit der Verkürzung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit. Nun verlangen auch die Mülhauser Arbeiter den Nehestündentag. Ein Teil der Arbeiter der Baumwollspinnerei und Weberei Frey u. Cie. hatte auf den 21. Februar, ein Teil auf den 28. Februar gekündigt. Dem Austritt des ersten Teils folgte nun sofort die von den Unternehmern angebrochene Aussperrung von 5000 bis 6000 an der Arbeitseinstellung unbeteiligten Arbeitern. Diese mögliche Ausbühnung der wirtschaftlich überwiegenden Stellung versuchen die Herren mit der künftigen Ausrede zu beden, daß im übrigen Deutschland der Nehestündentag in der Textilindustrie nicht durchweg eingeführt ist. Sie schreiben: Wir erklären nochmals, daß wir durchaus geneigt wären, eine Herabsetzung der Arbeitszeit einzuführen, insofern eine solche einheitsmäßig für alle ähnlichen Betriebe Deutschlands festgesetzt würde, und daß wir bereit sind, darauf abzielende Schritte zu unterstützen.“ Der patriarchalische Ton dieses Was weist lediglich auf die Berechtigung der Forderung der Arbeiterschaft hin, deren Ablehnung nur auf diese Weise dem Publikum und der Öffentlichkeit einigermaßen mündgerecht gemacht werden kann. Als ob die Mülhauser Textilbarone nicht im Verband der Textilindustriellen selbst die Initiative zu den „darauf abzielenden Schritten“ hätten ergreifen können, schon damals, als in Grimnitzschau der heldenmütige Kampf der 7000 geführt wurde!

Die Aussichten der Bewegung sind günstig. Der Textilarbeiterverband hat seit einigen Jahren eine bemerkenswerte Kräftigung, besonders an Mitgliederzahl, erfahren, und andererseits ist auch die Lage des Geschäftszweiges durchaus gut. Jahrelange Aufträge harren ihrer Erledigung, so daß die Unternehmer vor der Wahl des Nachgebens oder großer Verluste stehen.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Kiel dauert ununterbrochen fort, da die Firma Jbms u. Graf jedes Entgegenkommen ablehnt. Die kaiserliche Westverwaltung in Kiel kommandiert weiterhin Marinemannschaften sowie Werkstatthalter zur Kohlenarbeit, von letzteren wird jeder sofort entlassen, wenn mit Entlassung bedroht, der sich weigert, Streikbrocherarbeit zu leisten. In Kiel und Umgegend findet sich kein Streikbrocher, weshalb die

Firma Arbeitswillige aus Schlesien, Oesterreich-Ungarn usw. kommen läßt und auf der kaiserlichen Kohlenböden einquartiert; damit keiner einmüde, patrouillierten Militärposten mit schar geladene Gewehr. In der Waldenburger Gegend (Schlesien) haben Streikrechtsgenossen Arbeitswillige unter Vorpiegelung falscher Tatsachen zum Kontraktbruch verleitet und aus fester Arbeit herausgelockt. Wir bitten alle Parteigenossen, hiervon Notiz zu nehmen und für strenge Bernhaltung des Jungsorge tragen zu wollen.

Transportarbeiterverband Kiel. Die Bäder im Rönne haben beschlossen, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen, da die Löhne, welche derselbe vorsieht, in Hinsicht auf die derzeitigen Löhnerverhältnisse zu niedrig sind. Gefordert werden Stundenlöhne von 26 bis 35 Pf.

Rusland.

Statistisches über die englischen Trade-Unions.

London, 24. Februar. (Wig. Ber.) Das Arbeitsamt des Handelsministeriums veröffentlichte gestern eine Statistik über die Trade-Unions in den Jahren 1902 bis 1904.

Zu Ende des Jahres 1904 gab es 1148 Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedschaft von 1 886 755. Infolge des in den drei Berichtsjahren vorhergehenden Geschäftsniedererganges zeigte sich — wie in früheren Depressionsjahren — ein Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Zu Ende des Jahres 1901 gab es 1 940 874 Gewerkschaftler gegen 1 886 755 drei Jahre später — ein Verlust von 74 119 oder 3,8 Proz. Immerhin waren die Trade-Unionen zu Ende 1904 stärker als im Jahre 1889.

Der Rückgang betraf besonders die kleineren Unions. Am meisten litten die Gewerkschaften der Tagelöhner, der Zimmerer, Schneider und in geringerer Maße die Gewerkschaften der Bergleute und der Transportarbeiter.

Dagegen zeigten die Gewerkschaften der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie der Ladengehülfen eine erhebliche Zunahme; auch die graphischen Gewerbe zeigen eine Zunahme.

In den zehn Jahren 1895—1905 betrug die Zunahme der Zahl der Trade-Unionisten 32 Proz.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Trade-Unionen belief sich auf 125 094 oder 6,7 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, davon waren etwa 90 Proz. in der Textilindustrie beschäftigt.

Einen ausführlichen finanziellen Bericht gibt die amtliche Veröffentlichung nur über 100 Unions, die aber die größten sind und etwa 60 Prozent der Gesamtmitgliedschaft einschließen:

Jahr	Zahl der Mitglieder	Einnahmen in Pfund Sterling	Ausgaben für			
			Streiks	Arbeitslosse	Alterspension etc.	Verwaltung
			in Pfund Sterling			
1895	907 490	1 541 502	197 236	416 784	509 723	258 609
1896	957 010	1 654 130	168 635	262 143	513 451	272 162
1897	1 056 817	1 973 942	659 042	329 567	600 511	314 119
1898	1 031 297	1 901 111	328 615	298 724	612 656	305 203
1899	1 107 724	1 828 049	119 474	188 063	624 236	323 433
1900	1 149 937	1 937 041	149 056	263 231	681 649	358 160
1901	1 155 133	2 031 075	204 540	327 785	719 928	379 360
1902	1 152 834	2 077 640	217 976	424 046	752 609	396 254
1903	1 130 659	2 086 529	172 417	509 673	792 452	431 043
1904	1 127 529	2 097 470	126 446	647 722	850 793	417 204

Das Vermögen dieser hundert Unions beläuft sich auf 4 616 230 Pfund Sterling. Seit 1895 hat es sich mehr als verdoppelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Lohnbewegung der Schauerleute.

Hamburg, 26. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts.“) In einer Rieserversammlung der Schauerleute, die heute stattfand, wurde das Angebot der Neber angenommen. Der Tarif, der verschiedene Lohnaufbesserungen für die Arbeiter enthält, tritt mit dem 11. März in Kraft.

Der ungarische Konflikt.

Budapest, 26. Februar. (W. S.) Die verlautele, beabsichtigt die Regierung von morgen an den Zeitungsverkauf auf den Straßen zu entziehen. Ferner soll die Regierung beabsichtigen, die Rechtsprechung in Majestätsbeleidigungen den Geschworenengerichten zu entziehen, da in letzter Zeit die Geschworenen in den markantesten Fällen Angeklagte wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen haben.

Zusammenstöße mit Genarman.

Budapest, 26. Februar. (W. S.) Müttermedungen zufolge kam es gestern in Gran, sowie in Hajdunbanon, wo die Abgeordneten Ameth und Rakosi ihre Redenschaftsberichte erzielten, zwischen einer großen Volksmenge und der Genarmerie zu heftigen Zusammenstößen. Viele wurden verhaftet.

Ein verurteilter General.

Paris, 26. Februar. (W. T. W.) Das Justizpolizeigericht verurteilte den bei den Kundgebungen gelegentlich der Inventuraufnahme in der Kirche des heiligen Thomas von Aquino verhafteten General des Beurlaubtenstandes, Recamier, zu sechs Monaten Gefängnis unter Aufschub der Strafvollstreckung.

Neues Attentat.

Petersburg, 26. Februar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Beigeordnete des Direktors der hiesigen Postämter, Razarow, wurde heute durch fünf Revolvergeschosse getötet. Der Attentäter ist entkommen.

Noch ein Mörderfall.

Tiflis, 26. Februar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute schossen vier Personen auf den Wogen des Rechtsanwalts Heidemann, der von der Staatsbank zurückkehrte, wo er 15 000 Rubel erhoben hatte. Die Schüsse verwundeten einen Diener. Die Angreifer bemächtigten sich des Geldes und ergriffen dann die Flucht.

Ein Mordurteil.

Verone Abinol (Transsilvanien), 26. Februar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Kriegsgericht urteilte heute über dreißig Eisenbahngesellen ab. Vier wurden zu Zwangsarbeit verurteilt, neun andere zum Tode. General Krenn-Kampf begnadigte vier der zum Tode Verurteilten zu Zwangsarbeit. Die fünf anderen wurden hingerichtet.

Mörderfall auf die russische Staatsbank.

Gelsingfors, 26. Februar. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mehrere Personen, die vermutlich aus den baltischen Provinzen stammten, drangen heute in das Gebäude der russischen Staatsbank ein, töteten den Wächter und verwundeten einen anderen Angeestellten der Bank durch Revolvergeschosse und raubten 75 000 Rubel. Es gelang den Räubern dann, zu fliehen.

Verführung einer amerikanischen Mission.

Washington, 26. Februar. (W. T. W.) Der amerikanische Generalkonsul in Schanghai telegraphiert: Die amerikanischen Missionen in Kachang und Sienf, die hundert Meilen aufwärts am Yangtse, sind zerstückt worden; die Ursachen sind wahrscheinlich örtlicher Natur. Vierzehn Missionare entkamen, während die Mitglieder einer aus zwei Erzbischöfen und zwei Kindern bestehenden Familie getötet wurden. Das amerikanische Kanonenboot „Cleano“ in Kachang wurde angewiesen, sofort nach der dortigen Gegend zu gehen. Es wird berichtet, daß auf der britischen Mission alles wohl ist.

Parteigenossen und Genossinnen!

Alle organisierten Arbeiter, welche das lebhafteste Interesse hegen, sich sowohl in der politischen als auch in der gewerkschaftlichen Bewegung zu betätigen, haben es stets als einen argen Mißstand empfunden, daß recht oft von beiden Seiten Versammlungen mit wichtiger Tagesordnung am selben Tage einberufen worden sind, und daß es dadurch einer ganzen Anzahl Genossen unmöglich gemacht war, pflichtgemäß in Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten tätig zu sein.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, haben die Unterzeichneten folgendes Abkommen getroffen:

Dienstags und an jedem zweiten Mittwoch im Monat dürfen keine Gewerkschafts-Versammlungen einberufen werden, da diese Tage für die Partei reserviert sind, — Donnerstags und jeden 1., 3. und 4. Mittwoch im Monat dürfen keine politischen Versammlungen einberufen werden, da diese Tage gänzlich für die Gewerkschaften frei bleiben.

Abgewichen von der Vereinbarung darf nur werden bei plötzlich ausbrechenden Streiks und ähnlichen Differenzen oder wenn Protest-Versammlungen schnell zu veranstalten sind.

Wir machen hiermit den Versuch, eine Regelung des gewerkschaftlichen und politischen Lebens herbeizuführen und bitten alle Einberufer von Versammlungen, diese Vereinbarung von heute an streng durchzuführen. Gleichzeitig bitten wir die Vororte, sich diesem Abkommen sobald als möglich anzuschließen.

Berlin, den 26. Februar 1906.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. Der Ausschuss des Berliner Gewerkschaftsartikels.

Demonstrationsstreik der Berliner Droschkenkutscher.

Mit unerwarteter Einmütigkeit sind die Berliner Droschkenkutscher der Aufforderung ihrer Organisationsleitung, am Montag in einen eintägigen Demonstrationstreik einzutreten, nachgekommen. Tatsächlich war gestern fast keine Droschke in Betrieb.

Nur ganz vereinzelt war in diesem oder jenem Straßenzuge ein Droschkenführer als Ausnahmefahrer zu erblicken. Besonders fühlbar machte sich das Fehlen der Droschken an den Bahnhöfen. Tausende von Personen, die wegen der hoffentlich bald nach Berlin gekommen waren, sahen sich vergeblich nach einer Droschke um. Wohl oder übel mußten sie auf das Beförderungsmittel verzichten. In der Zeit aber, wo sich so mancher unbeforderte Passagier über das rätselhafte Verschwinden der Droschken den Kopf zerbrechen machte, waren die Droschkenführer in dem größten Berliner Saal, in der „Neuen Welt“, zu einer

Mietersversammlung

zusammengedrungen, um gegen die das Droschkengebetriebe einengenden polizeilichen Maßnahmen Protest zu erheben. Tausende füllten Kopf an Kopf gedrängt den geräumigen Saal nebst den Galerien, und auch der Vorraum war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Meistal hielt der Organisationsleiter Anführer. Er betonte, die unmittelbare Ursache zu dieser Demonstration liege in der polizeilichen Sperre des Potsdamer Platzes und der ministeriellen Zurückweisung einer Beschwerde dagegen. Anfangs seien auch die Mitglieder der Lohnführer-Zinnung gewillt gewesen, im Verein mit den Kutschern und den kleinen Droschkenbesitzern den Betrieb zeitweise einzustellen, wenn der Beschwerde keine Folge gegeben werde. Später sei ihnen dann aber das Herz in die Hose gefallen, indem sie ihren eigenen Beschlüssen untreu wurden. Darauf ist von den Führern der Droschkenführer unter Ausschaltung der Zinnung eine Beschwerde an die Minister von Rudde und von Bethmann-Hollweg gefandt worden. Die Antwort der Minister lautete ablehnend. Redner wandte sich in scharfer Kritik gegen diesen ministeriellen Bescheid. Den großen Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften werde eine Konzession nach der anderen erteilt, das Droschkengebetriebe aber werde künstlich ruiniert. Infolge der unangenehmen Drangsalierungen der Droschkenführer durch die Polizei sei die Existenz der Kutscher direkt in Frage gestellt. Wenn das so weiter gehe, müßten die Droschkenkutscher naturgemäß der gänzlichen Verarmung verfallen. Deshalb sei auch der Entschluß gefaßt worden, gerade mal an solchem Tage zu streiken, wo die Droschken noch nötiger als sonst gebraucht würden. Dadurch solle der Polizeibehörde eben gezeigt werden, daß die so verächtlich behandelte Droschke als Verkehrsmittel noch keineswegs zum alten Eisen gehört. Die Demonstration trage, wenn sie auch in die Zeit der Hofgesellschaften falle, keinerlei politischen Charakter, sondern sei lediglich der Ausdruck der hochgradigen Unzufriedenheit gegen die unerträglichen Polizeimaßnahmen. (Großer Beifall.)

In der Diskussion, an der sich u. a. noch der Organisationsvertreter Bedner und der Schriftführer des Verbandes der Droschkenbesitzer Schulte beteiligten, wurde in drastischer Lebendigkeit das Sammelverbot von Polizeiverordnungen mit den vielen Paragraphen und vor allem das rückwärtslos in Anwendung gebrachte Strafsystem kritisiert. Wegen der geringsten Uebertretungen, ja selbst dann, wenn sich der Droschkenführer einer Uebertretung gar nicht einmal bewußt ist, beträgt es förmlich Strafmündeln, die jetzt sogar die Höhe von 50, 60 und 70 Mark erreichen. Alle Bedner waren sich darin einig, und die Versammlung stimmte ihnen mit hartem Beifall darin bei, daß es mit den polizeilichen Maßnahmen so wie bisher nicht weiter gehen könne.

Wenn die Polizeibehörde kein Einsehen habe, so bleibe eben nichts anderes übrig, als auch fernerhin bei allen feierlichen Gelegenheiten, Paraden und dergl. einfach auf 24 oder 48 Stunden den Droschkenbetrieb demonstrierend einzustellen, so lange, bis es besser werde. Denn nach so viel ist, ist zu viel.

Unter diesem Eindruck und um die Demonstration noch etwas wirkungsvoller zu gestalten, beschloß die Versammlung dann folgende, den Streik bis zum Mittwoch, den 28. Februar, morgens 8 Uhr, fortzusetzen.

Darauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die versammelten Droschkenführer und sonstigen Interessenten des Droschkenführerbetriebs finden es bedauerlich, so wenig Entgegenkommen auf die an den Minister des Innern abgeforderte Beschwerde gefunden zu haben und können sich mit dieser Antwort nicht einverstanden erklären.

Die Versammlung erhebt in dem nicht zu billigen den Verhalten der Behörden den Droschkenführern gegenüber eine Beschwerde und Nachsicht des ganzen Droschkenführerbetriebs und erklärt die Bestimmungen und Verordnungen der Polizeibehörde als unhaltbar und unausführbar. Durch das jegliche Verhalten der Polizei ist nicht nur die Existenz des Droschkenführerbetriebs gefährdet,

sondern es ist auch geeignet, denselben ehelos zu machen, indem er nach etlichen Verhaftungen degradiert und aus dem Droschkenführerbetriebe ausgespart wird durch Entziehung des Fahrscheins.

Die Versammlung protestiert nicht nur gegen die Sperzung des Potsdamer Platzes, sie protestiert gegen jede weitere Beschränkung unseres Gewerbes. Wir erheben Einspruch gegen die ungemein hohen Verhaftungen der Droschkenführer und erachten es als einen Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen, wenn derselbe laut § 24 der neuen Droschkenordnung gezwungen wird, außer seiner Dienstzeit bei Abempfangung des Fahrscheins und polizeilichen Vorladungen im Dienstanzuge zu erscheinen. Wir erblicken ferner in der Bestimmung des § 71 Absatz 5 — wonach ein Droschkenführer während des Fahrens am Kopfe des Pferdes sich aufhalten muß, eine beleidigende Herabwürdigung der gesamten Droschkenführer. Wir protestieren endlich auf das allerentschiedenste gegen das Urteil des Kammergerichts, welches den Droschkenführer außerhalb seiner Dienstzeit der Stellung des Staatsbürgers und Privatmannes verlustig erklärt, indem es durch rechtskräftigen Urteil bestätigt, daß, wenn ein Droschkenführer eine polizeiliche Vorladung zu einer Vernehmung erhält, er derselben pünktlich nachkommen müsse, da er nicht als Privatmann, sondern als Droschkenführer geladen werde.

In Anbetracht der Nichtbeachtung der Petitionen und Bittgesuche, welche an behördliche Stellen abgefaßt, versprochen sind die Anwesenden, von Zeit zu Zeit das Führeramt aus dem Betriebe zu ziehen, eventuell zu einem Generalstreik zu rufen, bis uns Gerechtigkeit von Seiten der Behörden zuteil wird.

Aus der Partei.

Genosse Franz Mehring vollendet heute, am 27. Februar, sein sechzigstes Lebensjahr — ein rüstiger Jubilar, der, wenn auch das Alter an ihm nicht spurlos vorübergegangen ist und sein Haar weißgebleicht hat, doch noch heute im politischen Tageskampfe als journalistischer Kämpfer seinen Mann steht, wie kaum einer der Jüngeren, denen er auf publizistischem Gebiete ein Lehrmeister war und noch ist. Es kann heute nicht unsere Aufgabe sein, zu schildern, was Mehring als Journalist und Wissenschaftler für unsere Partei und ihre Entwicklung geleistet hat; wir erinnern nur an seine Tätigkeit als leitender Redakteur der „Berliner Volkszeitung“ in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes und später der „Leipziger Volkszeitung“, die unter seiner Leitung allezeit eines der gewandtesten, schneidigsten Kampforgane nicht nur unserer deutschen, sondern der ganzen internationalen Parteipresse war. Und doch hat neben seiner aufreibenden journalistischen Tätigkeit Mehring noch Zeit und Kraft zu wissenschaftlichen Arbeiten gefunden, die ihm eine dauernde angehende Stellung in der historischen und ökonomischen Wissenschaft sichern, wie z. B. seine „Leistung-Legende“, seine „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ und seine Herausgabe des literarischen Nachlasses von Marx, Engels und Lassalle.

Wir grüßen den Jubilar und rufen ihm den Wunsch zu, daß er den Gegnern zum Trost noch manches Jahr in unseren Reihen mit seiner sähigen Feder für die Befreiung der Arbeiterklasse wirken möge.

Versammlungsauflösung und Wortentziehung in Leipzig.

Am Sonntag fand in Leipzig eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Klassenjustiz und Sozialdemokratie“ statt, über das Genosse Stadthagen referieren sollte. Der „Reißal-Palast“, der über 3000 Personen faßt, war überfüllt. Über 6000 Personen hatten umkehren müssen, weil sie keinen Einlaß finden konnten. Als Stadthagen kaum 5 Minuten rein theoretisch über die Aufgaben einer Justiz als Verwalterin der Gerechtigkeit, der verhältnismäßigen Gleichheit und den Aufgaben einer Klassenjustiz als einem Instrument für die herrschende und gegen die Interessen der arbeitenden Klasse gesprochen hatte, entzog der Polizeieinspektor Färber ihm das Wort und löste die Versammlung auf. Die Auflösung erfolgte, als Stadthagen etwa ausfuhrte: „Die Unabhängigkeit der Richter ist eine der Forderungen zur Erfüllung der Aufgaben einer gerechten Justiz. Diese Unabhängigkeit ist aber tatsächlich ein Märchen, eine Legende.“ Auch nach dem sächsischen Vereinsjubiläum löst sich die Wortentziehung und Auflösung nicht redigieren; gegen diese Handhabung der Versammlungspolizei ist Beschwerde eingelegt. Die Wortentziehung ist um so drolliger, als tags zuvor im Reichstag der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dörner den Stadthagen verblümt aufgefordert hatte, das, was er über den sächsischen Staatsanwalt Böhme im Reichstag ausgeführt hatte, außerhalb desselben zu wiederholen. Die Versammelten gingen ruhig auseinander, wiewohl in verschiedenen Galerien des artusartigen Versammlungssaales einige den Genossen als der Polizei bekannte Leute sich durch Aufse bemerkt machten und wiewohl eine große Anzahl Schulleute in Bereitschaft stand.

Deutsche Press-Freiheit. Unser Bremer Parteiorgan veröffentlichte in seiner Nummer vom 12. Dezember v. J. eine Notiz, in der behauptet wird, „ein Unteroffizier“ habe in einem größeren Vergnügungsfestall Gröbelnens dadurch unangenehmes Aufsehen erregt, daß er einen Musikleiter in erregtem Tone zur Rede stellte, weil dieser ihn angeblich nicht gegrüßt habe. Nach energischer Aufforderung des Musikleiters habe der Unteroffizier es für geraten gehalten, das Lokal zu verlassen. Vor dem Lokal habe er sich aber mit dem Säbel in der hochgehobenen Hand aufgepflanzt und die Anwesenden aufgefordert, herauszukommen. Als dem keine Folge geleistet wurde, habe er sich in Gesellschaft eines Musikleiters, den er aufgefordert habe, ihn zu seinem Schutze zu begleiten, auf den Weg zur Stadt gemacht. Die Notiz trug die Signatur: Ein großspurriger „Stellvertreter Gottes auf Erden“! Diese Notiz hat das zarte Ehrgefühl des Unteroffiziers Dirks verletzt. Es erfolgte eine Anklage. Der beleidigte als Junge bekundete, er sei bedroht worden, und deshalb habe er zu seiner persönlichen Sicherheit blankgezogen. Musikleiter Alers sagt aus, er habe Dirks, weil er immer lauter wurde und ihm mitgeteilt worden war, jener habe in Saale einen Rekruten Ordnung beibringen wollen, aus dem Lokale getrieben. Der Staatsanwalt plädierte auf 600 M. Geldstrafe und nahm sich heraus zu behaupten, der Angeklagte habe durch die Notiz seinem persönlichen Ruf Schaden gegeben. Das Urteil lautete auf 300 M. Geldstrafe. Dieß Vaterland, magst ruhig sein: Unteroffiziere sind geschützt durch blanke Waffe und Strafgesetzbuch.

Eilige Justiz. Genosse Reinert, Redakteur unseres Parteiorgans in Hannover, hat eine Gefängnisstrafe von drei Wochen abzuhängen. Ein Besuch um Strafauflösung hatte die Staatsanwaltschaft abgelehnt; ehe die eingelegte Beschwerde an den Oberstaatsanwalt beantwortet war, wurde Reinert verhaftet. Da die bestimmte erwartete Amnestie wahrscheinlich alle politischen „Verbrecher“ umfaßt, die — noch nicht verurteilt sind oder ihre Strafe bereits verbüßt haben, wird unser Genosse die drei Wochen Mühe ganz auskosten.

„Ein römisch-katholischer Pfarrer als — Sozialdemokrat.“ Vor einiger Zeit erregte es allgemeines Aufsehen in weiten Kreisen, namentlich der katholischen Bevölkerung, daß ein römisch-katholischer Pfarrer in Holland, Dr. J. van den Brink, sich offen für die Sozialdemokratie und ihre Forderungen erklärte. Sein Wirken zog ihm denn auch bald den Haß und die Verfolgung seiner frommen Kollegen und seiner kirchlichen Vorgesetzten zu, die es in ihrem christlichen Eifer an Verleumdungen und Verdrehungen aller Art

nicht fehlen ließen. In einer Schrift vertoahrt sich van den Brink gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe. Er zeigt in dieser auch, wie ihm der Widerspruch zwischen den nach seiner Ansicht wahren Lehren des Christentums und den heutigen Bekennern desselben zum Sozialismus getrieben und bei ihm die Erkenntnis vom Klassencharakter des Staates gefördert hat. Diese Darlegungen hat die Buchhandlung Vorwärts übersehen und als Broschüre erscheinen lassen. Es ist wohl das erstmal, daß ein römisch-katholischer Pfarrer in offener und rückhaltloser Weise für die Sozialdemokratie eintritt. Sind auch vom Standpunkt unserer Partei aus betrachtet nicht alle seine Ausführungen zu unterschreiben, so sind doch seine Worte beherzigenswert. Ein Nachwort wahrt den Standpunkt unserer Partei.

Die Broschüre kostet 10 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen, in Berlin auch in allen Parteipeditionen zu haben. Eine Agitationsausgabe, die nur an Vereine, Vertrauensleute usw. abgegeben wird, kann vom Verlage bezogen werden.

Neun Anklagen und einen Redakteur im Gefängnis verzeichnet das neueste Bulletin der „Erfurter Tribüne“ über das Befinden der — deutschen Press-Freiheit. Genosse Michaelis hat die mit Eisen gesicherte Freiheit bezogen. Einen Monat bleibt er drin. So will's die Gerechtigkeit, weil er angeblich das ganze preussische Offizierskorps beleidigt haben soll.

Soziales.

Eineinigung des Begriffs „Facharbeiter“ durch kändliche Berufsgenossenschaften und durch das Reichsversicherungsamt.

§ 1, Absatz 6 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft lautet:

„Der im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnimmt (z. B. Förster, Gärtner, Gärtnergehilfen; gewerbliche Facharbeiter, wie Brenner, Maschinenführer, Setzer, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede u. a.) wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§ 33) für ihren Bezirk festgesetzt. Bis zum Erlaß entsprechender statutarischer Bestimmungen bleiben diese Personen den sonstigen Arbeitern gleichgestellt.“

In der Nummer vom 22. Oktober vorigen Jahres teilten wir mit, daß eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in ihr Statut u. a. eine Bestimmung aufgenommen habe, nach der dieser im § 1 Absatz 6 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft beschriebene Kreis von Personen, für die bei der Rentenberechnung der Individuallohnverdienst zugrunde gelegt werden soll, eingengt wird. Es handelte sich um die Gärtner und Gärtnergehilfen, die in der wiedergegebenen Stelle des Unfallversicherungsgesetzes unter den Beispielen besonders aufgeführt, aber von dem Genossenschaftsstatut nicht als Facharbeiter anerkannt sind. Gegen diese Einengung wendeten sich die Gärtner beschwerdeführend an das Reichsversicherungsamt. Sie haben nun folgende, auch alle anderen Facharbeiter betreffende Verfügung erhalten:

„Das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900 hat keineswegs selbst bestimmt, welche einzelnen Arten der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen als sogenannte Facharbeiter die Unfallentschädigung statt nach Maßgabe des behördlich festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, nach Maßgabe ihres individuellen Jahresarbeitsverdienstes (§ 9 a. a. O.) erhalten sollen, sie hat vielmehr im § 1 Abs. 6 ausdrücklich die Feststellung darüber, wer als Facharbeiter in diesem Sinne anzusehen ist, der statutarischen Bestimmung einer jeden Berufsgenossenschaft vorbehalten. Wenn das Gesetz dabei zur Verdeutlichung seiner Forderung, daß diese Personen, zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnehmen“ sollen, in der Klammer unter der Bezeichnung der Beispielen: „z. B. einige Berufsarbeiter“ aufzählt, so hat es damit nur Beispiele aufgeführt, die Berufsgenossenschaften aber, wie das Reichsversicherungsamt bereits wiederholt hat anerkennen müssen, nicht verpflichtet, jede der von ihm namhaft gemachten Kategorien und etwa gar diese in ihrem weitesten Wortbegriff für Facharbeiter zu erklären. Die Berufsgenossenschaften sind vielmehr befugt, bei der statutarischen Regelung auch andere Arbeiterarten für Facharbeiter zu erklären und einzelne der vom Gesetz als Beispiele angeführten Gruppen fortzulassen oder sie nur in abweichender, insbesondere einschränkender Begriffsgestaltung aufzunehmen.“

Aus dieser Rechtslage ergibt sich, daß für die Frage, welche verheirateten Personen im Gebiet einer Berufsgenossenschaft als Facharbeiter zu behandeln sind, allein der Wortlaut des betreffenden Statuts, nicht aber jene Beispiele-aufzählung des Gesetzes entscheidend ist.“

Soweit die grundsätzlich erläuternde Auslegung des Reichsversicherungsamtes in der Frage der „Facharbeiter“. Den Gärtnern und Gärtnergehilfen wird dann vom Reichsversicherungsamt eröffnet, daß es den Berufsgenossenschaften, wie z. B. bei der Rheinischen und der Hessischen, unbenommen sei, nur die „Kunstgärtner“ den sogenannten Facharbeitern einzureihen, während alle übrigen Gärtner den gewöhnlichen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern zugezählt werden sollen, so daß letzteren Gärtner nur auf den behördlich festgestellten Jahresdurchschnittsarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter bei der Rentenberechnung Anspruch zu erheben vermögen.

Die Sache ist von prinzipieller Bedeutung. Wäre die Aufzählung des Reichsversicherungsamtes zutreffend, so würden alle in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Facharbeiter der Gefahr ausgesetzt sein, durch Willkür der berufsgenossenschaftlichen Statuten erheblich in ihren Rentenansprüchen herabgesetzt zu werden. Die vom Reichsversicherungsamt behandelte Auffassung steht aber der Absicht des Gesetzgebers und der historischen Entwicklung der Unfallversicherungsgesetzgebung entgegen; durch das Reichsgesetz vom 30. Juni 1900 sind eine erhebliche Anzahl von Personen, die vordem der Gewerbeunfallversicherung unterstanden, unter die Unfallversicherung für Land- und Forstwirtschaft gekommen. Schon dieser Umstand erweist, daß der Gesetzgeber, der ja durch die Unfallgesetznovelle die Facharbeiter besser als vordem stellen wollte, eine Abweichung von den als Beispiele aufgeführten Kategorien von Facharbeitern nicht zulassen, vielmehr den Berufsgenossenschaften nur gestatten und nahelegen wollte, den Kreis der „Facharbeiter“ noch zu erweitern. Der Entschluß des Reichsversicherungsamtes würde dazu führen, „Facharbeiter“ durch berufsgenossenschaftlichen Statut in „Nichtfacharbeiter“ zu verwandeln. Ein derartiges Umwandlungsrecht hat der Gesetzgeber weder dem agrarischen Vorstände zutragen wollen, noch ohne Verletzung des gefunden Menschenverstandes zumuten dürfen. Ist das Reichsversicherungsamt anderer Ansicht, so dürfte ein Rotzweig am Plage sein, das die Absicht des Gesetzgebers klarstellt.

Kindermord als Folge der agrarischen Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter. Der ganze Jammer der modernen Gefindeladerei packt einen an, wenn man folgenden Bericht über eine Verhandlung vor der Oldesheimer Strafkammer gegen den Landwirt Hoppe, dessen Ehefrau und den Knicht Müller aus G. Simstedt liest. Das Altsblatt hatte sich wegen Körperverletzung zu verantworten. Juni v. J. trat eine vierzehnjährige Arbeiterin tochter, die von guter Körperkonstitution und noch gesund und munter war, in den Dienst des Angeklagten. Infolge fürchterlicher Arbeits-

Aberlastung, furchtbare Mißhandlungen und entsetzlichen Hungerleidens, dem die faulere „Herrlichkeit“ das arme Kind ansetzte, machte es rapide hin. Man schickte es zu schweren Arbeiten aufs Feld, ohne ihm einen Bissen Brot mitzugeben, wenigstens hat kein Mensch die Meise je auf dem Felde essen sehen. Fortgesetzt wurde sie geschlagen; sogar der Knecht (!) traktierte sie bei jeder Gelegenheit mit der Peitsche! Am 19. Oktober erkrankte das Mädchen plötzlich und am 20. Oktober starb es — an Entkräftung, wie die angeordnete Obduktion ergab. Der Magen enthielt keinerlei Nahrungsspuren. Wohl aber zeigte der Körper zahlreiche Kratzen und Wunden, die von Mißhandlungen herrührten. Und das Urteil? Hoppe erhielt 6 Monate, der Knecht 5 Monate Gefängnis und Frau Hoppe 60 M. Geldstrafe! Aber die Hannoverischen Gesindeordnungen bleiben bestehen, nicht minder die anderen preußisch-deutschen Sklavereordnungen. Fast Tag für Tag haben wir über entsetzliche Ausbeutungen des Glens, der Jugend, der Hilflosigkeit auf dem Lande durch die Besitz, die im Agrarier steckt, leider zu melden. In Erinnerung ist ja auch, wie jüngst im preussischen Landtage die Vorkämpfer der nationalliberalen, konservativen und Zentrumsparteien gar nach Befreiung der Kanten für Kinder schrien, die in landwirtschaftlichen Betrieben verlegt sind. Was bietet denn das „herrliche Deutsche Reich“ dem Landarbeiter? Elend, Hunger, Entwürdigung, Mißhandlung, polizeiliche Rückholung in den Zwangsdiens und Verelendung, ja gar zu Todes-Verurteilungen seiner Kinder. Fort mit den Ausnahme-gesetzen gegen die ländlichen Arbeiter! Her mit Schutzgesetzen gegen agrarische Bestien!

Aus Industrie und Handel.

Heimatpolitik!

Bei den Kämpfen um den Zolltarif führten die Hochschulzöglinge die Phrasen von „Heimatpolitik“, „Schutz der nationalen Arbeit“ usw. stets im Munde, darin erschöpfte sich ihre sachliche Argumentation. Mit welchem Erfolge die „Edelsten“ der Nation „Heimatpolitik“ trieben, lehrt die Flucht ins Ausland. Deutsche Unternehmer lassen ihre Betriebe in Deutschland eingehen, sie wandern aus, um im Auslande Fabriken anzulegen, so des „Segens“ der neuen Handelsverträge sich entziehend. In Weipert in Böhmen werden zurzeit nicht weniger als sechs neue Fabriken von deutschen Flüchtlingen gegründet, in denen Blaunier Artikel hergestellt werden sollen. Außerdem werden in Weipert auch noch andere „deutsche“ Betriebe eingerichtet. In Reckwitz bei Kuybik erbaut eine schlesische Aktien-gesellschaft eine Treibereisenfabrik. Von deutschen Unternehmern ist ferner beabsichtigt, im Kuybik oder Tepitzky Gebiete eine Quebrach-apparatfabrik zu gründen. Eine reichsdeutsche Firma will in Teschen eine Luxuskartonagenfabrik bauen, und so fort — zum Ergötzen der „Schäfer der nationalen Arbeit“! Daß den deutschen Arbeitern bei Brotverelendung, bei Verminderung der Arbeitsgelegenheit, bei erhöhtem Steuerdruck auch noch die politischen Freiheiten weiter beschritten werden sollen, gehört zur herrlichen, leuchtenden, reichs-deutschen Heimatpolitik der Junker und Industriepaternalen.

Börsen-Theater. Ein treues Spiegelbild aller politischen Wichtig- und Wichtigkeiten gibt die Börse. Sie ist selbst ein Theater! Hier werden Komödien tragisch behandelt und für die wästelsten Ereignisse hat man oft nur ein molantes Lächeln, sie bleiben unbeachtet. Welche Stimmungen dort im Tempel ausgelöst werden, wo alltäglich in der Jagd nach Gewinn die Mammonslüftern in bachtastisch trübem Reigen den Tanz ums goldene Kalb ausführen, mag unseren Lesern einmal die kurze Skizzierung einer Wochenvorstellung — vom 18. bis 25. Februar cr. — illustrieren. Wir geben einen Börsen-stückchen das Wort, um nichts von der ursprünglichen Realität und Zappigkeit zu vermissen, mit der der große Hausen der Weltjäger Wichtigkeiten, politische Mäuergezeiten und Märchen gläubig ver-schluckt. Der Bericht lautet:

Montag: Die Börse eröffnete in etwas festerer Haltung, da man die Rede (!) des Grafen Posadowsky über die neuen Handels-verträge als günstig (!) ansah und auch die Nachrichten aus Algerias nichts Unangenehmes brachten. Auch erwiesen sich die Besichtigungen einer gewaltigen (!) Opposition des ungarischen Parlaments gegen seine Auflösung als unbegründet.

Dienstag: Anfanglich fest, die Kurse hielten sich auf dem Niveau vom Montag, doch fanden überall, mit Ausnahme der Schiffahrt, nur geringe Umsätze statt. Der außerordentlich günstige Geschäftsbericht der Nationalbank für Deutschland übte zwar anfänglich eine angenehme Wirkung aus, als jedoch von der „Agence Havas“ die Bestätigung der Nachricht eintraf, daß Deutschland die französischen Vorschläge in der marokkanischen Polizeistrage abgelehnt habe, trat sofort die Wendung zum Schlechteren ein.

Mittwoch: Reizlos! Man erzählt, König Eduard (!) wolle in der Marokko-Angelegenheit die eble Rolle des Ver-mittlers (!) spielen; auch eine Begegnung mit ihm und dem deutschen Kaiser soll bevorstehen. Die Börse versiegte sich doch nicht zu einer Kaufse, die kurze bröckelten weiter ab.

Donnerstag: Licht in der Marokko-Affäre! Die deutsche Antwort soll keineswegs Frankreich den Weg zu neueren Vorschlägen in der Regelung der heiligen Polizei- und Bankfrage veripieren. Auch das Bild auf dem Markte der Warenausgaben in London erblickt sich. Auf Verstaatlichungsgerüchte hin fanden in Kohlenaktien, bei teilweisen Avancen, größere Anläufe statt. Infolge günstiger Nach-richten profitierten „Konkolidation“ wieder 9 Proz. Für deutsche Fonds herrschte Begeh.

Freitag: Anfang fest, bei großer Zurückhaltung. Ausland stand mal wieder im Vordergrund und über die Nachricht aus Petersburg, betreffs der Mittel zur Dedung des Geldbedarfes der russischen Regierung, wurde eifrig disputiert.

Später verstimmte der Bericht des „Ironmonger“ über den amerikanischen Eisenmarkt die anfänglich feste Tendenz unserer Eisenwerte. Als zum Schluß der Börse die Gerüchte eintrafen, die Marokko-Konferenz sei gescheitert, gingen die Kurse allgemein zurück.

Sonabend: Der Markt litt gleich von Anfang an unter ungünstigen Nachrichten vom englischen Eisenmarkt, auch die Angelegenheiten in der Marokko-Affäre wurden noch ziemlich pessimistisch beurteilt, sodas sich bei nur wenig Umsatz alles dem Zuge à la baisse angeschlossen. Auch russische Anleihen und besonders Eisenbahnanleihen mußten stark nachgeben. Es scheint, man fängt an die russischen Finanzen kritischer — wirklich? — zu beurteilen.

Heute einer Ministerrede günstige Wirkung auf Konjunktur und Handelsverhältnisse zuschreiben, morgen feierliche Ministererklärungen betreffend ihre eigenen Absichten, als Luft behandeln, mit Hifsdörben über gewaltsame Parlamentsopposition sich ängstigen lassen und Schreden erregen, so wie am Wänden der Humpelmann, am Schmalchen der Marokkodomodie auf und ab hampeln. King Eduard zum Vermittler in einer Sache machen, in der er selbst nicht die kleinste Rolle spielt, der Tatsache gegenüber, daß England am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs steht, als Gläubiger fast interesselos bleiben, das macht in wichtiger Geschäftigkeit die Börse. Man glaubt gar nicht mit wie wenig politischem Verstand die „Börse“ regiert und Vorfengeschäfte gemacht werden.

Eine Dividende von 9 Proz. sollen für das abgelaufene Geschäfts-jahr die Aktionäre der Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft erhalten. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark zwecks Vergrößerung des Schiffsparfs.

Berliner Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1905 einen Nettogewinn von 14 138 984 M. gegen 11 791 806 M. im Jahre vorher. Aus dem Reingewinn von 11 794 507 M. gelangt eine Dividende von 9 Proz. zur Verteilung. Die Aufwendungen für Lantienmen an den Aufsichtsrat und Verwaltungsrat beanspruchen 1 218 549 M.

Dem Elektrizitätsmonopol. Wie jetzt bekannt wird, haben Stimmes-Tyffen bei Erwerbung von Aktien der Dohum-Gelsen-lirchener Straßenbahn gleich gute Arbeit gemacht, sie brachten 7/8 des gesamten Aktienkapitals an sich. Während von der anderen Seite projektiert und diskutiert wird, sehen die Monopolisten in aller Stille ihre Gegner schachtmatt.

Eine akzeptable Wohlfahrts-Einrichtung. Der Industrielle Leresio Borrellino, Besitzer einer großen Färbefabrik in Alessan-dria, hat zur Feier des 50jährigen Bestehens seiner Fabrik ein Haus im Werte von 40 000 Lire erworben und der Genossenschaft der Färbearbeiter in Alessandria zum Geschenk gemacht. Es ist dies jedenfalls ein vernünftigeres Geschenk, als die sonst bei Jubiläumsfeiern üblichen mageren Medaillen und Wohlfahrts-einrichtungen, welche den Arbeitern keine Rechte einräumen, ihnen aber Lasten aufhalsen.

Eine russische Pleite. Mit Passiven in Höhe von 27 Millionen Rubel hat eine Zesfirma in Moskau ihre Zahlungen eingestellt. Außer russischen sollen besonders englische Firmen in Mitleidenschaft gezogen sein.

Verfammlungen.

In einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission, die am Freitag stattfand, hielt R. Stempel, der Kassierer der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“, einen Vortrag über das Baugenossenschaftswesen. Der Redner führte aus, daß neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse der Zusammenschluß in Genossenschaften nicht vernachlässigt werden sollte. Wenn man darauf hinweise, daß in dieser Sache schlechte Erfahrungen gemacht worden sind, so müsse man bedenken, daß die Arbeiterklasse auf dem ihr noch neuen Gebiet erst Kenntnisse erwerben mußte, um hier nützlich und sicher wirken zu können. Nach einem Hinweis auf die Vorteile, die durch ein gut organisiertes Genossenschaftswesen erreicht werden können und teilweise schon erreicht wurden, schloß der Redner die Entwicklung der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“, die als die erste reine Arbeiter-Baugenossenschaft vor drei Jahren gegründet worden ist, jetzt 1150 Mitglieder zählt und bei Rainau ein Terrain von 144 Morgen erworben hat, auf dem die ersten Wohnhäuser bereits gebaut sind. Gegenwärtig wird die erste Straße, zugleich mit einer Wasser-leitung, angelegt und gepflastert. Die verhältnismäßig geringe Zahl von Mitgliedern hat in den 3 Jahren schon 160 000 M. aufgebracht. Der Redner forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß den Vertretern der Arbeiter-Baugenossenschaft Gelegenheit gegeben wird, innerhalb der Gewerkschaften durch Vorträge mehr Interesse für die Sache zu erwecken. Es müsse dahin gewirkt werden, daß die Gewerkschaften, statt ihre Gelder auf die Banken zu tragen und damit das Privatkapital zu unterstützen, das gegen die Arbeiter-schaft kämpft, sie gut fundierten Arbeitergenossenschaften zur Verfügung stellen. Daß die Gelder in der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ ebenso sicher und vorteilhaft angelegt werden könnten wie auf den Banken, beweise auch zur Genüge der Umstand, daß diese Genossenschaft ihre erste Hypothek von der Teltower Kreis-sparkasse erhalten hat.

In der kurzen Diskussion über den Vortrag, an der sich Redline, Fromholt und Mündner beteiligten, wurden grundsätzlich Einwendungen gegen die Ausführungen des Referenten nicht erhoben, doch wurden einige Mängel der Konjunktions-genossenschaften erwähnt und auch Bedenken darüber laut, ob man der Baugenossenschaft „Paradies“ zur Verfügung gestellte Gelder im Bedarfs-falle auch schnell genug zurückerhalten könne. Der Referent er-widerte, daß allerdings für die Pflichten der Genossen eine Rückzahlungspflicht von 12 Monaten festgesetzt sei, daß sie aber laut Statut im Notfalle auch sofort zurückgezahlt werden könnten, und von dieser Bestimmung sei auch im vorigen Jahre während der großen Ausperrung in der Elektro-Industrie, von der viele Genossen mit betroffen waren, in reichem Maße Gebrauch gemacht worden. Der Redner sprach sich auch noch für die Gründung einer Arbeiter-bank aus.

Verband der Töpfer. Eine Jubiläumsversammlung, welche am 21. Februar tagte, beschäftigte sich wiederum mit dem Arbeitsnach-weis. Eine vorher stattgehabene Sitzung des Vorstandes und der Bezirksführer unter Teilnahme des Zentralvorstandes und des Aus-schuhvorstandes empfahl der Versammlung in einer Resolution, die Form des bestehenden Arbeitsnachweises zu ändern. Nach einem Referat des Kollegen Segawe wurde über die Resolution und einige inzwischen eingelaufene Anträge eingehend diskutiert. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Form des Arbeitsnachweises so zu ändern, daß Umschauen gestattet ist. Jeder arbeitslose Kol-lege hat sich eintragen zu lassen und wird die event. einlaufende Arbeit der Reihe nach vermittelt. Diejenigen, welche durch Um-schauen Arbeit erhalten, haben sich zur Abmeldung auf dem Nach-weis zu melden, und erhält jeder einen Schein, welcher dem Bau-vertrauensmann vorzulegen ist. Der Nachweis befindet sich nach wie vor Engel-Platz 16 Saal 8 zu den bekanntgegebenen Zeiten. Die in letzter Zeit sich bemerkbar machenden unheimlichen Vorgänge im Beruf machten diese Abänderung des Nachweises dringend nötig. Es wurde dann beschlossen, diejenigen Kollegen, welche bis zum 21. d. M. länger wie eine Woche arbeitslos sind, pro Tag mit 1 M. zu unterstützen und auf jedes Kind pro Woche 1 M. extra zu zahlen. Es wurde ferner noch beschlossen, von nun an auch auf Bauten zu arbeiten, wo lokalorganisierte Töpfer in Arbeit stehen. Der Ob-mann der Lohnkommission berichtete noch über Meinungsverschieden-heiten bei den noch schwebenden Verhandlungen mit den Meistern über den Chamoisier. Die Versammlung gab zu den vor-liegenden Streitfällen eine Erklärung aus, welche das Fortschreiten der Verhandlungen ermöglichen.

Die Filiale Berlin der Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher hielt am Donnerstag ihre Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht für 1905 sagt unter anderem: Die Filiale hat sich im Laufe des Jahres außerordentlich stark entwickelt. Die Mit-gliederzahl ist von 2855 auf 5073 gestiegen. Im Frühjahr und im Herbst wurden Bautenkontrollen vorgenommen, die sich im ganzen auf 888 Arbeitsplätze erstreckten. Hierbei wurde u. a. festgestellt, daß auf 73 der kontrollierten Arbeitsplätze der Tarifvertrag nicht in seinem ganzen Umfange umgekehrt wurde. Die Verstöße betrafen meist das Jahrgeld und die Zuschläge für Heberzeitarbeit. Auf 40 Proz. der Arbeitsplätze wurde noch teilweise im Accord gearbeitet. Statistische Erhebungen, die sich auf die Zeit vom 1. August 1904 bis zum 31. Juli 1905 erstreckten, haben jedoch ergeben, daß die Accord-arbeit, die noch vor wenigen Jahren vorherrschend war, allmählich mehr und mehr verschwindet. Außerdem ergab diese Statistik, daß trotz der guten Konjunktur immerhin im Durchschnitt noch 33 arbeits-lose Tage auf jeden Kollegen kamen und außerdem 8 1/2 Krankheits-tage. Zieht man dieses mit in Betracht, so ergibt die Lohnstatistik, daß der ganze Jahresverdienst eines Berliner Malergehilfen sich auf nur 1274,89 M. stellte. Im Arbeitsnachweis ließen sich 9907 Arbeits-lose einschreiben; verlangt wurden 16 742, befehlt 8461 Stellen. Ersparnisse bei Vermittlung von Arbeit, die keine 13 Tage dauerte, wurden 2065 ausgegeben. Es kamen eine Anzahl Werkstatt-differenzen vor, die zugunsten der Arbeiter erledigt wurden. Eine größere Lohnbewegung fand in der Küchenmöbelbranche statt. Der aufgestellte Tarif wurde bei den meisten Firmen durch Verhandlung zur Anerkennung gebracht, bei einer Firma jedoch erst nach 14tägigem Streik. Bei der großen Ausperrung in der Elektroindustrie wurden ungefähr 300 Mitglieder der Filiale mit ausgesperrt. Der Kassen-bericht schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 67 232,92 M. Die Einnahmen der Filiale betragen samt dem alten Kassenbestand von 4654,36 M. 104 545,98 M., die Ausgaben 35 483,39 M., so daß am Jahresabschluss der Kassenbestand auf 10 062,59 M. angewachsen war.

Die Vorstandswahlen ergaben keinerlei Veränderung in der Zu-sammensetzung des Vorstandes.

Zum Schluß der Versammlung hielt der Zentralvorstandende Zöbeler aus Hamburg einen Vortrag über die gegenwärtige Lage

im Beruf. Er erwähnte das starke Wachstum der Organisation, deren Mitgliederzahl im Reich während der letzten Jahre von 15 000 auf 80 000 angewachsen ist. Ferner die Lohnkämpfe, die im verflochtenen Jahre stattgefunden haben, an denen über 900 Mit-glieder beteiligt waren und die 232 000 M. Ausgaben verursachten. Sodann wies er auf die in den verschiedensten Teilen Deutschlands eingeleiteten Lohnbewegungen hin, die wohl teils durch Verhand-lungen zum Ziele führen werden, aber teils auch größere Lohnkämpfe hervorrufen können.

Die Stellmacher versammelten sich am Donnerstag, um über den Kampf der Wagenfabrikanten und Stellmachermeister gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zu diskutieren. Das Referat hatte Henle übernommen, der ausführte, wie die Unternehmer sich gegenstreiten zu können. Man hat einen Streikabwehrverband vor-geschlagen; man will schwarze Listen zirkulieren lassen und die Agitatoren unter den Arbeitern brotlos machen. Es ist sonderbar, welche Besorgnis in Unternehmerkreisen herrscht, trotzdem sehr wenig Ursache dazu vorhanden ist. Zehn Jahre sind jetzt verfloßen, seitdem die organisierten Stellmacher mit Forderungen an die Meister herangetreten sind. Nur kleine Anläufe sind in der letzten Zeit gemacht worden. Nun ist allerdings die Organisation der Stellmacher in den letzten Jahren stark gewachsen. Während im Jahre 1902 nur 178 Kollegen dem Verbands angehörten, hat sich diese Zahl im Jahre 1905 auf 763 vermehrt. Die Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen, daß die Stellmacher auf eine Verbesserung ihrer Lage gerechten Anspruch haben. Die Löhne sind zu niedrig, und die Arbeitszeit, die jetzt 53—60 Stunden die Woche beträgt, muß geregelt werden. Nur wenn die Organisation stark ist, können die Forderungen durchgesetzt werden, das darf vor allen Dingen nicht vergessen werden. — In der Diskussion wurden die Verhältnisse und Mißstände bei vielen Firmen aufgedeckt und lebhaft beklagt, daß sich die Arbeiter seit Jahren so viel gefallen lassen. Man war sich dahin einig, daß jeder nach Möglichkeit für den Verband agitieren müsse, dessen Kräfte vielleicht schon in den nächsten Wochen auf die Probe gestellt werden, wenn die Meister noch länger in rückwärts-Weise den Herrenstandpunkt herauskehren.

Die Berliner Zählstelle des Holzarbeiter-Verbandes hielt am Freitag in der Brauerei Friedrichshain ihre stark besuchte General-versammlung ab. Riefe und Glöde erläuterten sodann den gedruckten vorliegenden Kassen- und Vorstandsbericht, der im „Vorwärts“ bereits besprochen worden ist. Nach unentschiedener Diskussion er-folgte die Vorstandswahl. Gewählt wurden als 1. Bevoll-mächtigter Glöde, als 2. Kassierer Riefe, als Schriftführer Döring, als Beisitzer J. Leopold, als Revisoren Schöigt und Weickhoff, als Arbeitsvermittler im paritätischen Nachweis Giltz, und als Bureauarbeiter G. L. e. Hieraus wurde die Auffstellung der Dele-giertenkomitee zum kommenden Verbandstag vorgenommen. Auf die Vorschlagsliste kamen 50 Kandidaten, die auch sämtlich der politischen Organisation angehören. Von diesen sind 21 als Delegierte zu wählen. Die Wahl selbst findet später in vier Bezirken statt. Zum Schluß unterbreitete die Ortsverwaltung der Versammlung einen Antrag auf Gehalts-erhöhung ihrer örtlichen Verbandsbeamten. Glöde befristete den Antrag und empfahl gleichzeitig die Gehalts-regelung nach einer Skala, wonach sich die Gehaltsätze der einen Kategorie von Beamten zwischen 2100 und 2500 M., und die der anderen zwischen 1800 und 2400 M. bewegen soll. Zur Beschluß-fassung kam es hierüber jedoch nicht, weil ein Antrag aus der Ver-sammlung angenommen wurde, diese Angelegenheit in der nächsten außerordentlichen Generalversammlung zu behandeln, wo auch zum Verbandstag Stellung genommen werden soll.

Vermischtes.

Geborene Ordnungsfälle. Wegen einer Reihe von Betrügereien und Urkundenfälschungen hatte sich in vierstägiger Verhandlung der Rotaritätsbuchhalter Zsidor Hefele zu verantworten. Auf Grund-gesetzlicher Heftschneide des Rotaritäts München XVII hatte er an-gesichts zum Zwecke von Hypothekregulierungen folgende Summen heraus-geschwindelt: 78 000, 70 800, 74 000, 20 000, 9 000, 20 000, 12 000, 7 000, 28 600, 72 000, 68 000 M., außerdem unterschlug er einen Betrag von 5000 M. Das Geld hatte der Mensch nahezu wehnsinnig verschwendet. Er veranstaaltete Saufgelagen, wobei er in einem Abend Bechen von 600—5000 M. bezahlte. So nahm er auf einer Reise nach Brigen die gesamte Regimentskassette des 1. Schwären Reiterregiments auf seine Kosten mit, auch seine übrige Reizegesellschaft hielt er zechfrei; nach durchschwelgter Redoutemacht, wobei der Champagner in Strömen floß, veranstaaltete er ebenfalls auf seine eigene Kosten Korfpartien in dem englischen Garten. Obwohl er niemals beim Militär war, gehörte er doch mehreren Veteranen- und Kriegervereinen als Mitglied an, einem dieser Vereine stiftete er eine wertvolle Fahne mit der gold-geglückten Inschrift: „In Treue fest“. Auch war er Mitglied einer Loge mit einem Monatsbeitrag von 150 M. In der Verhandlung verlegte sich der Gauner, der bereits mit vier Jahren Gefängnis vorbestraft ist, aufs Bimeln. Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Zuchthaus. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte Hefele zu fünf Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Zehrerlust.

Die Hinrichtung des Frauenmörders Hoch. Dieser Tage wurde in Chicago neun Monate nach seiner Verurteilung der Frauen-mörder Johann Hoch hingerichtet. Sein Verteidiger verfuhrte noch im letzten Moment, den Gerichtlichen vom Galgen zu retten. Die Behörden erklärten sich auf sein Verlangen bereit, die Hin-richtung um eine Stunde zu verschieben. Während dieser Zeit wollte der Verteidiger ein letztes Gnadengesuch ein-reichen. Der Gerichtliche lächelte, als er von dem Aufsichtsböhrte, und bestellte sich ein gutes Essen, dem er mit großem Interesse zusah. Nach dem Essen unterhielt er sich mit dem Geistlichen und rauchte dabei eine Zigarre. Das Gnadengesuch wurde abschlägig beschieden und Hoch, der bis zum letzten Augen-blick seine Unschuld beteuerte, dem Henter ausgeliefert. Hoch gab zu, 17 Frauen geheiratet zu haben, behauptete jedoch hart-näckig, daß er keine Schuld an dem Tode irgend einer dieser Frauen habe. Der Mörder hat infolge der Abneigung vieler Damen, die ihn täglich mit Blumen und Früchten beschenken, im Gefängnis einen höchst angenehmen Aufenthalt gehabt.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist eine Beschriftung und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Voten. Da liegt nicht das geringste Bedenken vor. — N. M. 30. Ja: aber taufamer wäre wohl weiterleben. Wenn Sie in je 2 Jahren 20 Mark (gleichviel welcher Klasse) sparen, so erhalten Sie sich Ihre An-sprüche auf etwaige Rente und auf die Rückst. in einer Heilanstalt eventuell vorübergehend Aufnahme zu finden. — C. S. Nur mit Ein-willigung der Versicherungs-gesellschaft können Sie zurücktreten. — N. 250. Wahrheitsgemäße Auskünfte eines Kaufmannsbureau werden im Regal als straflos erachtet. Wahrheitswidrige sind strafbar und verpflichten zum Schadenersatz. — M. 27. Ein eigenhändiges Testament, selbst auf-bemahrt, genügt. Beispiele und Anleitung zu einem solchen finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — N. R. 1000. Ja. — Z. 102. Ist nichts vereinbart, so können Schlichter und Schmebver-garanten, die monatlich zahlen, bis am 15. zum Erlasen (nicht umgehrt bis zum 1. zum 15.) kündigen; in derselben Weise kann ihnen kündigt werden. — S. 2. 25. Unterliegt der Oegner, so hat er Ihnen Ihre Kosten (Auslagen und Anwaltskosten) zu erstatten. — N. 27. 66. Es wäre nur Klage möglich. Für die letzten zwei Jahre (nicht für die früheren) kann nachgeholt werden. — W. G. 62. Wenn Sie vollständig (über 21 Jahre alt) sind, so hatten Sie infolge Ihrer Unterthänigkeit (S. 2. 1. Nur Weihnachtsgeldente. 2. Innerhalb des Dienstjahres, falls der Betrag vor dessen Ablauf durch Schuld des Mädchens aufhört. 3. Rein.

C. G. K. Falls Sie eingetragen sind - voraussichtlich erhalten Sie rechtzeitig Bescheid über Ihren Einpruch - können Sie wählen. - N. 27. Altes Ihre Schwester und einjährige Kinder vorerwerbender Kinder Ihres Bruders erben. - G. R. Wilmersdorf, 1. Rein, nur auf vier Jahre rückwärts können Sie Renten beanspruchen. 2. Ja, aber fiktiver ist Eintragung auf das Grundbuch (an Stelle der gekündigten Hypothek). 3. In der Abschrift steht Martha K. nicht unter Verlebten sondern neben Verlebten. Deshalb wäre das Testament ungültig. Im übrigen ist die Form unter der Voraussetzungen gewahrt, daß der Anwalt bis einschließlich Ihres Namens von Ihnen, das weitere von Ihrer Frau geschrieben ist. - G. M. 1. und 2. Leider nein. Kaufverträge, Rechenmachefrauen in einer Erbkaufverträge usw. unterliegen nicht der Krankenversicherungspflicht. - S. 92. Sie könnten lediglich die Gasanstalt oder die Holzwerkstoffe bezeichnen. - Albert S. 107. R. 8. 12, 197 R. Rein. - M. 2. 55. Leider nein, da die Beigerung nicht bewiesen werden kann. - G. S. 312. 1. Ja, nach § 9 des Gesetzes über den unläuteren Wettbewerb. 2. Vorsandzahlung findet nicht statt. Nachher gilt: wo nichts ist, hat auch die Kirche ihr Recht verloren. 3. In den Magistrat. - S. 9. Der Schein genügt, auch ohne Folgen ist der Austritt möglich. - M. 30. Die Bahnverwaltung kauft, aber Sie haben zu beweisen. - W. 8. 50. Ja. - Frau. 1. Wenn Sie schriftlich ein für allemal den Satz vereinbart haben, so erhalten Sie nicht zurück, sonst etwa 18 Mark. 2. Die von Ihnen genannte Zeitung ist keineswegs zu empfehlen. -

600. P. Sie hatten keineswegs für die von Ihrer Frau vor Ihrer Ehe gemachten Schulden. - H. G. G. 22. Ein solches Vorgehen ist ja allerdings nicht zu empfehlen und nur durch den guten Zweck zu entschuldigen, aber so schlimm, wie Sie es aufstellen, ist es auch nicht. - 30. 3. W. Wenn die Gesellschaft das Angebot haben will, so ist das nicht zu vermeiden. Zuständig für das Angebot der Police ist das Amtsgericht. - S. 9. 100. Leider steht dem Vormund und dem Gericht dies Recht zu. Sie werden ohne persönliche Rücksprache mit dem Vormund kaum etwas erreichen können. Suchen Sie ihn aber auch schwer zu verhandeln wenden Sie sich an das Gericht, mit dem auch schwer zu verhandeln ist, wenn es sich um das Wohl eines armen Mädchens handelt. Es wäre vielleicht gut, gleichzeitig beim Amtsgericht mit Genehmigung des Vormunds zu beantragen, daß das Mädchen für großjährig erklärt wird. - M. 8. 100. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnement offen. Unmöglich ist es, im Briefwege sofortige Antwort zu erhalten. Ein Hund ist in Berlin während der ersten drei Monate steuerfrei, dann müssen Sie ihn bei dem Magistrat anmelden. - S. 593. 1. Rein, aber Ausweisung kann erfolgen. 2. Ja. - Buch. 60. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats. Die Einzelheiten der Stiftung sind unbelannt. - G. M. 11. Bis zum 21. Lebensjahre. - Felix St. Eine Klage erscheint nicht ganz aussichtslos. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnement offen. - G. S. 1880. Rein. - M. W. 2. 1. Rein. 2. Ja. 3. In solcher Angabe ist man nicht verpflichtet. Eine Herabsetzung soll nur

statifunden, wenn der Grad der Gemeindefähigkeit höher geworden ist. 4. Hohegollern. - St. Z. Wenden Sie sich an die Gewerkschaft Ihres Berufs. - S. 3. Ihr Mann ist an den Vertrag gebunden, nicht Sie. Ist vereinbart, der Vertrag solle erst durch Ihre Unterschrift gültig werden, so ist auch er nicht gebunden. Sonst kann Ihr Mann auf Herausgabe des Vertrages klagen. - G. 2. 100. Wenden Sie sich an den Stadtverordneten Gemeindeführer. - G. M. 23. 3910. 1. Sie erhalten besondere Aufforderung. 2. Das ist möglich. - S. 49. Wir würden der Klasse nicht beitreten; ob sie direkt Schwindellose ist, können wir aus dem Schreiben nicht ersehen. - W. 14. Arbeitergerichtsgericht, Lützowstr. 111. Beispiele zur Verurteilung finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. - R. Das ist nicht der Fall. - Mühlent. Schuldb. hat kein Gemeindeführer. Es gehört zum Amtsgericht Berlin II. Halleischer Str. 29/31. - 99. 2. 1. Ja, aber nicht vor Anfall der Erbschaft. Wird die Erbschaft zum Schein übermietet, so wird der Zweck nicht erreicht. 2. Schriftlichkeit genügt. - S. 9. Rein. Die Eintragung muß aber erfolgen, sobald es sich um ein kaufmännisch betriebenes Geschäft handelt. Die Firma hat in Ihrem Falle beide Namen zu erhalten. - W. 8. 100. 1. Rein. Ihre Frau kann lediglich auf Zahlung gegen Lieferung klagen und dann pfländen. 2. Das wird noch belannt gemacht, voraussichtlich im März. - S. Mewes. Sie haben alle zwei Jahre mindestens 20 Mark zu geben; Daburch halten Sie Ihre Ansprüche aufrecht.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 27. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Orpheus und Eurydike.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Berliner. Geschlossen.
Deutsches. Dedius und die Späher.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Westen. Schalkenleier.
Zentral. Die Fledermaus.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Ueber unsere Kraft. 1. Teil.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater.) Die Nacht der Finsternis.
Reising. Der Ruf des Lebens.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Minna.
Kleines. Kinder der Sonne.
Komische Oper. Der Corregidor.
Neubaus. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Minna von Barnhelm.
Kunsttheater. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis früh um fünf.
Nachm. 3 Uhr: Königin Luise.
Luisen. Wilhelm Tell.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kaffee. Die goldene Brücke.
Apollo. Rufe! Tulpatan. Ju-Ju.
Schauspielhaus. Familienstag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Nach dem Poppenleier. Der Schemel.
Wintergarten. Fährn - Maas.
Neues. Schöne Truppe. - Otto Reutter.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vollgas. Schalkenleier.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.

Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.
Dienstag: Keine Vorstellung.
Mittwoch zum ersten Male:
Onkel Wanja.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Mittwoch: Erdgeist.
Donnerstag: Die Morgenröte.
Freitag: Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.
Nachm.: Kinder der Sonne.
Zentral-Theater.
(Operette.) 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.
Mittwoch 8 Uhr (halbe Br.): Die Geisha.
Komische Oper.
Dienstag, 27. Februar, abends 8 Uhr:
Der Corregidor.
Oper in 4 Akten von Hugo Wolf.
Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Don Pasquale.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Wilhelm Tell.
Mittwoch: Maria Magdalene.
Donnerstag: Der Verschwenker.
Freitag: Benefiz F. Knechtel: Graf Eber.
Sonabend: Ein Sommernachtstraum.
Sonntag nachm.: Ein Sommernachtstraum.
Abends: Graf Eber.
Montag: Die Waise aus Lowood.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner Abessinians.
65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Seltener Schwanke in 3 Akten von L. Kramel und R. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.
Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel Ad. Philipp.
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Apollo-Theater.
Vorletztes Auftreten der Februar-Attraktionen.
= Gipsy Woolf = mit ihren Piccaninis.
Gobert Belling mit seinen vierbeinigen Komikern.
Katsukuma Higashi, der Meister des „Ju-Ju“.

Passage-Theater.
Anfang 8. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude, Tänzerin.
Karl Bernhard, der Humorist.
= Vierzehn Nummern. =
„Und Pepi singt“ (Pepi Weiß).

Walhalla-Theater
Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von H. Heine.
Hierauf:
Die Ballhaus-Anna.
Vollst. m. Ges. i. 2 Akte v. Dann u. Haspel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Kasino-Theater
Lützowstr. 97. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 1. März inkl.
Die goldene Brücke.
Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Zöhne.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Germania-Säle.
Charlottenburg. Sprestr. 13.
Inhaber: C. Woderich.
Jeden Dienstag:
Original-Hamburger Sänger
Dir.: Karl Frick und F. Kasche-Kruse.
Anf. 8 Uhr. Entr. 30 u. 50 Pf.
Vorzugsarten geliebt.
Nachher: Tanz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
Schauspiel in 4 Akte v. Björnsterne Björnson.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj.
Uebersetzt von Raphael Löwenfeld.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentliche Gala-Fest-Vorstellung.
Gala-Programm.
Wala-Kolline. Parade-Uniformen.
U. a.: Die größte Novität!
Ein Souper bei Maxim.
Les 7 Perceps.
Ihre Exz. Margaretha Fehim Pascha, Die ausgezeichnete Grand Cröard-u. King Louis Troupe. Die beliebte jugendliche Schalkenleierin Fel. Dora Schumann. Die phänomenale Morgana-Troupe. Die großartigen neuen Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns neueste Monstordressuren.
Zum Schluss zum 74. Male: Die größte Pracht-Kunstleistungspantomime der Gegenwart
Femina das neue französische.
Sitz 450 Nimmende. 2 Musikcorps.
Reizhafte Lichteffekte.

Wintergarten
Zum erstenmal in Berlin!
Tschin-Maa's Chinesen-Truppe
Außerdem
Otto Reutter und das sensationelle Februar-Programm.
Gebrüder **Herrnfeld-Theater.**
Heute zum 113. Male:
Der größte Herrnfeld-Schlager: Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linsenstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 163. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: **Der Beheme** u. d. ausgezeichnete Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverf. tägl. 6. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vorwärts an.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Gramenstr. 16.
Benefiz für Udo Hurst.
Im Tode vereint oder: **Trene Herzen.**
Vollst. m. Ges. in 4 Akte v. Hausmann.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Ball.
Mittwoch 3. letztenmal: **Walzerkönig.**

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Min. v. Ob. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorletzter Tag!
Mlle. Eugenie
Schauspielerin im Herrenfalle.
Li Bello Jongleur.
La belle Leona

Astre Norton die zweite **Saharet.**
The Byrons, Majikal Clownd.
Die Herbstparade, Schwanke und acht erstklassige Nummern.
Familienlusten in Barbier, Friseur- und Piarvengehäusen unentgeltlich.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Kanthofstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel von Lessing.
Morgen: **Die lebende Brücke** auf Ruda.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Heute Dienstag, den 27. Februar:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Adam und Eva.
Große Feste mit Gesang in 4 Akten von Jacobson und Ely.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
In Vorbereitung: **Die Hochzeit von Saloni.**

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 9 Uhr.
Zonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Reichshallen.
Heute: **Fest-Soirée** der **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Nachher:
Tanz-kränzen (ohne Rauchsatzung).

Sophien-Säle
10 Vereinszimmer. XXXXXX

Sportshaus in Ziegenhals bei Zenthen
(Vorort- und Stadtbahn-Vorkehr)
am **Crossin-See,** mit 2 großen Sälen, Hallen u. gutem Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei neuerebaute verdeckte Regelsbahnen, Ausspannung für Automobile, Dampfboote, Ruderboote, Sommerwohnungen u. Logierzimmer, Kaffeehäuser usw. - Halle mit Biergarten, Fabrik, Gesellschaften zu Ausflügen ganz besonders empfohlen.
Nachmittags 6 Uhr.
Telephon: Amt [58442*]
M. Mörschel, Königs-Wusterhausen 75.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf
(nicht Schloß) direkt an Chaussee und Pfälzersee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabrikanten zu Dampfpartien und Ausflügen der Bahn, Jagdpartien usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Festtagen zu Vereinszwecken zur Verfügung.
Friedr. Saewert, Amt Erkner No. 49.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Kanthofstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel von Lessing.
Morgen: **Die lebende Brücke** auf Ruda.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Heute Dienstag, den 27. Februar:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Adam und Eva.
Große Feste mit Gesang in 4 Akten von Jacobson und Ely.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
In Vorbereitung: **Die Hochzeit von Saloni.**

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 9 Uhr.
Zonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Reichshallen.
Heute: **Fest-Soirée** der **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Nachher:
Tanz-kränzen (ohne Rauchsatzung).

Sophien-Säle
10 Vereinszimmer. XXXXXX

Sportshaus in Ziegenhals bei Zenthen
(Vorort- und Stadtbahn-Vorkehr)
am **Crossin-See,** mit 2 großen Sälen, Hallen u. gutem Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei neuerebaute verdeckte Regelsbahnen, Ausspannung für Automobile, Dampfboote, Ruderboote, Sommerwohnungen u. Logierzimmer, Kaffeehäuser usw. - Halle mit Biergarten, Fabrik, Gesellschaften zu Ausflügen ganz besonders empfohlen.
Nachmittags 6 Uhr.
Telephon: Amt [58442*]
M. Mörschel, Königs-Wusterhausen 75.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf
(nicht Schloß) direkt an Chaussee und Pfälzersee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabrikanten zu Dampfpartien und Ausflügen der Bahn, Jagdpartien usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Festtagen zu Vereinszwecken zur Verfügung.
Friedr. Saewert, Amt Erkner No. 49.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.

Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Manolizigaretten.
Außerdem
das neue Februar-Programm.

Sanssouci
Kottbusser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Königin Luise.
Schausp. in 4 Akten. Epilog.
Großer Festschmuck.
Mittwoch: Die Grille.
Samst. Rott. Donnerst.: Hoffmanns Nord. Sänger und Tanzkränzen.

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a,
am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räum. 80 Pf.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Berlin C., Sophienstr. 18.
4 neubauete **Festsäle**
sind unter den kulantesten Bedingungen täglich zu vergeben. ...
10 Vereinszimmer. XXXXXX

Heraus aus Kirche und Tempel

als einzig wirksamen

Protest gegen das Schulverpfändungsgesetz!

Formulare zur Anmeldung des Austritts
in allen mit Plakaten belegten Ausgabestellen unentgeltlich.

Zur Beachtung!

Austritt aus Kirche und Tempel! Protest gegen das Verpfändungsgesetz! Wer vor vier Wochen seinen Kirchenaustritt angemeldet hat, versäume nicht, innerhalb der nächsten 14 Tage vor Gericht persönlich zu erscheinen. (Niemand lasse sich durch Vorstellungen einschüchtern, daß der Austritt, Schädigungen verschiedener Art herbeiführen kann.) Später darf es nicht geschehen, aber Gerichtskosten wegen Versäumnis des Termins sind doch zu zahlen.
Der Agitationsauschuß der Freireligiösen Gemeinde zu Berlin.
3. A.: A. Hoffmann, Blumenstr. 14.

Keine Cigaretten, die in Qualität ihnen gleich sind, können zu denselben Preisen gefunden werden —
Keine, die in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack sie übertreffen, zu doppelten Preisen.
Die höchst vollendeten und mustergiltigen Mischungen, welche am besten alle Qualitäts-Eigenschaften feiner türkischer Tabake vereinen, werden bei der Herstellung von

JOSETTI CIGARETTEN

verwendet. Josetti-Cigaretten nehmen in Popularität bei wirklichen Kennern die erste Stelle ein, nicht weil sie so billig verkauft werden, sondern wegen ihrer feinen Qualitäten, ihres Aromas und ihres gehaltvollen und doch milden Geschmackes.



Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Josetti

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Von der
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
sind bisher folgende Hefte erschienen: 233/9*
- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Raub in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
 - Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
 - Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirschmann. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung dazu.
 - Heft 4: Der Achtundentag von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung. (Vergriffen, die zweite Auflage erscheint in circa 14 Tagen.)
 - Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse . von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
 - Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
 - Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Seibert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
 - Heft 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Chojes. Ein wichtiges Kapitel für die Arbeiterfamilie.
- Jedes Heft kostet 20 Pfennig.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
- Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 60, Laden.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehlung viel. Aerzte u. Prof. grat. u. n. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 100.

Zahnklinik Friedrichstr. 65. (zwischen Stoen- und Mohrenstraße).
Zahnzehen, Nervtöten gratis.
Bei Mühl. Zähnen, Plomben etc. werden nur die Auslagen berechnet. Sprechst. abds. 5-7 Uhr, außer Sonnt.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Kleinste Wochenraten.
Große Auswahl in Herren- u. Damenuhren, Standuhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Kotten, Stöcke, echte Menzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von Platten, echten Edison- und pa. 1 Mk.-Walzen.

Inventur-Extrapreise
Gardinen
abgepaßte Fenster, weiß und creme
Schalllänge pro M. 250
3 Mtr. Patr. M. 250
Schalllänge pro M. 385
3.20 Mtr. Patr. M. 385
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr. M. 585
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 185
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 565
Goldfarb. reichgestickte Band-Stores M. 485
Tüllbett-Gr. 180/220 decken cm M. 285
Reichgest. Erbsentüllbetdecken M. 585

Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extralist
billige Sonderangebote gratis und franko.

Jahre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof) und Reinickendorferstraße 57 (nahe Bahnhof Wedding). 54L*

Rester-Geschäft
des S.-O. von **Wilhelm Mühlbach**
empfiehlt zur bevorstehenden Einsegnung Reste von schwarzen Kleiderstoffen, Blüchen etc., sowie zur Kinderkonfektion zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalters, Spritzen, Suspensors sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Oris- u. Halls-Stranthenaffen Berlin O., 56192*

30. Finien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Bollen, angenehm u. weich am Körper.

Das größte Brot nur 50 Pf.
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
Drangelstr. 135, Krautstraße 19, Faldensteinstr. 28, Saubertstr. 2, Markthalle Bäckerei, Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Zentrale: Postbögnerstr. 13.

Masken-Garderobe
von 55992*
Carl Ernst,
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 % Preisermäßigung.

Zur **Einsegnung**

Anzüge aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. 1250 an

Anzüge aus prima tiefschwarz. Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten, eleganter Sitz, von . . . Mark 1750 an

Anzüge nach Maß Garantie für gutes Passen v. 24 an

M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdener-Straße 4, am Kottbuser Tor.

KNORR'S
Maccaroni.

Bordes Vereins-Säle
Neue König-Straße 7. 55922*
Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. — empfehle meine Säle für Versammlungen, Gewerkschafts-Sitzungen und für Vereinsfestlichkeiten. Sämtliche Bedienung.
Adolf Bordes.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5551L*
Amt 4. 3014.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch
Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Kreuzstern.

Maggi's 10 Pfg.-Fläschchen

biotet auch der bescheidensten Börse Gelegenheit, einen Versuch zu machen mit der altbewährten
MAGGI'S Suppen- und Speisen-Würze.
Überall zu haben.

Heimarbeit-Ausstellung.

Porzellanindustrie.

In der Hauptsache ist die Herstellung von Porzellanwaren aus technischen Gründen an die Fabrik gebunden. Nur einzelne Verzierungen sind in die Heimarbeit übergegangen. Die Heimarbeit ist in der Porzellanindustrie bei weitem nicht so stark verbreitet wie in manchen anderen Industriezweigen. Wo sie aber anzutreffen ist, da zeigen sich dieselben Mängel und das gleiche Elend, wie wir es als eine kennzeichnende Begleiterscheinung jeder Heimarbeit finden.

In den thüringischen Bezirken der Porzellanindustrie werden kleinere Gegenstände, wie Spielzeug, Kippesachen und dergleichen, von Heimarbeitern — oft sind es Frauen, denen Kinder behilflich sind — gefertigt und verputzt. Die Arbeiter holen Formen und Porzellanmasse aus der Fabrik und bringen die fertig geformten Sachen zurück. Da diese im rohen, ungebrauchten Zustande sehr leicht zerbrechen, so gibt es beim Transport natürlich viel Schaden, den die Arbeiter zu tragen haben. Die Vergütung dieser Arbeiten ist so gering, daß ein Verdienst von 20—24 Pf. pro Stunde zu den Seltenheiten gehört. Weistens sind die Stundenlöhne von den vom Porzellanarbeiter-Verband ausgestellten Sachen auf 18—18 Pfennigen angegeben. — Außer den hier angeführten Arbeiten wird hauptsächlich das Bemalen der fertigen Porzellanwaren durch Heimarbeiter verrichtet. Nicht nur geringe Ware, sondern selbst Porzellanmalereien der schönsten Ausführung gehen aus den Händen der Heimarbeiter hervor. Da hängt in der Ausstellung ein Teller, der die Wände aller Besucher auf sich lenkt. Die innere Fläche wird durch ein weibliches Bildnis bedeckt. Es ist eine Kunstleistung, die sich sehen lassen kann und ist doch dem Maler nur mit 18 Pf. pro Stück bezahlt worden. Wie lange der Künstler arbeiten mußte, um die 18 Pf. zu verdienen, ist leider nicht angegeben. Den Rand desselben Tellers hat ein anderer Maler — in Dresden — sehr kunstvoll mit Goldornamenten auf rotem Grunde dekoriert. Dieser Maler, eine tüchtige Kraft, der die von ihm ausgeführten geschmackvollen Muster selber entwirft, hat an der vorliegenden Arbeit in der Stunde 88 Pf. verdient. Das war aber eine ausnahmsweise gut bezahlte Arbeit. Sonst pflegt derselbe Maler nur 60—65 Pf. pro Stunde zu verdienen, und das bei kunstgemäß erbliebenen Leistungen ersten Ranges. — Bei minder guten Malereien fallen denn auch die Löhne ganz bedeutend. Andere der ausgestellten Arbeiten, die immer noch als recht gute Leistungen gelten können, brachten nur noch 50 Pf. Stundenlohn. Die Maler, welche gewöhnliche Handwerksleistungen liefern, die zwar kein künstlerisches Talent, aber doch erhebliche Gewandtheit und Geschicklichkeit verlangen, stehen in ihrem Verdienste nicht besser da, wie die Arbeiter in den elendesten Zweigen der Hausindustrie. Ein Wochenverdienst von 7—15 Pf. wird in verschiedenen Orten Thüringens beim Bemalen von Pfeifenköpfen verdient. Ein Wochenverdienst von 18 Pf. gehört zu den Seltenheiten. In Göttingen, wo allerlei Kippesachen von Heimarbeitern bemalt werden, gilt ein Stundenverdienst von 33 Pf. als etwas ganz ungewöhnliches. Ein Artikel, der diesen Verdienste bracht, wurde als besondere Vergünstigung nur an Angehörige der Bezirksbeamten abgegeben. Das erregte den Unwillen der berufsmäßigen Porzellanmaler, die an ähnlichen Arbeiten nur 21, 15, ja 9 Pf. pro Stunde verdienen und nicht einmal dauernd Beschäftigung haben.

In andere Zweige der keramischen Industrie führt uns die Ausstellung des hiesigen Verbandes keramischer Arbeiter. Da sehen wir Tonpfeifen, im Westerwald angefertigt, bei deren Herstellung ein Stundenlohn von 20—22 Pf. verdient wird, glasierte Tonwaren, Spielsachen und andere Kleinigkeiten, die Stundenlöhne von 27—36 Pf. bringen, Schiefertafeln, die in Neubalben (Oberfranken) angefertigt sind und den Arbeitern Stundenlöhne von 10—14 1/2 Pf. bringen. — In dieser Abteilung liegt auch eine Sammlung von Glasperlen aus. Ansehen sind sie bestimmt, im Geleiste von Perlenhändlern ländlichen Schönen als Sonntagsgeschmuck zu dienen. Sie könnten aber auch zu Rosenkränzen, wie sie die katholischen Väter gebrauchen, verwendet werden. Die Löhne, welche bei der Anfertigung dieser Perlen verdient werden, gehören zu den elendesten der ganzen Ausstellung. Betragen sie doch nicht mehr als 1—5 Pf. pro Stunde. Die Heimat dieser Perlenindustrie ist Unterfrankens in der Oberpfalz.

Hüte und Mützen.

Der Zentralverein der Hutmacher stellt Erzeugnisse der Dresdener Strohhutfabrikation aus. Das Zusammenhängen des Strohhutes und das Garnieren der fertigen Hüte ist Heimarbeit, womit Stundenlöhne von 12—18 Pf. verdient werden. — Die Berliner Hutindustrie ist durch ein Exemplar vertreten, das wohl hauptsächlich wegen der Eigenart seines Ursprunges ausgestellt ist. Ein Pumpenhütel, das man nur mit Mühe als die Hüte eines ehemaligen Zylinderhutes erkennt, macht verschiedene Stadien der Bearbeitung durch und erscheint schließlich wieder als funktionsfähige Angströhre. Es handelt sich bei dieser Fabrikation nicht um einen Einzelfall, sondern, wie uns versichert wird, um einen besonderen Industriezweig, der die Quisfragmente, welche mit Pumpensystemen aus England herüberkommen, durch Heimarbeiter zu neuen Zylinderhüten umwandeln läßt, die in Warenhäusern zu billigen Preisen verkauft werden.

Verschiedene Arten von Mützen stellt der Kürschnerverband aus. Die Stellung des Mannes, dessen Haupt zu bedecken die Mütze bestimmt ist, scheint ausschlaggebend zu sein für die Qualität der Arbeit und damit auch für die Höhe des Lohnes. An dem Karott eines Landgerichtsdirektors verdient der Arbeiter pro Stunde 42 1/2 Pf. Dienstlöhne für Polizei-, Eisenbahn- und Postbeamte bringen Stundenlöhne von 35, 27 1/2, 25 Pf., eine Mütze für Berliner Omnibusangestellte wird mit einem Stundenlohn von 20 Pf. bezahlt. Die Offiziersmütze bringt 42 1/2 Pf., die Uniformmütze für den Soldaten aber nur 25 Pf. pro Stunde. Eine Anzahl verschiedener Sportmützen ergeben Stundenlöhne von 10—17 Pf.

Künstliche Blumen.

Wer bei einem Besuch der sächsischen Schweiz von der Haupttour der Touristen abweicht und kurz vor Schandau sich vom Elbthal in das Sebnitztal wendet, der gelangt bald in das freundlich gelegene Städtchen Sebnitz. Hier sieht man fast hinter jedem Fenster der kleinen Häuser Frauen und Mädchen, oft auch Kinder, über der Arbeit gebeugt. Emsig regen sich die geschäftigen Hände der fleißigen Arbeiterinnen, als wollten sie dem Frühling, der draußen Gärten und Fluren mit fordenprächtigen Blüten geschmückt hat, Konkurrenz bereiten, denn auch sie, die Arbeiterinnen, fertigen Blumen und Blüten an, die in den besseren Ausführungen den Kindern Floras täuschend ähnlich sehen. Sebnitz und die ganze Gegend von dort bis Reustadt ist ein Hauptplatz für die Herstellung von künstlichen Blumen und Blüten, die aus den Händen der Heimarbeiterinnen in die Magazine der Großhändler, von da in alle Welt wandern und schließlich als Hut- und Toiletenschmuck der Damen Verwendung finden.

Fragen wir nach den Löhnen, welche bei der Herstellung der künstlichen Blumen verdient werden, so gibt die Antwort ein ebenso trübes Bild, wie wir es in allen Zweigen der Heimarbeit sehen. Da finden wir in der vom Verband der Blumen- und Blätterarbeiterinnen arrangierten Ausstellung, daß in Sebnitz ein Stundenlohn von 12 Pf. schon als ein verhältnismäßig hoher angesehen werden muß. Ist sagen uns die Zettel an den ausgestellten Gegenständen, daß die Löhne bis 6, ja 4 Pf. pro

Stunde hinabgehen. Aber selbst das ist noch nicht die niedrigste Lohngrenze. Nicht selten arbeitet eine Frau mit einem oder mehreren Kindern zusammen. Häufig sind die Angaben, daß eine Frau und ein Kind zusammen 12, 8 1/2, 7 1/2, 6 1/2, 6 und in einem Falle sogar nur 2 1/2 Pf. pro Stunde verdienen. Andere Angaben sagen, daß eine Frau mit zwei Kindern zusammen nur 10 Pf. und eine mit drei Kindern von 10—14 Jahren zusammen arbeitende Frau in der Stunde nur 15 Pf. verdient. Eine andere Frau mit drei Kindern bringt es sogar nur auf 10 Pf. pro Stunde.

Nicht besser sieht es in anderen Hauptorten der Blumenindustrie aus. An den ausgestellten Dresdener Erzeugnissen sind Stundenlöhne von 5—10 Pf. verzeichnet. In Berlin scheint der Verdienst ein wenig höher zu sein. Wir finden an den aus Berlin stammenden Sachen Stundenlöhne von 14—20 Pf., vereinzelt auch 25—30 Pf. verzeichnet. Vielleicht handelt es sich hier um besonders qualifizierte Arbeiter. Daß die Verhältnisse in Berlin im allgemeinen nicht günstiger sind als anderswo, geht schon daraus hervor, daß sich in der Berliner Abteilung ein Nyctenkranz befindet, welcher der Arbeiterin nicht mehr als einen Stundenverdienst von 7 Pf. brachte.

Aus Berlin sind auch Vögel und bunte Federn ausgestellt, die zur Garnierung von Damenhüten dienen und Stundenlöhne von 12—15, selten 20 Pf. einbringen. — Also Hungerlöhne überall. Sowohl in Berlin wie in Dresden, Reustadt, Sebnitz und wo sonst noch der prächtige Blumenschmuck für die Damenwelt angefertigt wird.

Kartonnagen, Papierwaren.

Mehr und mehr ist es in letzter Zeit Brauch geworden, Waren aller Art in ansprechender, schön aussehender Verpackung, die außerdem auch noch der Reklame dient, zum Verkauf zu bringen. Die Kartonnagenindustrie, welche derartige Verpackungen herstellt, hat dadurch einen großen Aufschwung erfahren. Wenn auch die in Fabriken betriebene Maschinenarbeit in der Kartonnagenindustrie die größte Rolle spielt, so ist doch daneben auch die Heimarbeit in diesem Industriezweig weit verbreitet, besonders im sächsischen Erzgebirge und in Baden. Aber auch an anderen Orten ist die Heimarbeit in der Kartonnagenindustrie anzutreffen. So finden wir in der vom Deutschen Buchbinderverband arrangierten Ausstellung eine Sammlung hübscher Zigarettenpackungen, die in Dresden angefertigt sind und Stundenlöhne von 15—20 Pf. einbringen. Dieser Verdienst erscheint aber noch günstig im Vergleich mit dem, was die Heimarbeiter in Baden erzielen. Aus Laich ist eine Kollektion von runden und ovalen Schachteln da, wie sie in den Apotheken zum Verpacken von Pillen und Pulvern benutzt werden. An diesen Gegenständen ist der Verdienst ein äußerst erbärmlicher. Stundenlöhne von 10—12 Pf. sind Ausnahmen. In den meisten Fällen wird nicht mehr als 9, 8, 6, 5, ja 3 1/2 Pf. pro Stunde verdient. Diese Art Kartonnagen werden nur von Frauen hergestellt, welche eigene und fremde Kinder zur Hilfeleistung heranziehen. Die Ausbeutung fremder Kinder ist durch das Kinderschutzgesetz und die infolgedessen geübte Kontrolle erheblich eingeschränkt worden. Vor dem wurden schulpflichtige Kinder an Schultagen bis zu 8 Stunden und in der Ferienzeit bis zu 12 Stunden täglich beschäftigt für einen Monatslohn von 2—4 M. — Man vergesse nicht, daß es sich hier um Schachteln für Pillen und Pulver handelt, die in der Heimarbeit unter den elendesten Verhältnissen hergestellt werden. Nicht selten mag ein solcher Karton neben den heilkräftigsten Pillen, die der Apotheker hineingetan hat, Krankheitskeime bergen, die sich in der Stube der badischen Heimarbeiterin in das Schächtelchen hineingeschmuggelt haben.

Drillenfutterale werden ebenfalls als Heimarbeiten angefertigt. Aus Rathenow sind solche ausgestellt, welche Stundenlöhne von 15—27 Pf. bringen.

Stuis für Ringe, Uhren, Zigarettenspitzen usw. sind Erzeugnisse der Heimarbeit in Eisenberg (Thüringen). An den ausgestellten Sachen dieser Art sind Stundenlöhne von 14—19 Pf. verzeichnet.

In das Fach der Buchbinderei gehören zwei Artikel, die bei vielen Ausstellungsbesuchern besonderes Interesse erwecken. Es ist eine Papierervorte mit der Firma „Wahingers Vierquelle“. Das Geschäft, welches diese Ervietten für Wäfinger fabriziert, läßt dieselben von Heimarbeiterinnen folgen, zählen und zusammenbinden. Dafür wird ein Arbeitslohn von 35 Pf. für 1000 Stück gezahlt, was einen Stundenlohn von 17 1/2 Pfennig ergibt, während der Tarif, den die Buchbinder-Organisation mit den Arbeitgebervereinen vereinbart hat, für diese Arbeit 65 Pf. für 1000 Stück festsetzt. Dasselbe gilt für einen ausgestellten Reklamezettel der Futurographenfabrik von Möller u. Schreiber. Auch für diese Arbeit (Falten usw.) erhält die Heimarbeiterin nur die Hälfte des Lohnes, den der Buchbindererwerb vorzieht, und verdient dabei in der Stunde 16 Pf.

Papierwaren der verschiedensten Art, als: Gratulationskarten, Reklamebilder, Notizzettel, Altrappen und dergleichen werden von Heimarbeitern fertiggestellt. Eine ganze Anzahl solcher Gegenstände sehen wir in der Ausstellung. Dinge, die bestimmt sind, beim fröhlichen Fest zur Erheiterung der Gesellschaft beizutragen. Auch an diesen der Lust und dem Frohsinn dienenden Sachen haftet das Elend der Heimarbeiterinnen, die bei der Herstellung dieser bunten Dinge Stundenlöhne von 10, 14, höchstens 18—20 Pf. verdienen.

In einem anderen Räume der Ausstellung hat der Christliche Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen gleichfalls einige Produkte der Papierindustrie ausgestellt, die zu den schlechtesten entlohnten Arbeiten der Hausindustrie gehören. Ein erheblicher Teil dieser Dinge kommt aus Halle. Da sind unter anderem Scherzartikel, welche Tiere darstellen, deren ausgearbeiteter Körper von gefaltetem Papier gebildet ist. An diesen Sachen werden Stundenlöhne von 3—10 Pf., höchstens 17 Pf. verdient. Ketten aus gekrümmtem Papier bringen nur 3 Pf. Stundenlohn, Papierblumen, welche nachher in die bekannten Wachsblumen umgewandelt werden, erzielen 11 1/2 Pf. Stundenlohn, und beim Dütenfleßen werden 9, 10, höchstens 15 Pf. pro Stunde verdient. Eine sehr schlecht bezahlte Arbeit ist die Anfertigung von „Haussegn“. Das sind fromme Sprüche, die mit Wolle und Goldfäden auf Papierlanebas gestickt werden. Eine mühsame, die Augen anstrengende Arbeit, bei der an zwei ausgestellten Exemplaren pro Stunde 12 Pf., an einem dritten sogar nur 7 1/2 Pf. pro Stunde verdient werden.

„Erne leiden, ohne zu klagen“ lesen wir auf einem der „Haussegn“. Wir überschauen noch einmal die Fälle des Elends, die hier sechs Wochen lang ausgestellt war. Die Hunderttausende, die Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der Hausindustrie, sie haben gelitten, sie haben das bitterste Elend getragen seit Generationen, sie leiden heute noch unter dem entsetzlichen Druck profitwärtiger Kapitalisten. Sie klagen nicht, sie tragen ihr jammervolles Dasein meist ohne Murren, und überleben sich mühselig der schamlosesten kapitalistischen Ausbeutung. Wird es jetzt vielleicht besser werden? Wird die Ausstellung des Elends Anlaß geben, den von unserer Seite längst geforderten gesetzlichen Schutz den Heimarbeitern zuteil werden zu lassen? In dieser Zeit, wo das Wort gefallen ist: Die Komposthaufen der Arbeiter ist gefüllt, darf man keine großen Hoffnungen auf die Gesetzgebung setzen. Doch, wie sich auch die Regierung und die herrschenden Klassen zur Frage des Heimarbeiter-schutzes stellen mögen: die Hauptsache ist, daß die klassenbewußte Arbeiterkraft Aufklärung in die dunklen Winkel der Heimarbeit trägt, damit auch diese Kerne der Proletarie zum Selbstbewußtsein erweckt werden, daß sie nicht mehr leiden, ohne zu klagen, nicht mehr schämen, ohne zu murren, sondern sich zusammenzuschließen mit ihren Leidensgenossen und dem Unternehmer ihre Forderungen stellen. Es ist gewiß eine schwere Aufgabe, dem Gedanken der

Organisation in den Kreisen der Heimarbeiter Geltung zu verschaffen. Aber es sind doch schon recht erfreuliche Anfänge in dieser Hinsicht gemacht. Daß es auf dem einmal betretenen Wege weiter geht, dafür wird die organisierte klassenbewußte Arbeiterkraft sorgen.

Ein Beitrag zur Eingemeindungsfrage.

Ein recht trübes Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung Lichtenbergs entwirft der Gemeindevorstand in einer Vorlage betreffend Annahme der Städteordnung und der Vereinigung mit Berlin. Und die Ursache, welche die Gemeinde auf den Weg der Schuldenwirtschaft drängt, ihr die Aussicht auf finanziellen Zusammenbruch eröffnet, liegt außerhalb der Einflusssphäre der Verwaltung. Die Ursache bleibt dauernd ruhmlos wirksam, wenn nicht die verlangte Eingemeindung vollzogen wird. Die Gemeinde stellt damit kein unberechtigtes Verlangen, sie verlangt nicht schmarohernder Kostgänger von Berlin zu werden, ihre Forderung ist die logische Konsequenz einer Entwicklung, die keiner Gemeinde das Recht gibt, besondere Verdienste zu reklamieren, ebensowenig wie man einzelne Gemeinden dafür verantwortlich machen kann. Der allgemeine „Zug nach dem Westen“ ist es, der in den Budgets der nördlichen und östlichen Gemeinden diese Störungen verursacht. Es sind nämlich keine Sachengänger, die nach dem Westen ziehen; fast ausschließlich sind es Leute, die sich des Westes Annehmlichkeit erfreuen, den industriellen Bezirken den Rücken kehren, um in den Villenorten die Tugend besseren Genießens zu üben. Wie sich die Wirtschaftslage Lichtenbergs gestaltete, dafür einige Zahlen. Die steuerliche Belastung pro Kopf der Bevölkerung stieg von 1895 bis 1903 für Gemeindeverwaltung von 1,7 M. auf 3,9 M., Polizeiverwaltung von 0,4 M. auf 0,8 M., Schulverwaltung von 3,7 M. auf 7,3 M., Armenverwaltung von 1,5 M. auf 2 M., öffentliche Straßen usw. von 0,8 auf 3,2 M. Es mag hierbei bemerkt werden, daß die Gehälter der Beamten im allgemeinen als zu niedrig bezeichnet werden müssen, besonders die Bezüge der unteren Beamten bedürfen dringend der Aufbesserung. Bei der Gemeindeverwaltung entfällt im Durchschnitt auf je einen mittleren Beamten ein Gehalt von 2108 M., auf je einen Unterbeamten 1656 M., auf nicht dem Ortsstatut unterstehende Bureaubeamte usw. 1220 M. Die Gehälter sind gewiß nicht zu reichlich bemessen, dagegen erscheint die Anzahl der Verwaltungsbeamten zu hoch. Außer Polizeibeamten, technischem Personal usw., also lediglich im inneren Verwaltungsdienst, sind 60 Beamte beschäftigt, das macht auf je 800 Einwohner einen Beamten. Die Steigerung der Schullasten ist in der Hauptsache auf den „reichen Himmelsseggen“, dessen sich die heimischen und zuziehenden Proletarierfamilien erfreuen, zurückzuführen. Den Reichtum straft der Himmel meist durch beschränkte Kinderzahl. Nicht durch ordentliche Einnahmen konnten die erforderlichen Mittel aufgebracht werden. Die Schulen sind auf „Pump gebaut“. Die Summe der Zinsen, die für die zu Schulzwecken aufgenommenen Anleihen entrichtet werden müssen, beläuft sich pro Kopf der Bevölkerung auf 1,1 Mark! Dabei fehlt es noch an Klassenräumen; 26 stiegende Klassen mußten eingerichtet werden. Ganz außerordentlich erhöhten sich die Straßenausbaukosten. Auch unser Pflaster steht auf Hypotheken. Die Verzinsung der Anleihen für Straßenausbau beanspruchten 1895 pro Kopf 0,8 M., 1903 aber schon 3,2 M. Die Schuldenmachungen bringen das nette Einkommen von 9486500 M. zusammen. Der Tilgungs- und Zinsendienst beansprucht 525736,96 M. Und auf diesem Wege zum Bankrott marschiert die Gemeinde lustig weiter. — Das wird ja ein netter „Zukunftstaat“. Wie der Gemeindevorstand bemerkt, hat man, um noch stärkerem Abzug vorzubeugen, die direkten Steuern durch sozusagen künstliche Freixuren möglichst niedrig gehalten, aber dieser Schrecken ohne Ende muß doch schließlich ein Ende mit Schrecken nehmen.

Wie die „Völkerverwanderung“ steuerlich in den einzelnen Gemeinden wirkt, beleuchtet eine tabellarische, der Vorlage angehängte Zusammenstellung.

Hiernach ist der Ertrag der Umsatzsteuer, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in den westlichen Vororten zirka 3—5 M., in den östlichen zirka 1,2—2,5 M. (Lichtenberg zirka 1,7 M.). Von dem staatlichen Veranlagungslohn der Grund- und Gebäudesteuer entfallen in Berlin und im Westen auf den Kopf der Bevölkerung zirka 5—7 M., im Osten dagegen nur zirka 2—3 M. (Lichtenberg zirka 2,1 M.). In sämtlichen Vororten erfolgt die Besteuerung des Grundbesitzes in der Form der Grundwertsteuer. Der dieser Steuer zugrunde liegende Wert beläuft sich auf den Kopf der Bevölkerung in den westlichen Nachbargemeinden Berlins auf zirka 4000 bis 8000 M., in den östlichen bloß auf zirka 1500 bis 3000 M. (Lichtenberg 2280 M.). Die Gemeindefinkommenssteuer zu 100 Proz. bringt in Berlin und in den westlichen Vororten pro Kopf der Bevölkerung zirka 11 bis 20 M., in den östlichen jedoch nur zirka 3 bis 8 M. (in Lichtenberg zirka 4,8 M.). Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß Berlin und verschiedene westliche Vororte Zuschläge zu den untersten Stufen der Einkommensteuer nicht erheben.

Aus den wenigen Zahlen geht allein schon klar und deutlich hervor, daß die Steuerkraft — und zwar nicht nur auf dem Gebiete der Personalsteuern — vom Westen nach dem Osten zu ganz außerordentlich abnimmt.

Jedenfalls kann nach allem diesem an der Tatsache, daß der Osten immer steuer schwächer und ärmer wird, der Westen jedoch an Reichtum zunimmt, nicht gezweifelt werden.

Da nun Lichtenberg als ein Teil von Groß-Berlin in seiner Entwicklung fast ausschließlich von der Art der Entwicklung des Ganzen abhängt und zu den östlichen Vororten gehört, so ist seine bedenkliche wirtschaftliche Lage als eine notwendige Folge der oben besprochenen eigentümlichen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Groß-Berlin anzusehen.

Diese allgemeine Entwicklung der zu Groß-Berlin gehörenden Gemeinden ist aber nicht aufzuhalten, und es gibt kein brauchbares und geeignetes Mittel, um derselben eine andere für Lichtenberg günstigere Richtung zu geben. Unter diesen Umständen muß Lichtenberg finanziell auf eine andere Weise geholfen werden.

Die gesonderte kommunale Selbständigkeit der Stadt Berlin und seiner Vororte war so lange gerechtfertigt, als diese Gemeinden nicht zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammengewachsen waren. Nachdem sie aber allmählich zu

einander in eine engere wirtschaftliche Gemeinschaft getreten sind und ein wirtschaftliches Ganzes gebildet haben, sind die kommunalen Grenzen absolut künstliche, und es ist auch die Teilung des Ganzen in eine Reihe völlig selbständiger Gemeinden eine unnatürliche geworden.

Dass die Vororte nicht schon lange in Berlin eingemeindet sind, ist hauptsächlich den langen Erwägungen der freisinnigen Mehrheit im Reichen Hause zuzuschreiben. Dadurch wurde der günstige Zeitpunkt verpasst, da seinerzeit der Minister Innern Herr v. Herrfurth die Eingemeindung lebhaft wünschte und förderte. Heute zeigt sich immer deutlicher, welches große Schuldkonto die freisinnigen Herren sich aufgeladen haben.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veranstaltete am Dienstag unter Leitung des Herrn Dr. Osborn eine Besichtigung der Reumter-Ausstellung bei Kellner u. Meiner, an der sich auch noch 60 Gewerkschaftsmitglieder beteiligten. In seinen leitenden Worten führte Dr. Osborn ungefähr folgendes aus: Vor längerer Zeit hielt ich bereits im Verein einen Vortrag über Reumter, welchen ich durch Lichtbilder erläuterte; heute ist mir nun Gelegenheit gegeben, Sie vor das Werk des Meisters selbst zu führen und vor allem vor das letzte große Werk, das den Gipfel seiner Kunst und seines Schaffens bedeutet, vor sein „Denkmal der Arbeit“. Bedeutend ist es, daß ich dieses höchste Werk der Kunst, das bisher von keiner Regierung zur Aufstellung erworben wurde, gerade Ihnen, den berufenen Vertretern der Arbeit, vorsehen kann. Reumter, von armen Eltern geboren, kam in seiner Jugend zu einem Bildhauer in die Lehre. Da er aber an der schematischen Nachbildung von Alten, welche damals die Kunst beherrschten, keinen Gefallen fand, weil schon damals der Trieb in ihm schlummerte, die Wirklichkeit zu schildern, wurde er Maler und blieb solcher bis zu seinem fünfzigsten Lebensjahre. Erst in so später Zeit soll es beim Anblick einer Arbeit, die er in Amsterdam beim Ausladen eines Schiffes beobachtete, plötzlich wie eine Offenbarung über ihn gekommen sein. Diese Schönheit und Bewegung der Körperformen, diese Anspannung der Muskeln, diese Kraft und diesen Trost, diese Lebensfülle von Gestalten darzustellen, das sollte nun sein Lebenswerk werden, und nur durch die Plastik konnte er diesen Gestalten Leben geben. Diese Eingebung wäre aber sicher nie über Reumter gekommen, wenn nicht in seinem Wesen eine tiefe Liebe zur Arbeiterwelt geschlummert hätte. Es erlaube nun sein erster großer Arbeiter, der Hammermeister, und mit ihm wurde zum erstenmal in der Kunst der Bildhauerei ein Typus des modernen Arbeiters erschaffen. Hüften wir uns aber, in Reumter nur den Schöpfer der Arbeiter zu sehen und dabei den Künstler zu vergessen. So schuf Reumter nicht einen Arbeiter schlechthin, sondern er erhob die Figur des einzelnen zum Typus der Arbeit und bildete eine Kunst der Körperhaltung und Körperbewegung, die direkt an die Antike anknüpfte und befehle auf diesem Untergrund die moderne Kunst mit neuer Schönheit.

Er beobachtete die dunkle Welt des Arbeiters, in der statt der grünen Wälder gelbliche Schornsteine, statt der blauen Klarheit des Himmels das düstere Grau des Rauchs die leuchtende Sonne verhält. Die Frucht seines Lebens steht nun hier im Denkmal der Arbeit vor uns. Reumter hatte sich den Aufbau des Werkes sicher anders gedacht und hätte auch noch vieles daran geändert, wenn ihn der Tod nicht abgerufen hätte; er hat uns aber auch in diesem Aufbau eine unendliche Erhebung und Kraft offenbart, daß das Werk aus der Gegenwart noch weit in die Zukunft als leuchtendes Bild der Kunst hervortreten wird. Von den Gestalten, die vor den Meistern aufgestellt sind, ist wohl die ergreifendste Gestalt die des Arbeiters des Arbeitergeschlechts. In harmonischer Ruhe sitzt der Alte nach einem langen Leben schwerer Arbeit müde, aber nicht mutlos in die Welt blickend, nachdenklich da. Sein Auge blickt ins Weite, gleichsam als läge er seine Nachkommenschaft in gewaltigen Scharen vor sich, die Welt erobert.

Vor dem Denkmal der Arbeit auf dem Podium stehend, hatte Dr. Osborn diese Worte an die unter ihm stehenden Zuhörer gerichtet, die mit tiefem Ernst und Verständnis der Erklärung folgten. Sie waren sich voll und ganz bewußt, hier den großen Künstler und Erschaffer ihrer Welt vor sich zu sehen, den Künstler, der die Arbeit in ihrer ganzen rauen Härte, zugleich aber als höchstes Symbol der schaffenden Menschheit darzustellen wußte.

Nun erläuterte Dr. Osborn noch an einzelnen Bildwerken die Schönheiten dessen, was Reumter geschaffen hatte. Er verweilte beim Totenbild, bei der ergreifenden, von Arbeit und Hunger ausgezeichneten alten Frau, bei dem verlorenen Sohn und anderen. Aus den Reihen der Betrachtenden wurden Fragen gestellt, die das lebhafteste und eingehendste Verständnis der einzelnen bezeugten.

Montag, den 5. März, findet die Generalversammlung des Vereins statt.

Charlottenburg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 21. Februar im Volkshaus seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Der Referent, Herr Winter, sprach über „das Genossenschaftswesen und dessen Bedeutung für die Frauen.“ Der Redner erörterte in leicht verständlicher Weise die Geschichte der redlichen Pioniere von Roddale und anschließend das weitere Emporblühen der Konsumvereinsbewegung. Er gab eine Uebersicht von den bestehenden Vereinen und forderte besonders die Frauen als Trägerinnen der Genossenschaften auf, sich mit Eifer der Förderung der Konsumvereine zu widmen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Die Diskussionsredner forderten die Anwesenden auf, dem Charlottenburger Konsumverein beizutreten. Die nächste Vereinsversammlung tagt am 21. März im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Wilmersdorf. Am Donnerstag hielt der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein im Lokale von Fischer, Turndächerstr. 8, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Herr Dr. Westphal referierte über „Die Vorgeschiede der Menschheit.“ Als die erste Kulturart des Menschen bezeichnete Redner die Lautsprache; er zeigte, wie im artifizierten Wort der Begriff gefunden wurde, durch Lautnachahmung und weiter durch Lautneubildung, wie dann der Satz wurde in den Urteilen, und erläuterte am Beispiel, wie Inhalt und Umfang der Begriffe sich nach und nach erfüllten. Die zweite Epoche begann mit Entdeckung des Reibfeuers und der Steinzeit. Referent zeigte wie der Grad der Vollkommenheit der Produktionsmittel, stets auch die Standhöhe der Kultur überhaupt bestimme. Ferner wurden die Anfänge aller Künste auf den ersten Schwind zurückgeführt; damit neben dem Kampf und Dasein eine Freude am Dasein in die Erscheinung trat. Endlich wurden die beiden Wurzeln der Naturreligion

gefunden in einem Kultivierungsbedürfnis gegenüber den Naturerscheinungen und einem Gemüts- und Sehungsbedürfnis gegenüber der blutwürgenden Allgewalt der Naturkräfte. Daran reihte sich die Entwicklungsgeschichte des Unsterblichkeitsglaubens. Nachdem der Referent noch die Kulturstufe der Barbarei kurz skizzierte, schloß er seine interessanten Ausführungen mit einer Darstellung des Ursprungs der Familie und des Staates nach Morgan. Es wurde gezeigt, wie aus der Horde mit Mischehe der Stamm mit den Gruppenehen der Blutsverwandtschaft der Panalua und Paarungsfamilie entstand. Insbesondere beleuchtete Redner, wie der urzeitliche Kommunismus der Gentesverfassung durch das Anwachsen des Kapitals und des Kaufhandels gestürzt wurde, wie zur Sicherung des entstehenden Privateigentums aus dem Stamm mit blutsverwandten Gemeinschaften der Staat mit rein-territorialen Gemeinden sich bildete. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Die regelmäßigen Versammlungen finden jeden Donnerstag nach dem 15. jeden Monats statt. Nächste Versammlung bei Käbler, Lauenburgerstr. 20. Mitglieder werden aufgenommen.

Treptow-Paumschulweg. Mittwoch, den 21. Februar, fand in Paumschulweg im Lokale von Christ die Generalversammlung des Frauenbildungsvereins statt. Herr Störmer hielt einen Vortrag über „Rotes oder Schwarz?“, der von den zahlreich anwesenden Frauen und Männern mit sehr großem Beifall aufgenommen wurde. Den interessantesten Ausführungen des Referenten schloßen sich, da eine Diskussion nicht stattfand, die Berichte der Vortragenden und der Kaffiererin an. Der Bericht der Vortragenden ergab folgendes: Es fanden im verflossenen Jahre 9 Versammlungen in Paumschulweg und eine Versammlung in Unter-Treptow statt. Es wurden Vorträge aus den Gebieten der Medizin, der Literatur, der Naturwissenschaft, der Geschichte usw. gehalten. — Die Versammlungen waren im allgemeinen sehr gut besucht. Um auch in Unter-Treptow eine große Mitgliederzahl zu erwerben, werden seit Januar dieses Jahres dort monatlich Lesabende resp. Vortragsabende veranstaltet. Der Verein hat das erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, daß er in dem ersten Jahre seines Bestehens 75 Mitglieder erworben hat. Nachdem wurde der Vorstand gewählt, der sich zum großen Teil aus denselben Mitgliedern zusammensetzt wie im Vorjahre, und der aus folgenden Personen besteht: Frau Eug. erste Vorsitzende, Frau Künzel, zweite Vorsitzende, Frau Karow Kaffiererin, Hel. Karow, Schriftführerin, Frau Höhrich, Frau Fischer, Frau Säge Medizinerin, Frau Gauger und Kothausen, Beisitzerinnen. Es traten in der Generalversammlung 12 Frauen dem Vereine bei. Wir hoffen, daß jedes Mitglied bestrebt sein wird, auch im neuen Jahre den Verein nach Kräften in seinem Gedeihen zu fördern. Jedes Mitglied muß versuchen, in seinem Bekanntenkreise Mitglieder zu werben; denn nur wenn jeder sein Möglichstes tut, können wir hoffen, daß der Verein ausblüht und sein segensreiches Wirken in großem Maße entfaltet. Der Zweck der Frauenbildungsvereine ist, Aufklärung und Bildung bei den Frauen und Mädchen des Volkes zu fördern. Jede Frau, die dieses hohe Ziel würdigen kann, muß bestrebt sein, den Verein in seinem Wachstum zu fördern. Die nächsten Versammlungen finden statt: Donnerstag, den 22. März, in Paumschulweg bei Christ; Donnerstag, den 29. März, in Treptow bei Wohlan. Näheres wird zurzeit bekannt gegeben. Der Vorstand.

Die Amerikanerinnen verlangen Stimmrecht. Vor dem Kongresskomitee für Wohlangelegenheiten plaidierte eine Abordnung der Nationalen Frauenstimmrechts-Assoziation zugunsten der Einführung des Frauenstimmrechts. Die Delegation bestand aus fünfzig Frauen und darunter befanden sich viele der bekanntesten Vorkämpferinnen für die Emanzipation des weiblichen Geschlechts in den Vereinigten Staaten. Diese Bewegung gewinnt immer mehr an Umfang, aber die Aussichten auf eine Anerkennung der gestellten Forderungen sind vorläufig, soweit die Kongresswahlen in Frage kommen, noch gering. Bei Staats- und Lokalmahlen sind dagegen immer mehr kleine und auch größere Fortschritte zu verzeichnen.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichtlicher Schutz für Mißhände, die von der Presse getabelt werden. In Vettshausen bei Kassel wirkt der Lehrer Schäfer nach einer Reihede, die vielen Einwohnern gar nicht zusagte, kurz gefasst, er hat zuviel. Beschwerden der Eltern bei den zuständigen Behörden halfen nichts. Als letztes Hülfsmittel blieb wie gewöhnlich die Presse übrig. Eine Anzahl Eltern tat sich zusammen und veranlaßte den Redakteur des „Volkblattes“, Ernst Müller in Kassel, einen entsprechenden Artikel zu veröffentlichen. Die Antwort darauf war eine öffentliche Anklage wegen Verleumdung des Lehrers Schäfer. Das Landgericht Kassel hat aber den Angeklagten am 12. April v. J. freigesprochen. Das in dem Artikel über einen Verleumdungsprozeß des Lehrers Schäfer gegen den Totengräber R. sowie über die Ausübung des Zuchtigungsrechtes durch Schäfer gesagt ist, wurde als der Wahrheit entsprechend angesehen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte nicht die Absicht der Verleumdung hatte und daß solche nicht aus den gewählten Ausdrücken — moderner Jugendgerichtler, Prügelpädagoge, prügelstüchtiger Lehrer — entnommen werden könne. Auch aus den Umständen, so heißt es weiter im Urteil, gehe die Absicht der Verleumdung nicht hervor. Der Angeklagte habe einen Mißstand beseitigen wollen, dem auf andere Weise nicht beizukommen war. Er wohne zwar in Kassel, Vettshausen stehe aber mit Kassel in derartiger Zusammenhänge, daß beide Orte als zu einer Gemeinde verschmolzen angesehen werden könnten. Das Wort des Angeklagten sei insbesondere in Vettshausen stark verbreitet. Man könne deshalb annehmen, daß der Angeklagte als Redakteur berechtigt gewesen sei, jene Dinge, die im höchsten Grade das öffentliche Interesse erregten, in seinem Blatte zu behandeln. Diese Ausführungen über den § 193 bezeichnen das Urteil nur als Eventual-Erwägungen, da die Freisprechung schon durch die Feststellung getragen werde, daß eine Verleumdung überhaupt nicht vorliege. — Auf die Revision des Staatsanwalts und des Nebenklägers Lehrer Schäfer hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Kassel. Die Begründung dieser Entscheidung ist von besonderem Interesse, da sie eine neue Nuance in der Methodik der Beurteilung von Prehdelikten einführt. Das Reichsgericht sagt: Die inkriminierten Ausdrücke sind vom Vorderrichter nur unter dem Gesichtspunkte geprüft worden, als ob es sich um die Form handle, in welche die ehrenrührige Behauptung gekleidet war. In der Tat handelte es sich aber um eine Charakterisierung der Persönlichkeit des Lehrers. Es war nicht das entscheidende Gewicht auf die Absicht, zu Verleunden, zu legen; dies hat das Landgericht verkannt. Daß die Eventual-Erwägungen bezüglich des § 193 als rechtsirrtümlich anzusehen sind, liegt auf der Hand. — Danach würde

also gesagt werden dürfen: Friedrich August Schulze hat gestohlen, aber nicht: er ist ein Dieb. Wie dürfen in Analogie Anwendung dieses neuesten juristischen Handwerkszeugs also sagen: die Richter des Reichsgerichts haben ein falsches Urteil gefällt, aber beileibe nicht: sie sind „gerechte Richter“. Schon das tut uns aufrichtig leid.

Verstoß gegen § 149 des Genossenschaftsgesetzes. Der Leiter des Arbeiterkonsumvereins in Jörbig, Maurer Karl Müller, war am Sonntag vor der Halleischen Strafkammer wegen Vergehens gegen § 149 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 angeklagt, weil er Handlungen begangen habe, die nicht auf dem geschäftlichen Zweck, wie er im § 1 des Genossenschaftsgesetzes angegeben ist, gerichtet sind. Das Gericht gelangte auch zu einer Verurteilung. Das Vergehen des Angeklagten wurde darin erblickt, daß er in einer Vorstandssitzung darüber diskutierten ließ, ob es angängig sei, einen Konsumverein im Ruhrrevier zu unterstützen, und daß in jener Sitzung beschloßen worden ist, Müller zu einer Besprechung nach Halle zu delegieren, in der über einen event. Boykott der Bälberger Mühle geredet worden ist.

§ 149 des Genossenschaftsgesetzes schreibt vor: „Mitglieder des Vorstandes werden mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft, wenn ihre Handlungen auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind, oder wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, deren Erörterung unter die Befehle über das Vereins- und Versammlungsrecht fällt.“ § 1 des Genossenschaftsgesetzes als Zweck der Genossenschaften „die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft der Genossenschaftsmitglieder“ hin. Die in der Vorstandssitzung erörterten Gegenstände halten sich streng in diesem Rahmen. Deshalb das Gericht das Gegenteil angenommen hat, war aus der mündlichen Urteilspublikation nicht zu erkennen. Sobald wir Kenntnis von den schriftlichen Gründen des Urteils haben, gegen das Revision angemeldet ist, werden wir auf die Angelegenheit zurückkommen. Es bedarf wohl kaum besonderer Hervorhebung, daß unsere Genossen in Konsumvereinen die an ihnen stets beobachtete strenge Befolgung der Ordnungsvorschriften des Genossenschaftsgesetzes auch weiterhin beobachten, sich aber auch durch unrichtige Urteile nicht abhalten lassen werden, ihre Rechte als Genossenschaftler energisch wahrzunehmen. Dazu gehört zweifellos eine eventuelle Boykottierung im Interesse der Genossenschaft und ihrer Mitglieder.

Wessertocherei - Roberei. Der 20jährige Student Wilhelm Wiegand hatte sich gestern vor dem Strafgericht wegen Körperverletzung zu verantworten. Am 14. Dezember v. J. sah der Schraubendreher Polawsky mit mehreren Bekannten und Arbeitskollegen in lustigster Stimmung beim Glase Bier. Man unterhielt sich ziemlich lebhaft, und mußte dies wohl den am Rebenfische sitzenden Angeklagten ärgern. Er machte allerlei Bemerkungen, auf die jedoch nicht eingegangen wurde. Als er sich schließlich in die Unterhaltung hineinmischte verbotene sich dies mehrere Gäste, wodurch ein allgemeiner Streit entstand. Der Störenfried wurde zum Schluß von dem Inhaber des Lokals etwas sanft an die frische Luft gesetzt. Unter schweren Drohungen entfernte sich W. scheinbar, in Wirklichkeit verließ er sich in einem Hausflur. Als gegen 1 Uhr nachts Polawsky mit mehreren anderen Gästen das Lokal verließ, stürzte plötzlich der Angeklagte mit gezieltem Messer auf ihn zu und brachte ihm einen gefährlichen Stich in die linke Schulter bei, der um ein Haar die große Halsschlagader getroffen hätte. — Vor Gericht konnte der Angeklagte als einziger Milderungsgrund für die rohe Tat nur seine damalige Angetrunkenheit anführen. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch von dem alten Grundsatze: pro Messerlich ein Jahr nicht ab, sondern erkannte auf ein Jahr Gefängnis. — Ob im vorliegenden Falle bei der Bemessung der Strafe für die rohe Tat auf die Jugendlichkeit des Angeklagten hinreichende Rücksicht genommen ist, mag dahingestellt bleiben. Im Vergleich mit diesem Urteil erscheinen aber Urteile außerordentlich milde, die bei fortgesetzten, nicht durch Zorn oder Trunkenheit veranlaßten brutalen Quälereien und Mißhandlungen ländlicher Arbeiter und Arbeiterinnen oder gar Kinder ein niedrigeres Strafmaß festsetzen. Unsere Leser mögen mit diesem Fall, in dem ein jugendlicher, angetrunken, vielleicht in einem ländlichen Bezirk aufgewachsener Mann zu einem Jahre Gefängnis verurteilt ist, mit der milden Strafe von 6 Monaten vergleichen, die gegen das Gutsbesitzer-Ehepaar erkannt sind, welche ein vierzehnjähriges Kind zu Tode marterten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Wahlrechtskampfe. — Revolutionäre Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen in Japan. Ueberlebt von A. L. — Der amerikanische Arbeiter. Von R. Kautsky. (Fortsetzung). — Das Ende der skandinavischen Unionstragödie. Von Wilhelm Jansen. — Zur Chemiker Reichstagswahl. Von Hermann Wendel (Chemnitz). — Literarische Rundschau: Marie Wismersla, Die geschlechtliche Belehrung der Kinder. Von O. L.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportageure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Plus. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard.) Abonnement vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Gorchhestr. 69.

Richard Calver. Das Buchjahrjahr 1905. I. Teil. Handel und Wandel. 346 Seiten. Preis: brosch. 9,- M., geb. 10,- M. Verlag G. Fischer, Jena.

Witterungsüberblick vom 26. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C
Emmende	750	SW	3 mäßig	1	Saparanda	756	W	2 Schnee	-17
Darmstadt	750	SW	5 heiter	1	Vietriburg	759	SD	4 bedeckt	-9
Hamburg	752	SW	2 heiter	1	Selbst	750	W	4 Regen	8
Kranz a. M.	756	SW	2 bedeckt	3	Siberden	737	SW	3 halb bed.	3
Wandau	758	SW	5 bedeckt	3	Paris	765	SD	2 bedeckt	6
Wien	758	SW	— bedeckt	0					

Wetterprognose für Dienstag, den 27. Februar 1906. Mild und vielwolkeiger, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Die rapide Steigerung der Abonnenten des „Vorwärts“ — unsere Tagesausgabe beträgt gegenwärtig **104 000** Exemplare — macht es notwendig, den Preis für Inserate vom 1. März d. J. ab zu erhöhen. Wir berechnen von diesem Zeitpunkt ab die sechsgespaltene Kolonelleile oder deren Raum mit 50 Pf., bei mindestens dreimaliger Aufgabe 10% Rabatt. — Familien-Anzeigen wie bisher 40 Pf. — Kleine Anzeigen das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. — Stellengesuche, Schlafstellen- und Zimmergesuche und Angebote das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. — Vereins- und Versammlungs-Anzeigen politischer und gewerkschaftlicher Art, die Zeile 30 Pf.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein!

Berlag und Haupt-Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr:

Zwei Mitgliederversammlungen

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21 und in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. „Unsere Taktik im wirtschaftlichen Kampf.“ Referenten: Reichstagsabgeordneter v. Elm und Frau Steinbach-Hamburg. 2. Verschiedenes. Pflicht der Mitglieder ist es, in diesen Versammlungen vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3953.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Buggenhagen, Moritzplatz, Oranienstr. 147:

Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Lange über: Die spanische Arbeiterbewegung. 2. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit der Meisterkommission betreffs des neuen Tarifs. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Metallarbeiter!

Mittwoch, 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von H. Thiel, Niebörfer Bergstr. 151/152:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen über: Industrie-Konzentration und Gewerkschaftszersplitterung. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Kassierers. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 6 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Ober-Schöneweide u. Umgegend im „Strandischloß“ von Baah.

Tages-Ordnung:

1. Lichtbilder-Vortrag über Nürnberg und seine Kunst. Referent: Herr Stahl. 2. Verbandsangelegenheiten. Wir wünschen, daß die Kollegen und Kolleginnen sich recht zahlreich daran beteiligen.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgegend bei Schellhase, Steglitz, Thurnstr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Die englische Gewerkschaftsbewegung. Referent: Kollege Ramsdorf. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Ohne Nach Eintritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Branchen-Versammlung der Metalldrücker

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Dr. A. Bernstein über: Öffentliche Gesundheitspflege. 2. Diskussion. 3. Der Streik der Drücker bei der Firma Richter. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß alle erscheinen.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Branchenvorstandes und Neuwahl desselben. 2. Wahl der Agitationskommission. 3. Bericht der Arbeitsvermittler und Neuwahl derselben. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:

Versammlung der Gold- und Silber-Arbeiter und verwandter Berufsangehörigen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Samstag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt, Dafenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Kassensbericht. 3. Diskussion. 4. Neuwahlen: 1. Bevollmächtigter, 2. Kassierer, 1. Revisor und 2. Beisitzer. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Unseren Mitgliedern vom Wedding und Gesundbrunnen zur Nachricht, daß die Bibliothek sich im Restaurant von Fahrow, Ravenstr. 6, befindet. Die Ausgabe der Bibliotheksbücher erfolgt jeden Dienstagabend von 8 bis 9 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Parkettbodenleger.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Zaal 2):

Kommissionssitzung mit Vertrauensleuten.

Tages-Ordnung:

1. Wie regeln wir unseren Nachweis? 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen sind die Kollegen verpflichtet, pünktlich zu erscheinen. Die Kommission.

Richtig Deutsch

Lesen und Schreiben erlernen Sie ungenügend und spielend leicht für den Preis von nur 5 M. durch den brieflichen Unterricht der

Handelwissenschaft.

Nachblatt für Kontor und Bureau, Berlin, Pringelstr. 26. 4. Probeblatt gegen 50 Pf. Belegmarken. 90/5*

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Perlen-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Bill. Arbeitsräume (50 bis 500 qm) Mietenstr. 14.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Stellmacher.

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wohlfart, Rosenhalerstraße 57: 81/7

Vertrauensmännerversammlung u. Kommissionssitzung der Stellmacher. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

Freie Vereinigung der Gewerkschaften von Friedrichsberg-Lichtenberg!

Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr:

Protest-Versammlung im Lokale Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee, Ecke Gürtelstr.

Tages-Ordnung:

Die Festlosmachung eines Teiles der Lichtenberger und Friedrichsberger Arbeiterkraft durch das Vorgehen der zentralorganisierten Gewerkschaften bei der Gewerkschaftswahl. Referent: Genosse Julius Gehl. Freie Diskussion. Parteigenossen! Erscheint in Masse zu dieser Versammlung, damit auch jenen Leuten, welche die Veranlassung zu derartig undemokratischen Handlungen gegeben haben, einmal klar gemacht wird, daß die Friedrichsberg-Lichtenberger Arbeiterkraft nicht gewillt ist, das schreiendste Unrecht zuzulassen.

Die Kommission der lokalorganisierten Gewerkschaften Friedrichsberg-Lichtenbergs.

Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Achtung! Tischler und Möbelpolierer!

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere nächste Konferenz und wie gestalten wir in Zukunft unsere Zentralisation? 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum 7. Kongress. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Kollegen. [186/3] Der Vorstand.

Kapitän-Cigaretten

gesetzlich geschützt!

— unerreicht in Qualität durch Mischung —

der feinsten türkischen Tabake.

Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112.

× × Amt VII, 3861. × × 211L*

Kapitän-Kautabak

gesetzlich geschützt!

und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe am besten schmeckt.

(5 u. 10 Pf.-Rollen u. Schleifen.)

— Nur echt mit Zetteleinlage. —

Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112.

× × Amt VII, 3861. × × 212L*

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sekt. d. Gips- u. Zementbranche. Gruppe Rabitzputzer.

Freitag, den 2. März 1906, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung der Gruppe der Rabitzputzer.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zur Beitragszahlung für das Jahr 1906. 2. Verschiedenes.

NB. In dieser Versammlung haben nur die Kollegen Zutritt, die 75 Pf. Beitrag bezahlen. Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert es, daß alle in Betracht kommenden Kollegen zu dieser Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert. 137/9 Der Vorstand.

Verband der Tapezierer — Filiale Berlin. Kleber.

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß ab 1. März dieses Jahres folgende Tarife-Erhöhungen eintreten:

Naturelltapete ohne Vorarbeit mit Borchkreisen	25 Pf.	Kondtapete	30 Pf.
mit Bandstreifen anlegen	3	Angrain, imit. Holzpelour, Excellor un- geloben	35-65
		Relieftapete	60-80
		Oberwand-Naturell, 3 Blatt	85
		Stundenlohn ab 1. März 1906	65-70

Der Ausschlag von 25 Proz. bei Nacharbeiten hat jetzt für alle Monate Gültigkeit. Pflicht eines jeden Klebers ist es, auf den höchsten Preisen zu bestehen, und alle Differenzen, die hieraus entstehen, bitten wir auf dem Verbandsbureau zu melden. Die Verbandsleitung.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Allen lieben Kollegen und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber, unergiebiger Mann und Sohn, unser bergensguter Vater, Schwager, Cousin und Onkel, der Maurer

Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, entschlief sanft nach langem, schweren Leiden im 48. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, der Putzer

Franz Schulze in fast vollendetem 48. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Bernhard Ott. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Verbandes in Friedrichshofe aus statt. 70b

Die trauernde Witwe nebst Sohn und Tochter.

Wwe. H. Schulze u. Töchter. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Verbandes in Friedrichshofe aus statt. 70b

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. (91. Bezirk.)

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Todes-Anzeige. Am 24. d. M. verstarb unser altes Mitglied, der Maurer

Bernh. Ott verstorben ist. 133/14

Franz Schulze. Ehre seinem Andenken!

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Friedens-Gemeinde aus statt. Rege Beteiligung wünscht Die örtliche Verwaltung.

Die Beerdigung findet am 28. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Kirchhofes in Friedrichshofe aus statt.

Stukkateure. Die Beerdigung unseres am Montag, den 19. d. M., im 21. Lebensjahre verstorbenen Kollegen

Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand. 238/10

Alfred Schüller findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Neuen Johanniskirchhofes, Jungfernheide, am Blüthensee aus statt. 173/8

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands. Ortsverein Berlin.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

August Michael. Dies zeigen hiermit Pauline Michael, Witwe, Paul Wehner, Sohn, Wangelstr. 23.

Franz Schulze. Zahlstelle Südost

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichshofe statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 129/7 Der Vorstand.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichshofe statt.

Am Sonntag, den 26. d. M., früh 3 Uhr, verschied nach kurzen schweren Leiden mein geliebter Mann, Vater, Groß- und Urgroßvater, der Schauspieler

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 129/7 Der Vorstand.

August Michael. Dies zeigen hiermit Pauline Michael, Witwe, Paul Wehner, Sohn, Wangelstr. 23.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Todes-Anzeige. Hiermit zur Nachricht, daß unser Bundesmitglied

Herm. Posemann nach kurzem Krankenlager. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt. 635 Die Verwaltung.

Karl Jakob vom Klub „Frohdes Leben“ (Adlerhof) am 25. Februar 1906 verstorben ist. 288/16

Deutscher Senefelder-Bund. Berlin Filiale I. Am 23. Februar 1906 verstarb unser Mitglied, der Steinbrücker

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwochnachtsmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Adlerhof, Reichenstraße 14, aus statt.

Herm. Posemann nach kurzem Krankenlager. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt. 635 Die Verwaltung.

Der Vorstand. A. Brauns, Nebenmalderstraße 50.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Blüthensee aus statt. 129/8

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands. Ortsverein Berlin.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Blüthensee aus statt. 129/8

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Carl Elsemann Zahlstelle Wedding am 24. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Blüthensee aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Karl Elsemann. Zahlstelle Wedding

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Blüthensee aus statt. 129/8

Ehre seinem Andenken!

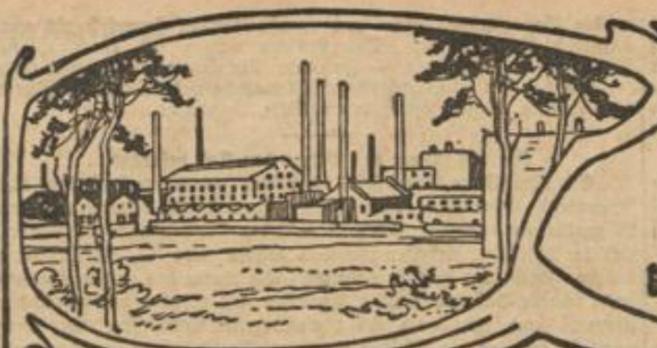
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Blüthensee aus statt. 129/8

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Blüthensee aus statt. 129/8

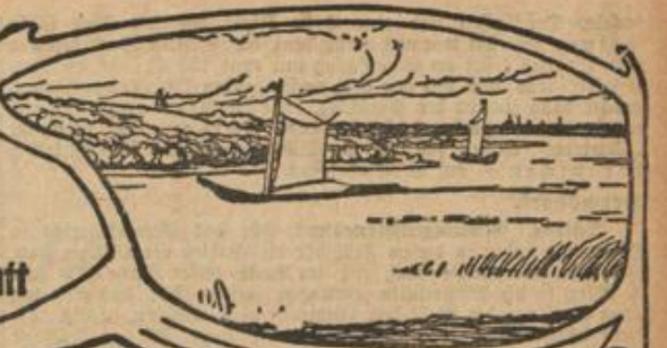
Spree-Blume-Zigaretten.

Otto Pritzko's Berliner Abnormitäten-Theater Münzstr. 16. Neu! Neu! Die Elite-Liliputaner-Truppe die feinsten Vortragstänzer und Sterne der Liliputaner der Welt. Die Haupt-Rünstlerin Margareta Marjet. Hellscherin Armida, wahrhaftige Wunderkame. Pluto, Wunderkame, geb. mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. re. Riesen, Juerge, Phänomen, Latire usw.



Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 48. Dienstag, den 27. Februar 1906.

Inserate Sechsgelbte Kolonelleile 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf-West. Heute Dienstag, den 27. Februar, findet der Diskutierabend im Lokale von Schulz, Berlinerstr. 36 statt. Vortrag des Genossen Martowitsch über: „Die Schule, wie sie sein soll“. Erscheinen notwendig.

Weißensee. Am Mittwoch, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale „Albrechtshof“, Parkstraße 18, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt. Die Kandidaten für die II. und III. Wählerabteilung werden in dieser Versammlung aufgestellt. Da anzunehmen ist, daß auch Gegner anwesend sein werden, so werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Lankwitz. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Einkauf“, Calandrellistr. 27, eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Gr. Lichterfelde-Lankwitz statt. Außer Vortrag steht die Besprechung der Gemeindevahlen auf der Tagesordnung. Diese Besprechungen werden von jetzt ab jeden letzten Dienstag im Monat abgehalten.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

In Friedrichshagen finden am Montag, den 5. März, nachmittags von 5-8 Uhr, die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung in beiden Bezirken der dritten Klasse statt. Ueber die Bezirkseinteilung geben die in einigen Tagen zur Verteilung gelangenden Flugblätter Auskunft. Die Wahl findet statt im ersten Bezirk: Restaurant „Eisler“, Friedrichstr. 97; im zweiten Bezirk: Restaurant „Carl Conrad“, Friedrichstr. 157. Kandidaten sind: 1. Bezirk: Maurer Wilhelm Schmidt, 2. Bezirk: Metzger Hermann Hermann Hermann Grau. Unsere Gegner sind emsig an der Arbeit, um die Vermehrung der ihnen so verhassten sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu verhindern. Die von ihnen für die dritte Klasse aufgestellten Kandidaten mögen ja sonst ganz gute Menschen sein, für die hiesige Arbeiterschaft aber sind sie gänzlich unbekannt, im verborgenen blühende Weissen. Der Haus- und Grundbesitzerverein, der Verein der Ladeninhaber, der Verein der Gastwirte einerseits und der Mieterverein andererseits entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um den Einzug neuer Leute in den Karpfenteich unmöglich zu machen. Vergebliches Bemühen! Wie sagt doch Schiller: „Biel andere zogen vor ihm aus, zu tragen den gewaltigen Strauch, doch keinen sah man wiederkehren.“ Intensivste Agitation unsererseits wird der Mauerwerksarbeit der Gegner hinter verschlossenen Türen ein für allemal ein Ende machen. Wenn die Gegner glauben, die Werkkraft der Sozialdemokratie habe in unserem Orte ihren Höhepunkt überschritten, so sollen sie am Wahltag durch den Massentritt des Arbeiterkorps eines anderen belehrt werden. Darum ist es aber die doppelte Pflicht der hiesigen Arbeiter und Parteigenossen, eifrig für die Wahl zu agitieren, bei Bekannten, in der Werkstätte, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, damit unsere Kandidaten nicht nur gewählt werden, sondern auch mit überwältigender Majorität als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen. Unsere Losung sei: Die dritte Klasse gehört von nun an nur noch der Sozialdemokratie!

In Groß-Lichterfelde finden die Gemeindevorteilwahlen am 2. März statt. Die bei früheren Wahlen, so werden sich auch diesmal unsere Gegner die Hand reichen zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ist aber die Arbeiterschaft auf dem Posten, tut jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit, so ist ein Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten trotzdem diesmal zu erwarten. Die kurze Spinnzeit muß gründlich zur Agitation von Mund zu Mund, in den Werkstätten, auf den Bauplätzen usw. ausgenutzt werden. Kein Arbeiter veräume diese seine Pflicht! Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind: für den Westbezirk: Hermann Senst, Maurer, Mollsestr. 21; Kajpar Wenzel, Heizungsexpedit, Zehlendorferstr. 3; für den Ostbezirk: Kurt Eisner, Schriftsteller, Boninstr. 3.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Aus Rowawes - Reudorf wird uns geschrieben: Die sozialdemokratische Petition an den Gemeindevorstand von Reudorf um Verlegung der Wahlzeit zu den dortigen Gemeindevorteilwahlen in die Abendstunden hat nun doch einen für die Petenten günstigen Erfolg gehabt. Wie wir kürzlich mitteilten, erhielt der Genosse Jester, welcher den genannten Antrag dem Reudorfer Gemeindevorsteher überreichte und begründete, den mündlichen Bescheid, daß der Petition nicht stattgegeben werden würde. Inzwischen hat man sich aber doch eines Besseren besonnen, wie folgendes, dem Genossen Jester am Sonnabend zugegangenes Schriftstück beweist: „Auf Ihr Schreiben vom 19. Februar d. J., die Gemeindevorteilwahlenwahl von 5-8 stattfinden zu lassen, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß Ihren Anträge entsprechend die Wahl der dritte Klasse am Donnerstag, den 8. März, nachmittags von 5-8 Uhr stattfinden soll, nachdem festgelegt ist, daß die Wahlen in Rowawes in derselben Tageszeit stattfinden sollen. Den Mitunterzeichneten wollen Sie hiermit gefl. Kenntnis geben. Obst.“ Wir wollen über die merkwürdige Ansicht, daß sich die Wahlzeit in Reudorf nach derjenigen in Rowawes zu richten hat, keine Worte verlieren, sondern nur unserer Genehmigung darüber Ausdruck geben, daß die öffentliche Kritik, die der erste Bescheid des Gemeindevorstehers in der sozialdemokratischen Presse und in Versammlungen erfährt, nun doch ihre Wirkung getan hat. Öffentlich wird dieser Erfolg für unsere Genossen ein Ansporn sein, die kurze Zeit bis zur Wahl noch fleißig auszunutzen und zu agitieren, damit der 8. März durch die Wahl unserer Kandidaten ein Ehrentag für die Reudorfer Sozialdemokratie werde. Die Wahl findet im Sitzungssaal des Reudorfer Rathhauses statt und werden an den letzten drei Tagen vor derselben im Gemeindevorstand, Zimmer Nr. 1, während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags Legitimationskarten ausgegeben. Die ohne eine solche erscheinenden Wähler müssen für anderweitige Legitimation Sorge tragen, sich auch bei der Zulassung zur Stimmabgabe eine Zurüststellung hinter die mit Karte erscheinenden Wähler gefallen lassen. Wer es von den Genossen also möglich machen kann, besorge sich im Interesse einer schnellen und ungestörten Erledigung der Wahlhandlung eine amtliche Legitimationskarte.

Städtisches Reudorf! In Reudorf haben unsere Genossen kürzlich ein Flugblatt verbreitet, in dem unsere Forderungen dar-

gelegt sind, die wir auf kommunalpolitischen Gebiete erheben. Der Friedenauer Moniteur findet, daß die „meisten“ Forderungen davon in der Gemeinde Friedenau bereits durchgeführt sind und die dortigen Gemeindevertreter nicht notwendig hätten, von der sozialdemokratischen Partei erst darauf hingewiesen zu werden. Einzelne andere Forderungen, die ebenfalls in diesem Programm aufgeworfen sind, seien bereits und andere würden in aller nächster Zeit in der Gemeindevertretung beraten. Also der reinste Zukunftsstaat ist in Friedenau schon vorhanden und das alles durch die bürgerlichen Vertreter. Und da sind die Arbeiter so einsichtslos, diese Herren nicht wiederwählen zu wollen! Undankbare Menschen! Warum mögen sich denn nur diese Herren so sträuben, Sozialdemokraten in ihrer Mitte zu haben?

Der sozialdemokratische Wahlverein von Treptow - Baum - schulenweg hat bekanntlich zur Gemeindevorteilwahl als Kandidaten die Genossen Gerich und Karow aufgestellt. Weil vier Stimmen gegen Karows Kandidatur waren, läßt sich der Treptower Wahlgewinn berichten, Karow wäre nur mit 30 Stimmen aufgestellt worden. Der Berichterstatter muß in der Versammlung geschlafen haben, sonst könnte ihm das nicht passieren, er verwechselt nämlich einen anderen Punkt der Tagesordnung mit der Kandidatenaufstellung. Das ist aber gleichgültig; es wird eben berichtet, weil der Verleger jedenfalls seinen gläubigen Lesern alles bieten kann. Ueberhaupt hat es Genosse Karow diesem Herrn angetan, denn er hält ihn nicht für geeignet zu diesem Amte. Das glauben wir ihm gern, aber er wird lange warten können, bis wir ihn danach fragen, wen wir aufstellen sollen. — Am Freitag hielten die fünf „Parteien“ eine sogenannte öffentliche Wähler-versammlung ab. Es waren nur circa 50 Männchen erschienen. Wie ein zu dieser Versammlung einladendes Flugblatt sagt, soll mit „vereinigen“ Kräften gegen die Arbeiterschaft losgezogen werden. — Sie mögen nur losziehen. Wir werden mit ihnen schon fertig werden. Tue nur jeder Arbeiter seine Pflicht und helfe kräftig mit an der Wahlarbeit, dann werden unsere Genossen mit großer Majorität den Sieg davontragen.

Charlottenburg.

Im Café eröffneten. Ein aufregender Zwischenfall fand gestern nachmittags in dem Café und Konditorei von Eduard Krause in der Kantstr. 122 in Charlottenburg statt. Ein fremder Gast trat gegen 3 Uhr in das Café ein und fiel durch sein erregtes Wesen den übrigen Gästen auf. Er bestellte sich eine Tasse Kaffee und verlangte nach einer Zeitung, in deren Lesüre er sich anscheinend vertiefte. Plötzlich ertönte ein Knall und der Fremde stürzte entsezt zu Boden. Unbemerkt hatte er hinter dem Zeitungsblatt einen Revolver hervorgeholt und sich eine Kugel in die Schläfe gejagt. Der sofort von der Unfallstation XX hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. In dem Selbstmörder wurde ein Kaufmann Müller aus der Wichmannstraße in Charlottenburg rekonozitiert. Die Leiche kam ins Schauhaus.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Die heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause stattfindende ordentliche Generalversammlung der Charlottenburger Freien Volkshöhle, auf die wir an dieser Stelle nochmals hinweisen, wird durch einen Vortrag des Herrn Dr. Broß über „Berthold Hauptmann“ eingeleitet werden. — Die nächste Vorstellung findet am Freitag, 10. März, statt. Zur Aufführung an diesem ersten Theaterabend des neuen Geschäftsjahres gelangt Leop. Kamps' Revolutionsdrama „Am Vorabend“. Die Mitglieder werden dringend gebeten, noch vor diesem Termin die abgelassenen Mitgliedsorten bei ihren Zahlstellen gegen neue umzutauschen, da am letzten Tage der Andrang zu groß und die Arbeit des Ausschreibens nicht ohne Unbequemlichkeiten zu bewältigen sein würde. Neueintretende Mitglieder, die den Wunsch haben, bereits der Aufführung des Kampfschen Dramas beizutreten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei Anmeldungen, die nach dem 13. März eintreffen, eine rechtzeitige, für diese Vorstellung bereits gültige Aufnahme in den Verein statutenmäßig nicht mehr möglich ist. Zahlstellen sind: E. Müller, Rosinenstr. 3 (Volkshaus); A. Will, Kirchstr. 30; Friedr. Paesler, Schallerstr. 8; Franz Schmidt, Wilmersdorferstr. 130; Konsumverein, Wilmersdorferstr. 27; Konsumverein II, Potsdamerstr. 12; Gustav Bigalle, Schloßstr. 2a; Wilhelm Murrer, Wilmersdorfer, Eislerstr. 14; Käster, Wilmersdorfer, Lauenburgerstr. 20.

Rixdorf.

Für Schulbauten hat der Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung den Ankauf von drei neuen Grundstücken beschlossen. Die Kosten beziffern sich rund auf eine halbe Million Mark. In den für diese Grundstücke in Aussicht genommenen Gebäuden werden 120 Schulklassen Aufnahme finden. Auf jede einzelne Klasse entfällt für Grundwert und Baukosten ein Betrag von circa 16 000 bis 17 000 Mark.

Unser am Freitagvormittag vom Postneubau abgestürzte Genosse Karl Prose ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag schweren Verletzungen erlegen. Da die Leiche polizeilich beschlagnahmt ist, kann der Zeitpunkt der Beerdigung noch nicht angegeben werden.

Prose gehörte zu den Parteigenossen, die jahrelang in emsiger Tätigkeit für die Partei wirkten. Immer, wenn die Partei rief, war Prose auf dem Posten. Längere Zeit arbeitete er als Bezirksführer des 13. Bezirks nach besten Kräften für unsere Sache. Die Parteigenossen betrauern das Geschick des im Dienste der Arbeit verunglückten Genossen und werden ihn in ehrenden Andenken behalten.

Der Entwurf einer Polizeiverordnung für die neu errichtete Freibank lag der letzten Stadtverordnetenversammlung zur gutachtlichen Aeußerung vor. Es wird darin die obligatorische Benutzung der Freibankeinrichtungen für sämtliches beanstandete Fleisch bestimmt. Aber auch auswärts untersuchtes und eingeführtes Fleisch dieser Art soll zugelassen werden können, wenn die zuständige Deputation dies genehmigt. Mit Recht wurde von sozialdemokratischer Seite diese Bestimmung bekämpft, weil es sicher nicht im Interesse der städtischen Bevölkerung liegen kann, daß auch noch von auswärts minderwertiges Fleisch zugeführt wird. Es wurde dem gegenüber versichert, daß nur verschwindend seltene Ausnahmen in Frage kommen. Die Abgabe des Fleisches erfolgt nur in Mengen von höchstens zwei Kilogramm an denselben Tage und für denselben Haushalt. Gast- und Speisewirte erhalten nur nach polizeilicher Genehmigung Fleisch von der Freibank; Wurstfabrikanten und Fleischhändler sind als Abnehmer vollständig ausgeschlossen.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der Dreimonatskalendar für 1906 wurde von der Majorität dergestalt angenommen, daß vom 1. April ab sämtliche Straßenlaternen bis 12 Uhr nachts brennen, von da ab werden 177 Nachtlaternen Beleuchtung spenden. — Ein Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerlisten wurde berücksichtigt. — Die Kommission für Errichtung einer höheren Mädchenschule machte folgende Vorschläge, welche auch angenommen wurden: Die Leiterin der ehemaligen Privatschule ist nicht an die neue Anstalt zu übernehmen. Es wird ihr eine Entschädigung für die Abgabe der Schule an die Gemeinde von 4000 M., für die Uebereignung der Lehrmittel und Einrichtungsgegenstände eine solche von 900 M. gewährt, außerdem 400 M. für Mietverbindlichkeiten. Das Schulgeld wird für die drei unteren Klassen auf 100 M., für die übrigen auf 120 M. jährlich festgelegt. Freistellen sind mindestens 5 Proz. vorzusehen. Die Schule wird in dem von der Gemeinde angekauften Buchmannschen Grundstück in der Parkstraße untergebracht. — Ein Antrag des Fabrikbesizers Kulkberg um Abänderung des Elektrizitätsvertrages gab Veranlassung, nochmals eine Kommission einzusetzen, welche den Vertrag erneut prüfen soll. Man kommt so leicht dahinter, daß man sich mit dem Vertrage eine schwere Last aufgedrückt hat und versucht zu retten, was noch zu retten ist. — Die Erhöhung der Hundesteuer auf 25 M. hat einen Entrüstungsturm der Hundebesitzer gezeitigt und es wurden verschiedene Petitionen eingereicht, darunter auch eine des Grundbesitzervereins. Die Gemeindevertretung ließ sich aber von der Richtigkeit der Herabsetzung der Hundesteuer nicht überzeugen, und es bleibt beim alten. — Die Schaffung einer Kammerei-Inspektorstelle verursachte eine ausgedehnte Debatte. Der Herr Vorsteher sowohl wie sein Stellvertreter gaben zu erkennen, daß die Kaufgeschäfte so im argen liegen, daß an eine Beratung des Etats vor der Hand nicht zu denken ist; betrübend war die Aeußerung, daß ihnen zu wenig zuverlässiges Beamtenpersonal zur Verfügung stände. Wie ein Blick aus heiterem Himmel wirkte diese Aeußerung auf die bürgerlichen Herren, die nunmehr ihre vorgefaßte Meinung änderten und die Stelle bewilligten. — Die unerquicklichen Debatten über die Bewilligung einer Dienstwohnung an den Gemeindevorsteher haben nun auch ihre Erledigung gefunden. Der in geheimer Sitzung mit einer Stimme Mehrheit gefasste Beschluß, die ehemalige Wohnung des verstorbenen Amtsvorstehers als Dienstwohnung für 1000 M. Entschädigung dem neuen Gemeindevorsteher zu überlassen, hat derselbe angenommen und sind nunmehr noch für die bewohnbare Herrichtung der Villa 800 M. bewilligt. Die Summe ist deshalb so hoch, weil die Erben des verstorbenen Amtsvorstehers Feldmann nicht nur die Kuchenschule, sondern auch die Badeeinrichtung mitgenommen haben. — Der Schöffe Wälchow hat seinen Posten niedergelegt, die Gemeindevertretung hat keinen großen Verlust, denn während seiner langjährigen Tätigkeit hat man weiter von ihm nichts gehört als bei namentlichen Abstimmungen je nach den Verhältnissen die Worte „Ja“ oder „Nein“.

Steglitz.

Die Anekdote eines geprägten Ritters klingt es aus dem Bericht über die Versammlung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der „Stegl. Zig.“, der anscheinend von „betelligter Seite“ verfaßt ist. Der Verfasser sucht sich damit zu trösten, daß die Versammlung zu ungenügender Zeit stattfand, dieweil unsere „Bürgerchaft“ bis an die Ohren in den Vorbereitungen zur Silberhochzeit und zu den Gemeindevahlen stecke. Das mag immerhin ein Trost sein, wenn auch ein schlechter. — Aber eine Raibität des Berichtes müssen wir noch der weiteren Öffentlichkeit mitteilen. Aus der Tatsache, daß eine ganze Anzahl unserer Anhänger mit „Angstschreien“ bedeckt zur Versammlung gingen, weil sie nachmittags einem verstorbenen Freunde und Kollegen das letzte Geleit gegeben hatten, folgert der geärgerte Reichsverbandler, daß diese Parteigenossen von der Abfahrt geleitet waren, sich einen „bürgerlichen Ansehen“ zu geben. O, heilige Einfall! Wäre das wirklich beabsichtigt gewesen, dann wären unsere Freunde nicht im Zylinderhut, sondern mit einer möglichst großen — Schlafmütze, geschmückt mit einer schwarz-weißen roten Quaste, erschienen. — Etwas mehr Menschenkenntnis sammeln, Herr Scribist, dann erparen Sie sich in Zukunft vielleicht manche Blamage in Berichten und Reichsverbandes-versammlungen!

Groß-Lichterfelde.

Morgen, Mittwoch, den 28. d. M., abends 8 Uhr, findet im Reifenschen Lokale hiersehbil, Chausseestr. 104, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gewerkschaftsartelle in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Referent: Genosse Link-Berlin. 2. Diskussion.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist recht zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Das Gewerkschaftsartell für Groß-Lichterfelde und Umgegend.

Stralan.

Ueberrfahren wurde gestern nachmittags das vier- bis fünfjährige Kind des Arbeiters Kühnemann, Alt-Stralan 58. Das Kind wollte über die Straße gehen, als ein Wagen der Straßenbahnlinie Gellert Bahnhof-Treptow herangefahren kam. Es geriet unter die Räder und wurden ihm Kopf und Beine abgefahren.

Zehlendorf.

In siedendem Blei geküht ist am Sonnabendnachmittag in Zehlendorf der Arbeiter A. Zwischen Zehlendorf und Klein-Wachnow finden gegenwärtig Verlegungen von Druckrohren statt, die durch die Führung des Zeltowkanals bedingt sind. A. stand auf einem ungeheuren Rohre, um die Verbindungsstelle zu löten, als er plötzlich abglitt und mit dem rechten Fuße in den Weistiegel geriet. Die flüssigen Bleimassen spritzten empor und bedeckten den Fuß und Unterschenkel des Arbeiters bis fast hinauf zum Knie. Der Unglückliche erlitt entsetzliche, teilweise bis zum Knochen gehende Brandwunden. Er wurde, nachdem ihm an Ort und Stelle ein Rotverband angelegt worden war, nach dem Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde übergeführt.

Wannsee.

Die „patriotischen“ Vereine von Wannsee mühten natürlich die „Silberhochzeit“ auch durch würdige Veranstaltungen feiern. Sie richteten deshalb eine Eingabe an die Gemeindevertretung ein zwecks Uebereignung von 300 M. aus der Gemeindefasse für den sehr löblichen Zweck. Das Geld wurde natürlich bewilligt. Als dann aber die Abgeordneten der patriotischen Vereine eines Tages sich versammelten, um das Festprogramm aufzustellen, ergab sich, daß man die 300 M. eigentlich gar nicht unterzubringen wollte. Punkt Bed-

fadeln, Druckachen und eine Wüste Ihrer Majestät (eine solche seiner Majestät war noch vorhanden), desgleichen Wüstendeflation und Diverses kostet im Vorkauf nur rund 150 M. In der Nationalität, was nun mit den noch verbleibenden 150 M. anzufangen, machte dann jemand den Vorschlag, diese in vier anzulegen, was denn auch beschlossen wurde. Die Wamsseer „Patrioten“ können sich nun zur Silberhochzeit auch hier-patriotisch herausheben — auf Gemeindefkosten.

Hermisdorf.

Wahlung, Gewerbegerichtswahlen! Für das Gewerbegericht in Hermisdorf finden in diesem Frühjahr die Wahlen der Weisler statt. Jeder Wahlberechtigte muß sich im Laufe dieser Woche (bis zum 3. März) in die Wählerlisten eintragen lassen. Wer das nicht tut, kann am Tage der Wahl sein Wahlrecht nicht ausüben. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Arbeiters, diese kurze Zeit zu kräftiger Agitation zu benutzen, damit die Eintragung in die Wählerliste nicht verkannt wird.

Teltow.

Die umfangreichen Diebstähle in der hiesigen Porzellanmanufaktur, über welche wir feinerzeit berichteten, haben jetzt vor dem Schöffengericht des Landgerichts II ihre Abhandlung erfahren. Sämtliche Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen in Höhe von zwei bis sechs Wochen. Nur zwei wurden freigesprochen.

Berliner Nachrichten.

Das huldigende „Volk“.

Die Prinzenbraut, die heute heiraten will, ist gestern in Berlin eingetroffen. Von den Angehörigen ihres Bräutigams, der Familie des Kaisers, wurde sie festlich bewillkommen.

Anderer Leute brauchte das eigentlich nichts anzugehen. Aber da Prinzenbräute nicht in schlichter Equipage ankommen, sondern mit großem Gepränge „eingeholt“ werden, so mußte auch das „Volk“ dabei sein, damit es der Braut des Kaiserjohnes den üblichen Empfang bereite. Das „Volk“, das heißt die Neugierigen, die von Mittag an die Einzugsstraße besetzt hielten, um nach vier- bis fünfknöchigen Warten am sinkenden Abend die Galakutschen des Festzuges bestaunen zu dürfen.

„Schaupöbel“ pflegt man solche müßigen Gaffer zu nennen, wenn man sich despektierlich ausdrücken will. Als „Schaupöbel“ mag sie mancher eskimiert haben, der sie so in langen, dichten Reihen die Vordrücken säumen sah. Zum „Schaupöbel“ hat sie vielleicht sogar mancher von denen gezählt, die in glühenden Kutschen an ihnen vorüberfuhren. Aber da geschähe ihnen bitteres Unrecht. Das „Volk“, das da gekommen war, um der Prinzenbraut zu „huldigen“, und ausharrte in Geduld, bis es Hurra schreien durfte, bestand aus lauter sehr honetten Leuten, die man sonst wirklich nicht als „Pöbel“ eskimiert. Ja, wenn es Arbeiter gewesen wären! Aber wo hätten die die Zeit hernehmen sollen, einen halben Tag lang auf der Straße umherzustehen — selbst wenn sie Verlangen danach gehabt hätten!

Also es war kein „Pöbel“. Dementsprechend benahm sich auch die Polizei, die die nötigen Abperrungen zu besorgen hatte. Einige besonders Anspruchsvolle werden sich ja wieder darüber beklagen, daß sie „angeschnauzt“ worden seien. Die Ahnungslosen sollten mal das Amt eines Streifenpostens übernehmen, da würden sie bald ihre Ansprüche herabsehen lernen. Verdrießlich für das „huldigende Volk“ war nur, daß die Abperrungen so sehr zeitig begannen. In dem „Festprogramm“, das der „Koslanzeiger“ veröffentlicht hatte, stand zwar zu lesen: „3 Uhr Beginn der Abperrungen“. Aber als wir kurz vor 2 Uhr von den „Linden“ in die Friedrichstraße einbogen, bemerkten wir, daß an der Kranzlerede und weiterhin an der Behrenstraße diese Nummer des „Festprogramms“ bereits flott ekräftigt wurde. Hinans durfte jeder, hinein niemand mehr — und hinüber auch nicht.

Nachher wurden bald auch die anderen „Linden“-Uebergänge gesperrt und schließlich war wieder einmal die ganze Stadt halbiert durch eine Linie, die vom Tiergarten bis in die Kaiser Wilhelmstraße hineinreichte. In der Königgräberstraße an der Südfseite des Brandenburger-Tores schimpfte ein Arbeiter (diese Menschen sind nie zufrieden!), er wolle nach Moabit und wisse nicht, wie er dorthin gelangen solle. Der Umweg über Charlottenburg war ihm zu weit. Einer, der es gut mit ihm meinte, rief ihm: „Ja, lieber Mann, wenn Sie arbeiten wollen, müssen Sie sich einen anderen Tag dazu aufsuchen.“

Als der Zeitpunkt herannahte, an dem der Zug sich von Velleue aus in Bewegung setzen sollte, begann ein feiner Sprühregen. Es war ein Glück, daß er sich nicht zu einem richtigen Regenguß entwickelte. Sonst wäre am Ende die Begeisterung so gründlich abgekühlt worden, daß alles nach Hause gelaufen wäre, bevor noch die erste Galakutsche sichtbar wurde. Der Prinzenbraut blieb solches Malheur erspart. Man harrte aus, bis sie kam und man sein Hurra schreien durfte.

Auf dem Pariser Platz standen die Vertreter der Stadt Berlin, an der Spitze Herr Kirchner, unser Oberbürgermeister. Er hielt mit devotestem Blickling die übliche Ansprache: „Durchlauchtigste Hoheit! Gnädigste Herzogin!“ Er bat die junge Braut, „den ehrfurchtsvollsten Willkommensgruß der städtischen Behörden und der gesamten Bürgerschaft gnädigst anzunehmen“. Der „gesamten“ Bürgerschaft! War das nicht schön gesagt?

Von den Silberhochzeit-Gratulanten, die zum Teil bereits am Sonntag im Königsschloß vorgelesen wurden, sind für uns Berliner die interessantesten die Vertreter unserer Gemeindebehörden. Für den Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt war, wie billig, Herr Oberbürgermeister Kirchner hingegangen, und als Begleiter war ihm Herr Bürgermeister Reide mitgegeben worden. Die Stadtverordneten-Versammlung wurde repräsentiert durch vier Mann, durch den Vorsteher Herrn Langerhans und seinen Stellvertreter Herrn Michaelis sowie durch Herrn Cassel und Herrn Mommsen. Da an demselben Tage noch zahlreiche andere Gratulations-Deputationen ihr Pension zu absolvieren hatten, so mußte ein abgekürztes Verfahren befolgt werden. Den Vertretern der Städte widmete der Kaiser keine längeren Ansprachen, auch nicht der Deputation von Berlin. Schade! Den Herren Kirchner, Langerhans, Cassel usw. hätten wir es von Herzen gegönnt, daß ihnen wieder einmal recht deutlich gesagt worden wäre, wie man im Schloß über sie denkt. Sie selber freilich werden „ihrem Schöpfer gedankt haben“, daß diesmal keine Zeit zu langen Reden war. Vorgeschiedt haben mag ihnen der Kaiser, der im Jahre 1888 den freijährigen Rothausgroßen Berlin zuteil wurde, als sie im Schloß antraten, um ihrem König das Ergebenheitsgeschenk des Begassischen Brunnens darzubringen, der als ein Denkmal jener Zeiten den Schloßplatz schmückt.

Die Gemeinde Treptow beabsichtigt eine neue Gemeindefeuerwehr, eine Pumpstation, eine Feuerwache, ein Straßenreinigungsdépôt, einen öffentlichen Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

eine Steueramnahme, ein Meldebureau und ein Polizeibureau mit Beamtenwohnungen zu erbauen und hat sich an den Magistrat von Berlin wegen der Ueberlassung von Grundstücken gewandt. Dieser ist bereit, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, passende Grundstücke zum Preise von 20 M. pro Quadratmeter zu überlassen. Das Straßenland will der Magistrat vor diesen Grundstücken mit 4 M. pro Quadratmeter abtreten.

In Buch soll ein neues Vorwerk errichtet werden. Die erforderlichen Neubauten sind mit 230 000 M. veranschlagt. Dies Vorwerk soll eine landwirtschaftliche Musteranlage werden und natürlich mit Feldbahnen, elektrischer Kraft, elektrischer Beleuchtung, Speichersanlagen, Musterstellungen mit netten Familienhäusern für die Arbeiter ausgestattet werden.

„Ist Heine eines Denkmals wert?“

Die Tatsache, daß sich eine Reihe Schriftsteller zu einem Komitee zusammengesetzt haben, um Heinrich Heine in Deutschland ein Denkmal zu errichten, hat unsere Pfaffen und deren Gelächter wieder aus dem Häuschen gebracht. Schon vor Jahren erhoben sie einen Skandal, als in Düsseldorf ein Heine-Denkmal errichtet werden sollte; sie erreichten auch ihr Ziel, es wurde nichts aus dem Plan. Und weil jetzt der Plan von neuem aufsteht, speien speziell die Christlichsozialen Gift und Galle. Am Freitagabend hatten sie sich in den Germania-Sälen versammelt, um die obige Frage zu behandeln. Stöder und Mumm waren die Redner des Abends. Abstoßend und widerlich aber nicht es, Stöder zu hören, wie er mit salbungsvollem Ton die niedrigsten Schimpfworte gegen Heine schleuderte, Schimpfworte, die nur Stöder selbst herabsagen könnte. „Ein Schmuß ist er, ein Lump, so muß man den Mann auffassen“, rief der Hofprediger a. D. und alles jauchzte Beifall, ausgenommen ein kleiner Teil der Versammlung, der aus Neugierde oder des Mutes wegen gekommen war, etwa wie man in eine Jahrmarktshöhle geht. Von diesen Besuchern konnten einige ein ehrliches „Bravo!“ nicht unterdrücken, als aus Heines Becken manches kräftige Sprüchlein gegen die Ruder und Philister vorgelesen wurde. Voller Wut rief Stöder diesen Bravourstücken zu: „So gehen Sie doch hinaus, und stellen Sie sich neben einen Haufen Mist, dann haben Sie Ihr Denkmal für Heine!“ — Und der Mann war Hofprediger.

Herr Lic. Mumm trat als erster Redner auf und verschänzte sich hinter einer ganzen Reihe von Ausschücheln, die allerlei Männer von Ruf einmal gegen Heine getan haben. Mumm verdrehte die Augen über den Gotteslästerer und den unfittlichen Heine, und erklärte, daß Jünglinge aus dem Wege zum Verderben immer einen Rand von Heine mitschleppen. Mumm war ziemlich langweilig, aber Stöder brachte bald „Leben in die Hude“.

Es wäre eine nationale Ehrlosigkeit, so schimpfte er, wenn man diesem Juden Heine ein Denkmal setzen wollte, diesem Beschimpfer des deutschen Volkes, der deutschen Fürsten und der deutschen Geschichte.

Ein drohnendes Lachen aus der Versammlung erfolgte, als Stöder in heller Wut ausrief: „Dieser Lumpenkerl hat unsere deutschen Farben verglichen mit den Farben, die der Affe am Steiß hat.“

Und während das deutsche Volk nach einem Kaiser seufzte, habe Heine den Kaiser von Köln vorgeschlagen. Schauerlich tönte es durch den Saal, als Stöder die Worte von Heine vorlas: „Und bedenkt ich die Sache ganz genau, so brauchen wir gar keinen Kaiser.“

Ueber den sittenlosen Heine schlug Stöder die Hände über dem Kopf zusammen. Heine sei ein pervertierter Mensch gewesen, in seinen Gedichten wollte er die Frauen aus dem Grabe herausholen, um mit ihnen geschlechtliche Missetaten zu treiben. Ein Prediger der freien Liebe sei er. Dieselben Leute, die Weibels „Frau“ gern lesen, steuen sich auch über solche Art von Liebesliedern, wie sie Heine gedichtet hat.

Demittelendwert sei der Religionsfeind Heine. Der Mann habe große Talente gehabt, es hätte etwas aus ihm werden können, aber „die heiligsten Gedanken werden zu Dred“, wo er sie bearbeitet; seine Gotteslästerungen seien himmelschreiend! „Nur verblendete Juden, sittenlose Deutsche, vaterlandslose Sozialdemokraten wünschen ein Denkmal für Heine.“ Es wäre ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes, ein solches Denkmal zu errichten.

Das sind nur einige Proben aus den vielen Schimpfereien, Lügen und Verleumdungen über Heine, die man in jener Versammlung hören konnte. Daß auf die Juden gehörig losgehaut wurde, wobei Casselle, Marx, Singer, Stadthagen nicht vergessen wurden, versteht sich bei den Christlichsozialen von selbst.

Unwillkürlich fallen uns die hübschen Verse Heinrich Heines ein:

Ich lache ob den abgemackten Laffen,
Die mich anlocken mit den Bodagesichtern;
Ich lache ob den Füchsen, die so niuchtern
Und hämisch mich beschneßeln und begoffen.

Ich lache ob den aufblähten Affen,
Die sich aufblähen zu stolzen Geistesrichtern;
Ich lache ob den feigen Vögelweibern,
Die mich bedrohen mit giftgetränkten Waffen.

Einem eigenartigen Schwindel hat der Buchhalter Karnin, der bei dem Kaufmann H. Hirschhoff, Kochstr. 3, in Stellung war, ausgesetzt. Als Hirschhoff Ende Januar dieses Jahres nach Hamburg fahren mußte, richtete K. an den Juwelier Königberger, Friedrichstraße, ein gefälschtes Schreiben, in welchem er als Hirschhoff bat, an K. als Angestellten den Betrag von 200 M. zu zahlen. Rückzahlung werde sofort erfolgen, wenn H. von Hamburg zurück sei. Da dem Juwelier K. bekannt war, daß Herr H. mit seinem Bruder nach Hamburg fahren wollte, zahlte er dem Karnin die verlangte Summe anstandslos aus, zumal in dem gefälschten Schreiben gesagt war, daß dieses als Leihung gelten sollte. Erst nachdem Herr H. aus Hamburg zurückgekehrt war, stellte sich der Schwindel heraus. Karnin ist seit Ende Januar verschwunden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 23. d. Mts. ist in Dresden eine unbekannte weibliche zirkä 30 jährige Leiche aus der Erde gezogen. Die vorgefundene Kleidung war ziemlich elegant. Die Bekleidungsgegenstände waren aus dem Hemd durch Herausziehen der roten Wamsfäden und aus dem Taschentuch durch Herausnehmen entfernt. Bei der Leiche wurden Marken mit dem Aufdruck „Freier Robatt-Spar-Verein“ in Hand Lützenstadt und Osten“ vorgefunden, weshalb vermutet wird, daß die Person in Berlin gewohnt hat. Die Leiche ist 1,58 Meter groß, dunkelblond, Augen braun, Augenbrauen bedäunend und stark, Nase lang, Ohren übermittel, Zähne gut gepflegt, ein Augenzahn fehlt, Gesicht lang und oval, schlanker Körperbau, schmale, zarte Hände. Bekleidet war sie mit schwarzem Mod. schwarzem Jackett mit feinem Besatz, schwarzem Hut mit einem Vogel garniert, schwarzen Knöpfstiefeln, weißem Hemd, grau-blau-wollenen Unterrock mit gestickter Kante, blau- und rot-gestreifter Wadenhose mit weißem Band, schwarzen Strümpfen. Ferner wurde vorgefunden: 1 unedte Broche mit drei grünen Steinen, 2 Schlüssel, 1 Portemonnaie mit 5,37 M., ein schwarzer Trikothandschuh, 1 Pelzboa. Angaben über die Persönlichkeit der Leiche werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium Zimmer 324 zu 1471 IV/4. 06 entgegen genommen.

Schwere Unglücksfälle. Auf einem Aepfelsaß am Sonnabendabend die Schifferfrau Lessers aus Hamburg schwer zu Schaden. Von der Rille, die am Kronprinzener-Ufer vor Anker liegt, fährt eine Vollenlage nach dem Ufer, und als Frau L. diese passieren wollte, brach das Gefäß plötzlich ein und die Schifferfrau stürzte in die Tiefe hinab. Schwerverletzt wurde die Unglückliche davongetragen. — Durch einen rücksichtslosen Knüttler wurde der Hochleger Gustav Werner so schwer verletzt, daß er dem Elisabeth-Krankenhaus zugeführt werden mußte. Beim Ueberfahren der Wielandstraße geriet W. durch die Unachtsamkeit eines Breckführers

an die Wagenstange heran und wurde sofort innerlich als auch äußerlich schwerverletzt. Der Knüttler entzog sich durch eilige Flucht seiner Feststellung. — In dem Krankenhaus Westend fand der Knüttler Petich, Münchenerstr. 33 wohnhaft, der bei einem Sturze vom eigenen Wagen schwer verunglückte, Aufnahme.

Vor den Augen des Vaters den Tod gefunden.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Sonnabend kurz vor Feierabend beim Bau des neuen Köpender Wasserwerkes in den Müggelbergen ereignet. Es wird dort ein Tiefbrunnen ausgebohrt, und der 18jährige Arbeiter Gottlieb Jähres war in die Öffnung hinabgestiegen, um dort zu arbeiten. Der Vater des jungen Mannes hatte seinem Sohne von oben zugehört und plötzlich verstand der junge J. und ihm nach fielen einfüßende Erdmassen. Der Verunglückte war an den Wasserspiegel des Grundwassers geraten und bei dem nun folgenden Erdinsturz mitgerissen worden. Da sich die sofort angestellten Rettungsversuche der Arbeitskollegen als fruchtlos erwiesen, wurde die Köpender Feuerwehr herbeigerufen. Doch auch ihre Bemühungen waren erfolglos. Erst nach zweistündiger Tätigkeit gelang es, die Leiche des J. zu bergen.

Aus der Selbstmordchronik. Wegen unheilbarer Krankheit hat am Sonntag nachmittag die 20 jährige Fabrikarbeiterin Agnes K. aus der Koloniestraße 27 Selbstmord verübt. Die Unglückliche vergiftete sich mit Lysol. Bevor man etwas von ihrem Vorhaben merkte, war sie den Wirkungen des Giftes erlegen. Die Leiche wurde dem Schauhause zugeführt. — In der Obersee bei Treptow zu ertränken versuchte sich die 23 Jahre alte Frieda J. Das junge Mädchen hatte mit einem Buchhalter ein Liebesverhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. In der Nähe der Bahnüberführung bei Treptow sprang sie in die Spree, wurde jedoch trotz verzweifelter Gegenwehr aus dem Wasser herausgezogen. Das junge Mädchen ist in das Kreis-Krankenhaus Brieg gebracht worden und hat dort bereits einem Kraben das Leben gegeben. — In dem Modestyl Lysol hat auch der Arbeiter Albert K., Glafowstr. 31, gegriffen. K. war häufig mit seiner Frau in Streitigkeiten geraten und um diesen in der Zukunft aus dem Wege zu gehen, vergiftete er sich mit Lysol. Man brachte ihn nach dem städtischen Krankenhaus in Rigdorf, wo er jedoch bald starb.

Aus Eifersucht in den Tod. In aller Frühe ist gestern der 32 Jahre alte Maler Karl Zimmer in dem Hause Straßburgerstraße 51 in den Tod gegangen. Seit mehreren Monaten unterhielt er ein Liebesverhältnis mit der 25jährigen Kellnerin Ernestine Kammel, die in der Wirtschaft „Zur gemütlichen Ausländerin“ in der Strelitzerstraße bediente. Zimmer besuchte öfter das Wirtschaftshaus seiner Frau und ärgerte sich, daß sie zu den dort verkehrenden Herren freundlich war, wie es ihr Amt verlangt. Gestern bemächtigte sich seiner eine grenzenlose Eifersucht. Ernestine K. traf gleich nach 11 Uhr aus dem Geschäft in ihrer Wohnung ein, wo sie Zimmer erwartete. Er brachte einen Revolver zum Vorschein. Die K. mußte nach Lage der Sache annehmen, daß er sie zu erschließen beabsichtige und entfiel aus der vierten Stock belegenden Wohnung zu dem Hauswart, der ein Wirtschaftshaus im Erdgeschoß betreibt. Dieser kehrte mit dem Mädchen in die Wohnung zurück. Die Zwischenzeit hatte J. aber benützt, um sich durch einen Revolvererschuss in die Brust zu töten.

Ein Doppelgänger des Raubmörders Hennig konnte am Sonntag auf dem Polizeipräsidium festgestellt werden, und zwar als der am 8. September 1898 in Preientalbe a. D. geborene gewerksmäßige Einbrecher Paul Michaelis, der die Berliner Polizei seit 1880 beschäftigt. Zuletzt wurden ihm 1898 sechs Jahre Zuchthaus zuerkannt. Während der Strafvorbereitung in Hamburg wurde er vom „Zuchthausklops“ befallen und nach der Landes- Irrenanstalt in Neu-Ruppin übergeführt. Nach zweijährigem Aufenthalt daselbst brach er aus und hielt sich seitdem verborgen. In der ersten Zeit der Suche nach Hennig wurde er in einer Laubkolonie überfallen, entkam aber, nachdem er dem Handelsmann Bissaroff einen Schuß durch eine Hand beigebracht hatte. Am Sonnabend sagte ihn der Wächter Berndt bei einem Willeneinbruch in Treptow ab; er schoß den Wächter, der — nebenbei bemerkt — Vater von fünf Kindern ist, in den Kopf, wurde aber gleichfalls von dem Wächter durch einen Schuß in den Kopf verwundet. Beide wurden nicht getötet. Michaelis verlor die Verwundung zu entfliehen, wurde aber von anderen Beamten, die durch die Schüsse herbeigerufen waren, verfolgt, und, als er sich wiederum des Revolvers bedienen wollte, durch einen Schlag an den Kopf kampfunfähig gemacht und gefangen genommen. Auf der Polizei verstand er kein Deutsch, sprach vielmehr französisch und nannte sich du Moulon. Der Erkennungsdienst nach dem Vertikonschen System verlagte, weil „Du Moulon“ durch die Schußverletzung einen angeschwollenen Kopf hatte; dagegen wurde seine Persönlichkeit durch die Daktyloskopie ermittelt. Michaelis wurde wegen Einbruchs in Hannover, Hamburg, Meß und einmal in Berlin bestraft.

Eine vergebliche Hennigsuche wurde am Sonnabend früh 1/27 Uhr in der Privatwohnung des Restaurateurs Kohrt, Fruchtstraße, vorgenommen. Ein kleiner sollte Hennig ähnlich sehen. — Ein anderer Mann, der ein kleines Zigarrengeschäft betreibt, hatte vor einiger Zeit geküfert, er glaube, mit Hennig in die Schule gegangen zu sein. Das war kein Glück, denn es dauerte nicht lange, wurde er verhaftet und barik angefahren mit der Frage, wo Hennig sei, und wo er die grünen Latschen gelassen habe. Natürlich wußte er das nicht und mußte auf dem Präsidium bleiben, um dann nach Moabit gebracht zu werden. Nach einem kurzen Verhör überzeugte sich der Untersuchungsrichter, daß der Mann ganz unschuldig war. Auch die Frau des betreffenden mußte einige Tage seelischer Qualen über sich ergehen lassen.

Es wäre wirklich wünschenswert, wenn gegen die Schufte, die unschuldigen Menschen durch Demunziationen derartige Unannehmlichkeiten einbroden, mit aller Schärfe vorgegangen würde.

„Zum Bleibergwerk verurteilt.“ Es sind Tagebuchblätter eines russischen Verbannten, die in der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Wochenschrift „In freien Stunden“ zurzeit unter diesem Titel veröffentlicht werden. Man glaubt in dem schauerlichen Drama, das sich dem Leser hier enthüllt, wilde Phantasien einer vom Wahnsinn gepeinigten Menschenseele vor sich zu haben. Und doch erklären diese typischen Lebensschicksale des Gemarterten den Haß und die Erbitterung, mit der das russische Proletariat sein Leben in die Schanze schlägt, um den Zarismus zu stürzen und zu vernichten. In der ersten Tagesblätter enthalten die Hefte als Hauptroman Hall Cairnes „Der verlorene Sohn“ und im kleinen Heftletzte kurze Erzählungen, belehrende und unterhaltende Notizen, Witze und Satire. Die wöchentlich erscheinenden Hefte sind zum Preise von 10 Pf. von Nummer 1 an durch jede Parteidruckhandlung, die Kolportage und Zeitungsaussträger, in Berlin von den Parteidistributionen zu beziehen. Ebenfalls nimmt jede Postanstalt Bestellungen an.

Altestes konz. Leihhaus Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I. Hohes Beleuchtung, Diskr. Sprechzimmer. Gelegenheitskaffe in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. (1891.)

Gswald Scholz, Rixdorf, Bergstraße 141. Strammatten, Sandbüche, Böche, Regenschirme, Spazierstöcke. Schirmreparaturen und Bezüge.

J. Biesell, Rixdorf, Steinmühlstr. 9. Alteste Resterhandlung. Große Auswahl in Herren- u. Damenstoffen sowie fertiger Kraben- und Arbeitergarderobe, Mädchenmoden, Kostümen. 8138*

Ducheruderei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.